

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG



HANNES
ANDROSCH
STIFTUNG

bei der
ÖSTERREICHISCHEN AKADEMIE
DER WISSENSCHAFTEN

Österreich 2025:

Segmentierung des Arbeitsmarktes und schwache Lohnentwicklung in Österreich

Rainer Eppel, Thomas Leoni, Helmut Mahringer

Wissenschaftliche Assistenz: Christoph Lorenz

Österreich 2025: Segmentierung des Arbeitsmarktes und schwache Lohnentwicklung in Österreich

Rainer Eppel, Thomas Leoni, Helmut Mahringer

Mai 2017

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

EDV: Georg Böhs

Begutachtung: Thomas Horvath, Peter Huber

Wissenschaftliche Assistenz: Christoph Lorenz

Inhalt

Die schwache Gesamtentwicklung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit in den vergangenen fünfzehn Jahren war mit durch eine schwache Lohnentwicklung in einigen Teilsegmenten des Arbeitsmarktes bestimmt. In Österreich ist ein substanzieller und seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 steigender Anteil der Arbeitskräfte instabil beschäftigt. Für diese Personen entwickelten sich die Löhne erheblich ungünstiger als für die stabil beschäftigten Arbeitskräfte. Offensichtlich greifen für diese Personen die in den Kollektivverträgen ausverhandelten Lohnerhöhungen weniger, weil sie immer wieder neu in ein Beschäftigungsverhältnis eintreten. Ausländische Arbeitskräfte, insbesondere jene aus dem östlichen EU-Ausland, sind besonders häufig instabil beschäftigt und niedrig entlohnt. Ihr vermehrter Zustrom infolge der Arbeitsmarkt-Ostöffnung dämpfte daher die Lohnentwicklung. Der Unterschied in der Lohndynamik zwischen stabil und instabil Beschäftigten war allerdings für inländische Arbeitskräfte noch stärker ausgeprägt als für ausländische.

Das Forschungsprogramm "Österreich 2025" wird von Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Oesterreichischer Nationalbank, Klima- und Energiefonds, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz und Hannes Androsch Stiftung bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften finanziell unterstützt. Einzelne Projekte finanziert durch die Bundesarbeitskammer, das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, die Landwirtschaftskammer Österreich und die Wirtschaftskammer Österreich werden ebenfalls im Rahmen des Forschungsprogramms abgewickelt.

Rückfragen: rainer.eppel@wifo.ac.at, thomas.leoni@wifo.ac.at, helmut.mahringer@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

2017/138-1/SOe/WIFO-Projektnummer: 4115

© 2017 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 50 € • Download 40 €: <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/60455>

Inhalt

1. Hintergrund und Zielsetzung des Berichts	2
2. Makroökonomische Entwicklung	5
2.1. Die funktionelle Einkommensverteilung	5
2.2. Erklärungsfaktoren für die aggregierte Lohnentwicklung	7
2.3. Zusammenfassung	11
3. Bisherige Evidenz zu Löhnen, Verteilung und Segmentierung	12
3.1. Internationale Entwicklung der Lohnverteilung	12
3.2. Entwicklung der Lohnverteilung in Österreich	13
3.3 Bisherige Erkenntnisse zur Arbeitsmarktsegmentierung	15
4. Segmentierung des Arbeitsmarktes hinsichtlich Beschäftigungsstabilität	18
4.1. Datengrundlage und Analysekonzepte	18
4.2. Beschäftigungsstabilität	20
4.3. Arbeitskräftefluktuation	43
4.4. Temporäre Layoffs	46
4.5. Zusammenfassung	47
5. Lohnentwicklung	48
5.1. Entwicklung der Bruttomonatslöhne	49
5.2. Entwicklung der Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen	69
6. Schlussfolgerungen und weiterer Forschungsbedarf	74
Literaturhinweise	78
Verzeichnis der Abbildungen	80
Verzeichnis der Übersichten	82
Anhang	84

1. Hintergrund und Zielsetzung des Berichts

Die Löhne und Gehälter bestimmen die Einkommenssituation des überwiegenden Teils der österreichischen Bevölkerung. Einkommen aus unselbständiger Arbeit machen durchschnittlich fast 70% am Äquivalenzeinkommen der Haushalte aus, in denen keine Pensionsleistungen bezogen werden. Werden Transfereinkommen herausgerechnet (und somit nur Markteinkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit sowie aus Kapitaleinkünften berücksichtigt), beträgt der Anteil der Löhne und Gehälter am Einkommen rund 80%.¹⁾ In einer längerfristigen Betrachtung sind in Bezug auf diese Einkommen zwei Makrotrends festzuhalten, die von wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Bedeutung sind und nicht zuletzt auch erhebliche Implikationen für die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates haben:

- Nach einem Anstieg in den 1960er und 1970er-Jahren kam es mit Beginn der 1980er-Jahre zu einem längerfristigen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote, d. h. des Anteils der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen. Zwar ist seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 aufgrund einer sehr schwachen Wachstumsdynamik eine partielle Korrektur dieses Trends zu konstatieren: Die Lohnquote erhöhte sich und erreichte zuletzt wieder das Niveau der späten 1990er-Jahre. Im Jahr 2016 kam es jedoch erneut zu einem Rückgang der Lohnquote und in einer längerfristigen Sicht blieben die Einkommen aus unselbständiger Arbeit gegenüber anderen Einkommenskategorien zurück. Daraus lässt sich schließen, dass der durch das Wirtschaftswachstum für Einkommenssteigerungen gegebene Spielraum nur zum Teil ausgeschöpft wurde.
- Gleichzeitig entwickelten sich die Einkommen unterschiedlicher Gruppen am Arbeitsmarkt über die Zeit mit einer unterschiedlichen Dynamik. Zwar fehlen für Österreich konsistente, langfristige Zeitreihen zur Entwicklung der Einkommensverteilung. Die verfügbaren Daten und Studien sowie die Erkenntnisse aus der internationalen Forschung liefern aber vielfach Hinweise dafür, dass sich die Spreizung und Ungleichverteilung der Löhne und Gehälter in den vergangenen Jahrzehnten erhöhte. Demnach konnten die oberen Einkommensgruppen stärker als die unteren vom Wirtschaftswachstum profitieren.

Mit anderen Worten, stiegen in den vergangenen Jahrzehnten die Löhne und Gehälter in Summe nur vergleichsweise langsam, während gleichzeitig die Ungleichheit in der Verteilung dieser Einkommen zunahm. Diese beiden Phänomene sind nicht unabhängig voneinander: Die schwache Entwicklung der Löhne in bestimmten Arbeitsmarktsegmenten dürfte einen Beitrag zur Erklärung der schwachen Gesamtdynamik der Einkommen aus unselbständiger Arbeit leisten und könnte die Ungleichheit der Einkommen weiter verstärkt haben.

¹⁾ In einer anderen Betrachtungsweise lässt sich feststellen, dass in fast drei Viertel der Haushalte (in denen keine Pensionen bezogen werden) Einkommen aus unselbständiger Arbeit die Haupteinkommensquelle darstellt (*Statistik Austria*, 2014; Tabellen 1.6a und 1.7a).

Hinter den zwei soeben beschriebenen Trends stehen zum einen wirtschaftliche Transformationsprozesse: in erster Linie die Zunahme der internationalen Wirtschaftsverflechtung, die Abflachung des Wirtschaftswachstums und der Anstieg der Arbeitslosigkeit, die Tertiarisierung der Wirtschaftsstruktur, sowie die durch den technologischen Fortschritt vorangetriebenen Änderungen der Organisationsstrukturen und Produktionsprozesse in der Wirtschaft. Zum anderen spiegeln sich darin auch gesellschaftliche, politische und institutionelle Veränderungen wider, darunter die De-Standardisierung der Beschäftigungsformen und eine spürbare Ausweitung des Arbeitskräfteangebots, etwa durch die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen. Diese Veränderungen sind nicht allein auf Österreich beschränkt, ihre Einwirkung auf die Lohnentwicklung und vor allem auf die Lohnverteilung ist deshalb in der Literatur gut dokumentiert. Aus österreichischer Sicht spielt ein weiterer Faktor eine bedeutsame Rolle: der europäische Integrationsprozess und die damit einhergehende Öffnung des Arbeitsmarktes für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedsländern. Dieser hat aufgrund der Grenznähe der Zentralräume – insbesondere zu Ungarn, der Slowakei, Slowenien und Tschechien – besondere Bedeutung für Österreich.

Noch wenig erforscht, aber ebenfalls bedeutsam für die Einkommensverteilung in Österreich dürften die Arbeitsmarktentwicklungen seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Übergang von 2008 auf 2009 sein. Die Arbeitslosenquote (nach nationaler Berechnungsmethode) erhöhte sich in Österreich von 5,9% im Jahr 2008 auf 9,1% im Jahr 2016. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit geht einerseits auf die schwache Wachstumsdynamik zurück. Zwar folgten auf die starke Rezession 2009 (-3,8% BIP-Rückgang) zwei Jahre der wirtschaftlichen Erholung. In den darauf folgenden vier Jahren wuchs das BIP jährlich im Durchschnitt aber nur um 0,6% (erst 2016 wieder um 1,5%). Die Verwerfungen am Arbeitsmarkt sind andererseits im Lichte der weiterhin dynamischen Ausweitung des Arbeitskräfteangebots zu sehen. Trotz der schwachen Konjunktur erhöhte sich die Zahl der Erwerbspersonen am österreichischen Arbeitsmarkt zwischen 2010 und 2015 um fast 8%. Die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots geht auf die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren und – zu etwa 80% – auf ausländische Arbeitskräfte zurück. Sie wurde somit auch durch die Vervollständigung der Arbeitsmarktöffnung gegenüber den neuen Mitgliedsländern geprägt. Für die unmittelbare Zukunft ist mit einer weiteren Zunahme des Arbeitskräfteangebots aufgrund von Zuwanderung und einer weiterhin steigenden Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitskräften und Frauen zu rechnen.

Sowohl die längerfristigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse, als auch die Veränderungen der letzten Jahre haben sich nicht gleichmäßig auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Einerseits entwickelten sich unterschiedliche Komponenten des Arbeitskräfteangebots unterschiedlich stark. Andererseits kam es zu einer asymmetrischen Verschiebung in der Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Segmentierung am Arbeitsmarkt, d. h. die Präsenz von unterschiedlichen, zum Teil untereinander nur schwach durchlässigen Teilarbeitsmärkten, in denen sich Beschäftigung und Einkommen unterschiedlich entwickeln, dürfte demnach zugenommen haben.

Der vorliegende Bericht setzt sich das Ziel, diese Segmentierung am Arbeitsmarkt zu beleuchten und ihre Rolle für die Einkommensentwicklung in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten zu untersuchen. Die Analysen zeigen auf, ob sich die Löhne generell schwach entwickelten oder aber die insgesamt schwache Lohnentwicklung durch Segmentierungsprozesse am Arbeitsmarkt und geringe Zuwächse für bestimmte Beschäftigtengruppen bzw. Arbeitsmarktsegmente getrieben war.

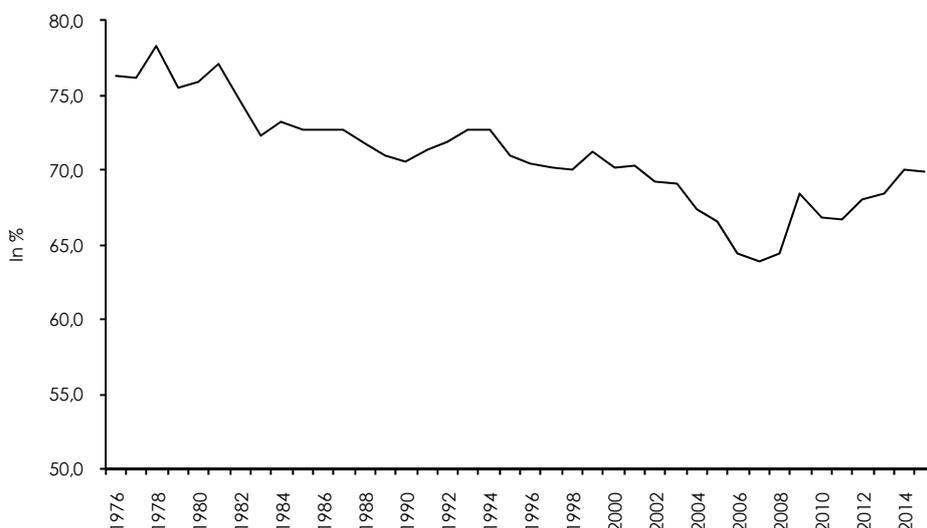
Auf Grundlage eines Überblick über die aus makroökonomischen Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu gewinnenden Erkenntnisse über die Einkommensentwicklung (Kapitel 2) und einer Zusammenfassung der bisherigen Forschungsergebnisse (Kapitel 3) wird in einem ersten Analyseschritt aufgezeigt, inwieweit der österreichische Arbeitsmarkt im Hinblick auf die Stabilität der Beschäftigung segmentiert ist und welche Personengruppen überproportional von instabiler Beschäftigung betroffen sind (Kapitel 4). Darauf aufbauend wird in einem zweiten Analyseschritt untersucht, wie sich in den vergangenen fünfzehn Jahren (von 2000 bis 2015) die Löhne und Gehälter unterschiedlicher Beschäftigtengruppen entwickelten (Kapitel 5). Im Zentrum steht der Vergleich zwischen stabil und instabil Beschäftigten. Weitere Merkmale, die Aufschluss über die Stellung am Arbeitsmarkt geben können und zur Abgrenzung von Personengruppen herangezogen werden, sind Branchenzugehörigkeit, Geschlecht, Alter, Ausbildungsniveau und Staatsbürgerschaft. Am Ende des Berichts werden – in Kapitel 6 – die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst, Schlussfolgerungen gezogen und weiterer Forschungsbedarf aufgezeigt.

2. Makroökonomische Entwicklung

2.1. Die funktionelle Einkommensverteilung

Die Einkommensentwicklung eines Landes wird wesentlich durch die gesamtwirtschaftliche Dynamik und das Produktivitätswachstum bestimmt. Um ein allgemeines Bild über die Entwicklung der entsprechenden makroökonomischen Kennzahlen zu erhalten, werden in der Folge Daten aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) herangezogen. Diese Daten ermöglichen eine Einordnung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit vor dem Hintergrund des durch Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum gegebenen Spielraums. Besonders aussagekräftig ist diesbezüglich die Darstellung der funktionellen Einkommensverteilung, d. h. der Aufteilung des Sozialprodukts bzw. des Volkseinkommens auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital.

Abbildung 1: Entwicklung der (bereinigten) Lohnquote in Österreich



Q: Statistik Austria; WIFO-Berechnungen. Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens bereinigt um die Verschiebungen des Anteils der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung anhand der Lohnquote d.h. des Anteils der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen. Eine konstante Lohnquote würde andeuten, dass sich die Reallohne im Gleichklang mit der Arbeitsproduktivität verändern. Liegt hingegen der Reallohnzuwachs unter dem Produktivitätswachstum, so sinkt die Lohnquote. Wie aus der rückläufigen Entwicklung der Lohnquote zu erkennen ist, ging der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen zwischen Mitte der 1970er-Jahre und dem Ausbruch der Wirtschaftskrise deutlich zurück. Das heißt, dass sich in dieser Periode die Nicht-Lohneinkommen (die Gewinne der Körperschaften und Gewerbebetriebe, die Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit, aus Land- und Forstwirtschaft, aus freiberuflicher Tätigkeit und die Vermögenserträge aus Kapitalbesitz,

Vermietung und Verpachtung) dynamischer als die Lohn- und Gehaltseinkommen der unselbständig Beschäftigten entwickelten. Dieser Trend war in den 2000er-Jahren besonders deutlich ausgeprägt.

Die Ursachen für die schwache gesamtwirtschaftliche Lohndynamik sind vielfältig (für einen detaillierten Überblick siehe z. B. *Guger – Leoni, 2008* und *Mayrhuber et al., 2015*). Eine Wachstumsverlangsamung nach den beiden Erdölkrisen der 1970er-Jahre ging mit einer anhaltenden Zunahme der Arbeitslosigkeit einher. Zugleich verringerte sich die gewerkschaftliche Organisationsdichte, und die Gewerkschaften verloren an Gestaltungsspielraum. Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in Form von Ausgliederungen, verstärktem Einsatz von Leiharbeit sowie die rasche Zunahme der Teilzeitbeschäftigung und atypischer Beschäftigungsformen drückten ebenfalls auf die Lohnentwicklung. Der Wandel der Wirtschaftsstruktur führte zu steigender Beschäftigung im Dienstleistungssektor, welcher in höherem Ausmaß als der Produktionssektor Niedriglohnbranchen umfasst, während die Beschäftigung in den durch hohe Stundenlöhne gekennzeichneten Branchen der Warenherstellung durch die stärker steigende Produktivität und aufgrund von Auslagerungsprozessen („offshoring“) zurückging.

Der Abwärtstrend der Lohnquote war nicht auf Österreich beschränkt. Die Gewinne und Vermögenseinkommen profitierten in den hoch entwickelten Industrieländern generell stärker von der Globalisierung als die Arbeitseinkommen. *Stockhammer (2013)* kommt zu dem Ergebnis, dass der steigende Grad der Finanzialisierung – also der Anstieg in der Bedeutung von Finanztätigkeit und Finanzinstitutionen im Wirtschaftsgeschehen – dieses Muster entscheidend prägte. Die Lohnquote entwickelte sich in den USA in den vergangenen 25 Jahren rückläufig und erreichte 2013 den niedrigsten Wert der Nachkriegszeit (*Elsby et al., 2013*). Auch in zahlreichen europäischen Volkswirtschaften sind die Lohnquoten in den letzten Jahrzehnten – und vor allem bis zum Krisenausbruch im Jahr 2009 – kontinuierlich gefallen (*Mayrhuber et al., 2015*). Österreich gehört, zusammen mit Deutschland, zu den Ländern, in denen der Rückgang der Lohnquote am stärksten war. In Österreich war der Effekt der beschleunigten Internationalisierung und Liberalisierung der Wirtschaft aufgrund der engen Verflechtung mit den mittelosteuropäischen Ländern besonders seit Mitte der 1990er-Jahre markant ausgeprägt (*Breuss, 2007*). Darüber hinaus orientiert sich die österreichische Lohnpolitik an den Bedürfnissen der exportorientierten Industrie (*Traxler – Brandl, 2012*) und diese wiederum an den Entwicklungen in Deutschland, dem wichtigsten österreichischen Handelspartner. Die moderate Lohnpolitik, die in den 2000er-Jahren in Deutschland praktiziert wurde, dürfte ein weiterer, wesentlicher Bestandteil zur Erklärung der moderaten Lohnentwicklung in Österreich in den Jahren unmittelbar vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise sein.

Seit Krisenbeginn ist in Österreich ein Bruch im soeben beschriebenen langfristigen Trend erkennbar. Die Rezession führte 2009 zu einem sprunghaften Anstieg der Lohnquote, weil im Krisenjahr dem moderaten Anstieg der ArbeitnehmerInnenentgelte ein dramatischer Rückgang der Unternehmens- und Vermögenseinkommen gegenüberstand. Diese

Entwicklung ist durch die stärkere Abhängigkeit der Unternehmens- und Vermögenseinkommen vom Konjunkturzyklus erklärbar: In der Rezession brechen Produktivität und Gewinne rasch ein, die vertragsdeterminierten Lohneinkommen reagieren hingegen erst mit erheblicher Verzögerung (Mayrhuber et al., 2015). Nachdem 2010 und 2011 die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stärker gestiegen waren als die Lohneinkommen, kam es in den vier jüngsten Jahren (2012 bis 2015) zu einem erneuten Anstieg der Lohnquote. Insgesamt fiel die Lohnquote zwischen Ende der 1970er-Jahre und Krisenbeginn von über 75% auf unter 64%. Durch die Entwicklung seit Ausbruch der Krise kam es zu einer gegenläufigen Bewegung. Im Jahr 2015 erreichte die Lohnquote mit fast 70% wieder das Niveau der späten 1990er-Jahre. Zuletzt (im Jahr 2016) kam es allerdings erneut zu einem Rückgang der Lohnquote.²⁾

Der Anstieg der Lohnquote in der jüngeren Vergangenheit lässt sich dadurch erklären, dass vier Jahre in Folge das Wirtschaftswachstum sehr schwach ausfiel bzw. stagnierte. Die daraus resultierende geringe Dynamik der Unternehmensgewinne begünstigte, gepaart mit kollektivvertraglich festgelegten Lohnanpassungen, in diesen Jahren die Umverteilung von den Kapital- zu den Arbeitseinkommen.

Übersicht 1: Entwicklung makroökonomischer Indikatoren

	Ø 1976 bis 1985	Ø 1985 bis 1995	Ø 1995 bis 2008	Ø 2008 bis 2015
	Veränderung in % p.a.			
Volkseinkommen				
Insgesamt	+ 7,0	+ 5,4	+ 4,0	+ 1,3
je EinwohnerIn	+ 7,0	+ 4,9	+ 3,7	+ 0,8
Arbeitnehmerentgelte				
Insgesamt	+ 6,7	+ 5,5	+ 3,2	+ 2,7
je unselbständig Beschäftigten (Beschäftigungsverhältnis)	+ 6,2	+ 4,4	+ 2,1	+ 1,8
Unternehmens- und Vermögenserträge				
Insgesamt	+ 7,6	+ 5,3	+ 5,8	- 1,5
je EinwohnerIn	+ 7,6	+ 4,8	+ 5,4	- 2,0
Produktivität (reales BIP je Erwerbstätigen)	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,4	- 0,3
Unselbständig Beschäftigte lt. VGR	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
Verbraucherpreisindex	+ 4,8	+ 2,7	+ 1,9	+ 1,8
Tariflohnindizes	+ 6,0	+ 4,4	+ 2,4	+ 2,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

2.2. Erklärungsfaktoren für die aggregierte Lohnentwicklung

Wie die in Übersicht 1 zusammen gefassten Daten und die nachfolgenden Abbildungen 2 und 3 verdeutlichen, stellt die Krise in vielerlei Hinsicht eine Zäsur dar. Über die Zeit ist eine Abflachung der Entwicklung des Volkseinkommens feststellbar, die auf eine „sekuläre“ (d.h.

²⁾ Vorläufige Werte aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

lang anhaltende) Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zurückzuführen ist. Seit 2008 entwickelte sich das (nominelle) Volkseinkommen mit einem jährlichen Durchschnittswert von nur 1,3% viel langsamer als in den Vorperioden. Darüber hinaus sind die jüngsten Jahre durch eine Kombination aus niedrigem Wachstum des BIPs bzw. Volkseinkommens einerseits und einem vergleichsweise dynamischen Wachstum der Beschäftigung und der Löhne bzw. Arbeitnehmerentgelte andererseits gekennzeichnet.

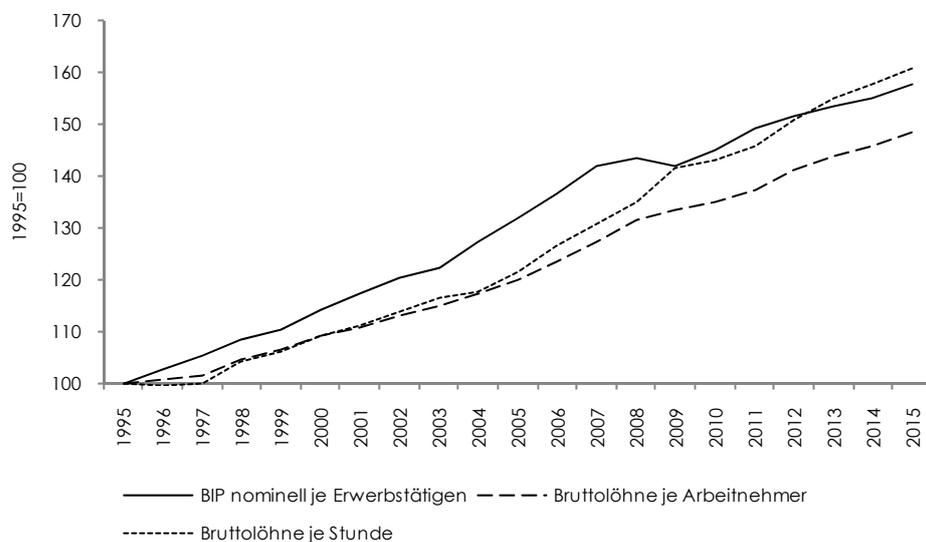
Ein Teil dieses Musters kann durch einen spürbaren Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit erklärt werden. Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit pro Kopf ist in Österreich vor allem aufgrund der steigenden Teilzeitquote bereits seit längerem rückläufig. Dieser langfristige Trend verstärkte sich jedoch seit der Krise. Auswertungen auf Grundlage der Arbeitskräfteerhebung legen nahe, dass dafür neben der steigenden Teilzeitquote auch ein Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit von Beschäftigten mit hoher Wochenstundenleistung verantwortlich ist. Gemäß VGR ging die Arbeitszeit je Beschäftigten zwischen 2008 und 2015 um fast 7 % zurück. Dieser Rückgang ist etwa dreimal so stark, wie in den vorangegangenen sieben Jahren und deutlich stärker als im langjährigen Durchschnitt.

Abbildung 2 zeigt, dass sich die Stundenlöhne langfristig dynamischer entwickelten als die Pro-Kopf-Löhne. Pro Kopf erhöhten sich die Löhne zwischen 1995 und 2015 um etwas weniger als 50%, pro Arbeitsstunde um rund 60%.

Allerdings zeigen die Abbildungen auch, dass die Stundenlöhne bis Ausbruch der Krise hinter der Produktivitätsentwicklung (in Abbildung 3 approximiert durch das BIP pro Arbeitsstunde) zurückblieben. Erst seit 2009 stiegen sie tendenziell etwas stärker als die Produktivität. Die größten Diskrepanzen zwischen den Veränderungsraten von BIP pro Stunde und Stundenlohnentwicklung finden sich erwartungsgemäß in den Jahren 2008 und 2009, als einerseits die Produktivität schlagartig zurückging und andererseits arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Stützung der Beschäftigung verhinderten, dass das Beschäftigungsvolumen stark einbrach. Aber auch in den jüngsten Jahren, von 2012 bis 2015, wuchsen die Stundenlöhne stärker als die Produktivität.

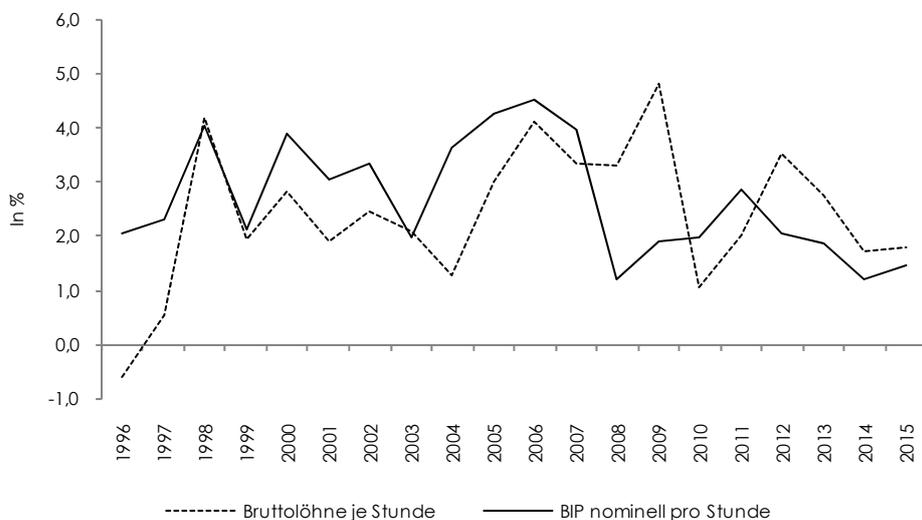
Es ist nicht zu erwarten, dass sich dieses Muster in Zukunft fortsetzen wird. Der Anstieg der Löhne und Gehälter in den vergangenen Jahren ist in einer absoluten Betrachtung niedrig und nur im Vergleich zum noch schwächeren Produktivitätswachstum robust. Für die kommenden Jahre, in denen ein moderater Anstieg des Wachstums prognostiziert wird, dürften die bereits beschriebenen wirtschaftlichen und institutionellen Faktoren erneut eine stagnierende bis rückläufige Lohnquotenentwicklung fördern. Für 2016 liegen zwar nur vorläufige Daten vor, diese belegen allerdings eindeutig einen Rückgang der Lohnquote (von 70,0% auf 69,8%). Angesichts der angespannten Arbeitsmarktlage und des Arbeitskräfteüberhangs dürfte es auch aus Sicht der Unternehmen keinen Anlass geben, gegenüber dem Produktivitätsgewinn überzogene Lohnerhöhungen zu gewähren.

Abbildung 2: Entwicklung der Bruttolöhne und des BIPs je Erwerbstätigen bzw. je Stunde Österreich, 1995 bis 2015; Index 1995 = 100



Q: Statistik Austria; WIFO-Berechnungen.

Abbildung 3: Entwicklung der Bruttostundenlöhne und des BIPs je Stunde Veränderungsrate gg. Vorjahr



Q: Statistik Austria; WIFO-Berechnungen.

Abbildung 4 beleuchtet das Verhältnis zwischen den von den Sozialpartnern ausverhandelten Tariflöhnen und der effektiven Lohnentwicklung. Die tariflichen Lohnerhöhungen spielen in Österreich aufgrund der im internationalen Vergleich unüblich hohen kollektivvertraglichen Abdeckungsrate eine besonders wichtige Rolle.

In einer Betrachtung der Pro-Kopf-Einkommen ist seit Mitte der 1990er-Jahre tendenziell eine negative Lohndrift beobachtbar, d. h. eine negative Differenz zwischen den effektiven und

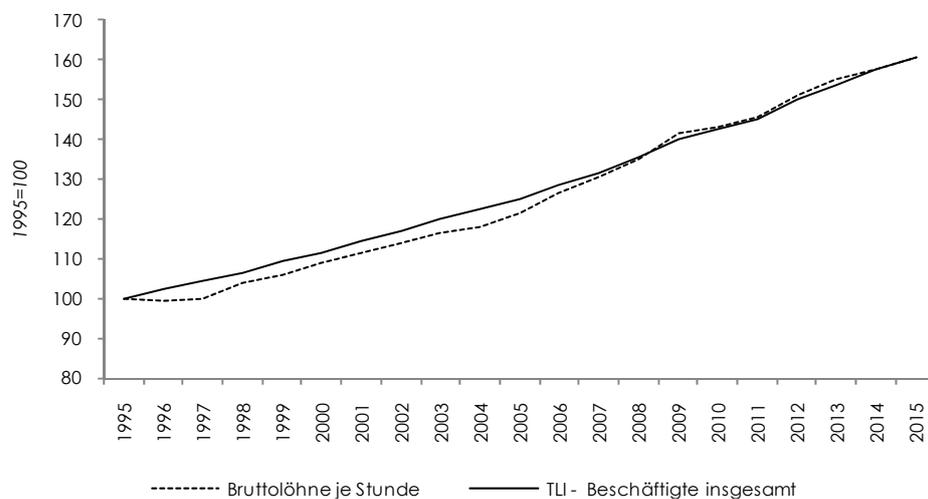
den tariflichen Lohnerhöhungen (*Knell – Stiglbauer, 2009*). Die Lohndrift kann unter anderem durch Verschiebungen in der Zusammensetzung der Beschäftigung (bzw. der KV-Gruppen), durch Veränderungen im Ausmaß der Überzahlungen (da vor allem die KV-Mindestlöhne und nur in einigen Bereichen die tatsächlichen Ist-Löhne Gegenstand der kollektiven Lohnverhandlung sind) und – bei entsprechend großem Umschlag an Arbeitskräften – durch Änderungen bei der Erseinstufung beeinflusst werden.

Für den Zeitraum seit Mitte der 1990er-Jahre stellen die starke Zunahme von Teilzeitbeschäftigung und der Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit die Hauptgründe für die im Aggregat negative Lohndrift dar. Das zeigt sich in Abbildung 4: Die Stundenlöhne entwickelten sich weitgehend in Einklang mit den tariflich vorgegebenen Steigerungsraten. Die Sozialpartner orientieren sich in ihren Lohnverhandlungen in erster Linie an zwei Parametern: dem Produktivitätswachstum und der Inflationsentwicklung in der vorangegangenen Periode.³⁾ Das nominelle BIP pro geleisteter Arbeitsstunde stellt deshalb einen relevanten Anhaltspunkt für die Bewertung der Ergebnisse aus den Tarifverhandlungen dar. In den Jahrzehnten vor der Großen Rezession und insbesondere seit Mitte der 1990er-Jahre, fielen die Tarifabschlüsse niedriger aus als die Summe aus Produktivitäts- und Preissteigerung (vergleiche dazu die Steigerungsraten der Tariflöhne mit jenen aus der Summe von Produktivität und Verbraucherpreisindex in Übersicht 1). Dieses Muster war nach 2000 und insbesondere unmittelbar vor der Krise besonders stark ausgeprägt. In diesen Jahren übte die deutliche Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland einen starken Druck in Richtung Lohnmoderation auf die österreichische Exportindustrie aus. Es waren Jahre, in denen die Lohnquote in beiden Ländern einen markanten Rückgang verzeichnete.

In der Phase seit Krisenausbruch und bis 2015 wandelte sich das Muster dagegen. Die Mindestlöhne in den Kollektivverträgen wurden im Durchschnitt stärker angehoben als die Summe aus Preisentwicklung und (negativer) Produktivitätsentwicklung.

³⁾ Darüber hinaus werden die Verhandlungen auch von anderen Faktoren, insbesondere den Erwartungen in Bezug auf die zukünftige Entwicklung, geprägt.

Abbildung 4: Entwicklung der Bruttostundenlöhne und des Tariflohnindex in Österreich
Index 1995 = 100



Q: Statistik Austria; WIFO-Berechnungen.

2.3. Zusammenfassung

Zusammenfassend haben sich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit langfristig moderat entwickelt. Dafür sind unterschiedliche Faktoren verantwortlich. In der Periode bis zur Krise entwickelten sich die Löhne auch deshalb langsam, weil zwischen Mitte der 1990er-Jahre und Krisenausbruch der „lohnpolitische“ Spielraum für Einkommenssteigerungen nur partiell ausgeschöpft worden war. In den Jahren nach Krisenausbruch und bis 2015 kehrte sich das Muster tendenziell um: Die Steigerungsraten des Tariflohnindex lagen oberhalb der Summe aus Produktivitäts- und Preisentwicklung. Allerdings entwickelten sich die Löhne in absoluter Betrachtung aufgrund des schwachen Wirtschaftswachstums weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. Über die gesamte Periode ist festzuhalten, dass sich die Pro-Kopf-Löhne infolge des kontinuierlichen Rückgangs der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit langsamer entwickelten als die Stundenlöhne. Die nachfolgenden Analysen gehen der Frage nach, inwiefern Unterschiede in der Lohnentwicklung einzelner Segmente am Arbeitsmarkt einen Erklärungsbeitrag zu den beschriebenen Makrotrends, und zwar insbesondere zur insgesamt schwachen Lohnentwicklung, leisten.

3. Bisherige Evidenz zu Löhnen, Verteilung und Segmentierung

3.1. Internationale Entwicklung der Lohnverteilung

Die Einkommensungleichheit nahm auf Haushaltsebene in den meisten Industrieländern in den letzten Jahrzehnten deutlich zu. Dieser Anstieg wurde maßgeblich durch Veränderungen in der Verteilung der Löhne und Gehälter geprägt (Atkinson, 2009; OECD, 2009, 2015). Es gibt viele Anzeichen dafür, dass der Anstieg der Lohnungleichheit in den Vereinigten Staaten, beginnend in den 1980er-Jahren, besonders stark ausgeprägt war. Piketty – Saez (2003) zeigen anhand von Steuerdaten, dass diese Entwicklung durch eine überproportionale Erhöhung der Löhne an der Spitze der Verteilung getrieben wurde. Dieser Befund, d. h. das Muster einer Umverteilung zugunsten der obersten Perzentile der Einkommensverteilung, wurde für zahlreiche andere Länder bestätigt (Atkinson et al., 2011).

In Europa waren Veränderungen in der Lohnstruktur im Allgemeinen weniger ausgeprägt als in den USA (ECB, 2009), aber es gibt erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und Zeiträumen. In Großbritannien kam es, ähnlich wie in den USA, bereits in den frühen 1980er-Jahren zu einer deutlichen Erhöhung der Lohnspreizung. In anderen Ländern verschob sich die Einkommensverteilung erst ab den 1990er-Jahren. In Deutschland setzte sich der Anstieg der Lohnungleichheit in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre fort, dabei kam es im unteren Bereich der Verteilung zu Reallohnverlusten (Antonczyk et al., 2010).

Die Ausweitung der Lohnspreizung wird mit einer Reihe von Ursachen in Verbindung gebracht, die sich zum Teil mit den Erklärungsansätzen für die Entwicklung der funktionalen Verteilung decken (Katz et al., 1999; Machin – van Reenen, 1998; Acemoglu, 2002; Goos – Manning, 2007; Atkinson, 2007). Dazu zählen der technologische Wandel, die steigende Integration der Weltwirtschaft und institutionelle Veränderungen am Arbeitsmarkt. Diese Faktoren schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern können gleichzeitig ihre Wirkung entfaltet haben. Dustmann et al. (2009) beispielsweise zeigen anhand einer Untersuchung des Zeitraums von 1974 bis 2005, dass sowohl in Deutschland als auch in den Vereinigten Staaten der technologische Wandel maßgeblich für die Spreizung der Lohnverteilung an der Spitze verantwortlich war, während die Zunahme der Ungleichheit am unteren Rand vor allem durch Angebotsschocks und Veränderungen in den Arbeitsmarktinstitutionen erklärt werden kann. Die Internationalisierung der Wirtschaft ging in den vergangenen Jahrzehnten mit einer starken Zunahme an (niedrig- bis mittelqualifizierten) Arbeitskräften auf dem globalen Arbeitsmarkt einher. Der Internationale Währungsfonds schätzt, dass sich zwischen 1980 und 2005 das Angebot an Arbeitskräften am Weltmarkt vervierfachte. Der überwiegende Teil dieses Zuwachses fand nach 1990 statt (Internationaler Währungsfonds, 2007).

Parallel zur Internationalisierung hat sich in den industrialisierten Ländern auch eine technologische Revolution vollzogen, die sich in erster Linie in Form eines intensiven Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Arbeitswelt niedergeschlagen hat. Obwohl der technische Fortschritt zumindest seit dem Zeitalter der Industrialisierung eine zentrale

Wachstumsdeterminante ist, hat sich seine qualitative Einwirkung auf den Arbeitsmarkt im Zeitverlauf verändert. Während in der Vergangenheit mit technischen Neuerungen vielfach eine größere Nachfrage nach Geringqualifizierten einhergegangen war, zeichnete sich in den letzten Jahrzehnten ein gegenläufiger Trend ab: Mit der Einführung neuer Technologien und Organisationsprinzipien wurden Geringqualifizierte ersetzt, während die Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitskräften stieg (Acemoglu, 2002). Dieser "skill-bias" des technologischen Fortschritts führte zu einer Erhöhung der Einkommensunterschiede zwischen den Beschäftigten und insbesondere zu einer Verschlechterung der Einkommens- und Arbeitsmarktposition von schlechter qualifizierten Personen.

Diese Faktoren sind geeignet, die günstigere Entwicklung der oberen Einkommenssegmente und somit der besser qualifizierten Arbeitskräfte in Relation zu den schlechter qualifizierten zu erklären (bzw. umgekehrt, um die schwache, teilweise sogar stagnierende oder rückläufige Realeinkommensentwicklung im unteren Lohnsegment zu erklären). Sie reichen aber alleine nicht aus, um die starke Spreizung der Löhne innerhalb der oberen Einkommenssegmente zu verstehen. Für die hohen Lohnzuwächse in den obersten Einkommensperzentilen werden deshalb in der Literatur auch organisatorische Veränderungen in den Betrieben und der damit einhergehende verstärkte Einsatz von Leistungslohnmodellen (Lemieux et al., 2009), sowie die Präsenz von sogenannten "Superstar-Effekten" (Roine – Waldenström, 2014) als Erklärungsfaktoren genannt.⁴⁾

3.2. Entwicklung der Lohnverteilung in Österreich

In Bezug auf Österreich liegt nur eine beschränkte Zahl an Forschungsergebnissen vor, nicht zuletzt, weil die Datenlage zur Entwicklung der Lohneinkommen Lücken aufweist, vor allem wenn es um eine detaillierte Abbildung der gesamten Lohnverteilung geht.⁵⁾ Für den Zeitraum 1996 bis 2002 zeigen Pointner – Stiglbauer (2010A, 2010B), dass die österreichische Lohnverteilung stabil und nur ein geringer Anstieg der Lohnspreizung zu verzeichnen war. Ihre Ergebnisse basieren auf der Datengrundlage der Verdienststrukturerhebung, einer umfangreichen Unternehmensstichprobe. Diese Erhebung weist allerdings die Einschränkung auf, dass nur Firmen des privaten Sektors (ÖNACE Abschnitte C-K) mit mehr als 10 Beschäftigten in die Stichprobe einbezogen werden. Gerade die Betrachtung kleinerer

⁴⁾ Superstar-Effekte liegen vor, wenn sehr geringe Unterschiede in Fertigkeiten bzw. Leistungsfähigkeit zu einem sprunghaften Anstieg der Entlohnung führen. Bekannte Beispiele hierfür finden sich in der Welt des Sports und der Unterhaltung, aber auch im Management von Großbetrieben. Diese Effekte können sich ergeben, wenn aufgrund der Marktbeschaffenheit auch geringfügige Qualitätsunterschiede das Ergebnis bzw. das Ausmaß der Profitabilität enorm steigern können. Es wird in diesem Zusammenhang von „winner-take-all-markets“ gesprochen, die unter anderem durch technologische Entwicklungen (z. B. Methoden zur Reproduzierbarkeit von Produkten in der Unterhaltungsindustrie) oder erhöhte Marktkonzentration entstehen. Der technologische Fortschritt und die Globalisierung führten zu einer stärkeren Verbreitung von „winner-take-all-markets“ (Roine – Waldenström, 2014).

⁵⁾ Eine ausführliche Diskussion der in Österreich verfügbaren Daten zu Lohn- und Vermögenseinkommen findet sich in Altzinger et al. (2011) bzw. Altzinger et al. (2012).

Betriebe ist jedoch für die Analyse der Entwicklung im unteren Einkommensbereich von besonderer Bedeutung.

Ein vollständigeres Bild der Einkommensentwicklung kann aus Daten der Lohnsteuerstatistik gewonnen werden. In dieser Statistik sind die Löhne und Gehälter aller unselbständig Beschäftigten erfasst. Einschränkungen bestehen allerdings in Bezug auf die Erstellung von Zeitreihen (Strukturbruch und eingeschränkte Vergleichbarkeit vor und nach 1995) und auf die Möglichkeit, spezifische Auswertungen durchzuführen (die Daten liegen nur in stark aggregierter Form vor). Die Arbeitszeit der Beschäftigten wird zudem nicht bzw. nur anhand einer sehr groben, nur bedingt treffsicheren Gliederung in Teil- und Vollzeitbeschäftigte ausgewiesen.

Ausgehend von der Lohnsteuerstatistik zeigen *Altzinger et al.* (2012), dass die Einkommenskonzentration auch in Österreich nach 1994 stark zu steigen begann. Die Top-10%, Top-5% und Top-1% der Lohnereinkommensbeziehenden erzielten deutliche Anteilsgewinne. Das oberste Prozent der Einkommensbeziehenden konnte zwischen 1994 und 2007 seinen Anteil an der gesamten ausbezahlten Lohnsumme um 12% erhöhen, das oberste Dezil um ca. 6%. Der Gini-Koeffizient, das am weitesten verbreitete Verteilungsmaß, stieg in diesem Zeitraum um ca. 10%.

Mayrhuber et al. (2015) kommen in ihren Auswertungen der Lohnsteuerstatistik, die bis zum Jahr 2012 reichen, zu sehr ähnlichen Ergebnissen. Wie aus Übersicht 2 ersichtlich, erhöhte sich der Gini-Koeffizient auch nach 2007 kontinuierlich. Unter Berücksichtigung aller lohnsteuerpflichtigen ArbeitnehmerInnen bei der Berechnung der Ungleichheit, lag der Gini-Koeffizient für 2012 bei 0,456.⁴⁾ Bei Einschränkung auf die ganzjährig beschäftigten Männer (die auch in sehr hohem Ausmaß Vollzeit beschäftigt sind), betrug der Koeffizient 0,333. Die Einkommensverteilung der Vollzeitbeschäftigten ist somit erwartungsgemäß weniger ungleich als jene aller Aktivbeschäftigten.

Übersicht 2: Verteilungsmaß Gini-Koeffizient zwischen 1995 und 2012

	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2008/ 2012	2000/ 2012
												Veränderung in %
Arbeitnehmer- Innen insgesamt	0,410	0,433	0,441	0,443	0,446	0,448	0,451	0,452	0,454	0,456	+ 1,8	+ 5,3
Männer mit ganz- jährigen Bezügen	0,302	0,320	0,316	0,319	0,323	0,327	0,331	0,332	0,331	0,333	+ 1,8	+ 4,1

Q: *Mayrhuber et al.* (2015). Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen.

Die Summe der Einkommen im obersten Einkommensfünftel ist fast so hoch wie die gesamte Einkommenssumme der übrigen vier Fünftel der Lohn- und GehaltbezieherInnen (*Mayrhuber et al.*, 2015). 48% der lohnsteuerpflichtigen Einkommen gehen an die bestverdienenden

⁴⁾ Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen 0 (Gleichverteilung) und 1 (eine Person bezieht das gesamte Einkommen) annehmen.

zwanzig Prozent, 1995 betrug dieser Anteil 44%. Im Gegensatz dazu ist der Anteil in den drei unteren Einkommensfünfteln deutlich gesunken. Zu berücksichtigen ist, dass sich der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Erwerbsbevölkerung im Zeitverlauf deutlich erhöht hat. Für eine erschöpfende Untersuchung der Entwicklung der Lohnspreizung über die Zeit wären demnach langfristige Zeitreihen mit Stundenlöhnen bzw. Arbeitszeitinformatoren erforderlich.

3.3 Bisherige Erkenntnisse zur Arbeitsmarktsegmentierung

Mit Segmentierung am Arbeitsmarkt ist die Präsenz von unterschiedlichen, zum Teil untereinander nur schwach durchlässigen Teilarbeitsmärkten gemeint, in denen sich Beschäftigung und Einkommen unterschiedlich voneinander entwickeln.

Segmentationstheorien zufolge polarisiert sich der Arbeitsmarkt zunehmend in ein primäres Segment, dessen Arbeitsplätze durch höhere Löhne und Arbeitsplatzsicherheit sowie bessere Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen charakterisiert sind, und ein wachsendes sekundäres Segment, dessen Arbeitsplätze durch niedrige Löhne, eine geringere soziale Absicherung, schlechtere Arbeitsbedingungen, niedrigere Aufstiegschancen und eine höhere Instabilität der Beschäftigung gekennzeichnet sind (vgl. *Davidsson – Naczyk, 2009*). Zu bedenken ist, dass eine dichotome Unterscheidung zwischen einem primären und einem sekundären Arbeitsmarktsegment eine sehr starke Vereinfachung darstellt und der Komplexität des Arbeitsmarktgeschehens nur teilweise gerecht wird.

Mehrere WIFO-Studien haben sich bereits mit der Frage der Segmentierung des Arbeitsmarkts auseinandergesetzt und dabei unterschiedliche Facetten dieses Phänomens beleuchtet.

Ungeachtet der im Allgemeinen hohen Beschäftigungsstabilität der Kernbelegschaften, gibt es auch in Österreich Hinweise auf eine zunehmende Segmentierung des Arbeitsmarktes in stabile und instabile Arbeitsplätze (*Mahringer, 2005; Horvath – Mahringer – Preisig, 2014*). Während die Beschäftigung insgesamt steigt, gewinnen Erwerbsverläufe ohne eine durchgängige Arbeitsmarktanbindung gegenüber einer stabilen Erwerbsintegration an Bedeutung. Einem Kernsegment von Arbeitskräften mit kontinuierlicher Erwerbsintegration auf Basis einer Vollzeitbeschäftigung über der Niedriglohngrenze stehen Personengruppen gegenüber, deren Erwerbsverläufe durch längere Phasen der Arbeitslosigkeit oder Niedriglohnbeschäftigung geprägt sind.

Anhand der zwölfjährigen Erwerbslaufbahn der Erwerbspersonen des Jahres 2000 wurde festgestellt, dass rund ein Viertel dieser Erwerbspersonen in stabiler Vollzeitbeschäftigung mit einer Entlohnung über der Niedriglohnschwelle (zwei Drittel des Medianlohnes) stand. Männer, Personen im Haupterwerbsalter, inländische Arbeitskräfte und Höherqualifizierte sind in dieser Gruppe überrepräsentiert. Knapp ein weiteres Viertel der Arbeitskräfte wies einen Erwerbsverlauf auf, der zu einem großen Teil durch Vollzeitbeschäftigung über der Niedriglohnschwelle oder selbständige Beschäftigung geprägt war. Diese beiden insgesamt gut integrierten Gruppen umfassen somit knapp 50% der Erwerbspersonen. Knapp ein Fünftel wies hingegen längere Phasen der Arbeitslosigkeit oder Niedriglohnbeschäftigung auf. Beim

Rest lässt sich die Qualität der Erwerbsintegration nicht eindeutig einstufen. Die Betroffenen waren zum Beispiel viel atypisch beschäftigt oder aus Gründen wie Kinderbetreuung und Ruhestand erwerbsinaktiv (Eppel – Horvath – Mahringer, 2013). Während insbesondere höherqualifizierte Männer im Haupterwerbsalter einem stabil in den Arbeitsmarkt integrierten Kern von Arbeitskräften angehören, zählen Ältere, Arbeitskräfte mit gesundheitlichen Einschränkungen, Geringqualifizierte, Frauen, die Betreuungspflichten übernehmen, sowie Migrantinnen und Migranten zu den Bevölkerungsgruppen mit einer geringeren Arbeitsmarktanbindung und einem erhöhten längerfristigen Ausgrenzungsrisiko (siehe z. B. Eppel – Horvath – Mahringer 2013, 2014, Eppel et al. 2015A).

Anzumerken ist, dass mangels verfügbarer Daten das oberste Arbeitsmarktsegment, d. h. jene 10% bzw. 1% der Beschäftigten mit den höchsten Einkommen, für die im internationalen Umfeld in den vergangenen Jahrzehnten eine starke Dynamik und Abkoppelung von den übrigen Beschäftigten beobachtet werden konnte, bisher nicht analysiert werden konnte.

Die Segmentierung des Arbeitsmarkts verläuft entlang unterschiedlicher Dimensionen. Neben individuellen Merkmalen wie Qualifikation, Alter, Geschlecht und Herkunftsland sind Nachfragekomponenten wie konjunkturelle oder saisonale Schwankungen, sowie institutionelle Faktoren wie unterschiedliche Vertrags- und Beschäftigungsformen von Bedeutung:

- Ein großes Segment instabiler Beschäftigung mit hohem Arbeitskräfteumschlag stellen die saison- oder witterungsabhängigen Wirtschaftsbereiche, insbesondere im Tourismus und in der Bauwirtschaft, dar. Dort ist auch die betriebliche Praxis, in Zeiten geringer Auslastung Arbeitskräfte vorübergehend zu entlassen, um sie anschließend bei verbesserter Auftragslage wieder einzustellen, besonders verbreitet (Eppel et al. 2015B).
- Neben der Fluktuation durch den hohen Arbeitskräfteumschlag in bestimmten Sektoren der Wirtschaft, ergibt sich in Österreich auch eine hohe Fluktuation durch einen offenen Arbeitsmarkt in den vorwiegend östlichen Grenzregionen. So gab es im Jahr 2016 (einschließlich InländerInnen) ca. 90.000 EinpendlerInnen aus dem Ausland. Ihr Anteil an den unselbständig Beschäftigten (2,5% im Jahr 2016) hat sich seit 2008 mehr als verdoppelt.
- Österreich weist auch ein beträchtliches Maß an atypischer Beschäftigung auf. Das Beschäftigungswachstum der letzten fünfzehn Jahre wurde primär durch Teilzeitbeschäftigung und geringfügige Beschäftigung getragen. Diese Dimension der Segmentierung weist ein klares geschlechtsspezifisches Muster auf: Teilzeitarbeit ist für viele Frauen keine Übergangslösung, sondern eine dauerhafte Erwerbsform. Die Erwerbssituation von Männern ist durch ein anhaltend großes Segment an stabil und auf Vollzeitbasis Beschäftigten und ein kleines, aber wachsendes Segment schwächer und zugleich nur auf Teilzeitbasis (oder auch Leiharbeitsbasis) Erwerbsintegrierter charakterisiert (Horvath – Mahringer – Preisig, 2014). Wesentlich für die Beurteilung, ob atypisch Beschäftigte, Teilzeitarbeitende oder Niedriglohnbeschäftigte einem sekundären Arbeitsmarkt bzw. einem Randsegment des Arbeitsmarktes zugeordnet werden können, ist nicht ihr

Erwerbszustand zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern ihr längerfristiger Erwerbsverlauf (Häusermann – Schwander, 2011).

- Hinzu kommt eine Segmentierung nach Kohorten bzw. Altersgruppen: Speziell die Einstiegsphase in den Arbeitsmarkt ist zunehmend von Diskontinuitäten in der Erwerbsbeteiligung, Arbeitslosigkeit und atypischen Beschäftigungsformen gekennzeichnet (vgl. Mahringer, 2005). Der Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Ausbruch der Wirtschaftskrise hat junge Menschen, die noch nicht bzw. noch nicht stabil am Arbeitsmarkt integriert sind (sowie andere Personen mit schwacher Arbeitsmarktanbindung) besonders hart getroffen (Mahringer, 2009).
- Der Grad der Arbeitsmarktintegration bzw. die Stärke der Bindung an den Arbeitsmarkt kann an der Präsenz und Dauer von Phasen der Arbeitslosigkeit gemessen werden. Arbeitslosigkeit konzentriert sich in Österreich auf eine relativ kleine Personengruppe. Eppel – Horvath – Mahringer (2013) zeigen etwa, dass im Jahr 2000 15,4% der 16- bis 65-jährigen Erwerbspersonen mindestens einen Tag von Arbeitslosigkeit betroffen waren. 50% des gesamten Arbeitslosigkeitsvolumens in diesem Jahr konzentrierten sich jedoch auf nur 3,3% der Personen; 80% des Gesamtvolumens entfielen auf 7,3% der 16- bis 65-jährigen Erwerbspersonen. Die Konzentration ist nur wenig geringer, wenn neben dem Ausgangsjahr 2000 ein Nachbeobachtungszeitraum von 10 Jahren mitberücksichtigt wird (insgesamt 2000/2010).
- Längerfristige Reintegrationsprobleme in den Arbeitsmarkt sind kein Randphänomen, sondern eine typische Folge von Arbeitslosigkeit. Nichtsdestotrotz ist die Arbeitslosigkeit in Österreich stark segmentiert hinsichtlich Ausmaß und Form der Betroffenheit. Personen, die nur kurz bzw. selten betroffen sind, stehen dauerhaft bzw. häufig Kurzarbeitslose gegenüber, bei denen sich sehr deutlich Probleme längerfristiger Ausgrenzung zeigen (Eppel – Horvath – Mahringer, 2014). Nicht nur die Gesamtheit aller Arbeitslosen, sondern spezifisch auch längerfristig arbeitsmarktferne Personen sind eine sehr heterogene Gruppe mit unterschiedlichsten Problemlagen und Unterstützungsbedarfen (Eppel et al., 2015A).
- Geringqualifizierte zeigen ein deutlich erhöhtes Risiko einer persistenten Arbeitslosigkeit, dauerhafte Integrationsprobleme sind aber nicht auf diese Gruppe beschränkt. Der Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen (in Summe mehr als ein Jahr arbeitslos, lehrstellen-suchend oder in Schulung) an allen Arbeitslosen hat sich laut Registerdaten von 16,3% im Jahr 2008 auf 34,1% im Jahr 2016 verdoppelt. Verfestigungstendenzen sind auch im Bereich der Niedriglohnbeschäftigung zu erkennen (Eppel – Horvath – Mahringer, 2013).

4. Segmentierung des Arbeitsmarktes hinsichtlich Beschäftigungsstabilität

Ziel der im Folgenden dargestellten Analysen ist es, die Rolle der Segmentierung des Arbeitsmarktes für die Einkommensentwicklung in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten zu untersuchen. Im Fokus steht dabei die Unterscheidung nach Beschäftigungsstabilität. Während die Lohnentwicklung stabil Beschäftigter durch die in Österreich weitgehend flächendeckenden sozialpartnerschaftlichen Bargainingprozesse (Kollektivverträge) bestimmt sein dürfte, besteht bei instabiler (unterjähriger) Beschäftigung die Möglichkeit, Lohnniveaus rasch zu verändern. Insofern bietet dieses Beschäftigungssegment Spielraum für Lohnanpassungen, die auch auf die aggregierte Lohnentwicklung durchschlagen können.

4.1. Datengrundlage und Analysekonzepte

Datengrundlage

Um eine umfassende und aussagekräftige empirische Grundlage zur Segmentierung aufgrund der Beschäftigungsstabilität am österreichischen Arbeitsmarkt zu entwickeln, wurde auf Basis der Daten des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger („HV-Daten“) ein Datensatz mit allen unselbständigen Beschäftigungsverhältnissen der Jahre 2000 bis 2015 aufgebaut. Dieser enthält Informationen zur beschäftigten Person ebenso wie zu Beschäftigerbetrieben.

Für jedes Kalenderjahr sind in diesem Datensatz (mit Ausnahme der Lehrlinge, die für diese Analyse aufgrund des Zusammenhangs von Beschäftigungs- und Ausbildungsdauer ausgeschlossen werden) alle Personen enthalten, die mindestens einen Tag unselbständig beschäftigt waren. Informationen zur höchsten abgeschlossenen Ausbildung der Beschäftigten wurden aus den Sozialversicherungsdaten, den Daten des Arbeitsmarktservice sowie aus sekundären Quellen wie der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung gewonnen und mittels eines Imputationsverfahrens ergänzt.⁷⁾ Als Einkommensinformation werden die in den HV-Daten bis zur Höchstbeitragsgrundlage verfügbaren Beitragsgrundlagen zur Sozialversicherung herangezogen. Dabei bleiben Sonderzahlungen unberücksichtigt. Darüber hinaus wird geringfügige Beschäftigung nicht in die Analyse der Lohnentwicklung einbezogen.

Analysekonzepte

Die Informationen aus den Individualdaten des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger werden einerseits nach einem Betroffenheits- und andererseits nach einem Bestandskonzept ausgewertet (siehe Erläuterungen im Textkasten).

Ausgangspunkt für die Analyse der Segmentierung am österreichischen Arbeitsmarkt hinsichtlich Beschäftigungsstabilität sind – einem *Betroffenheitskonzept* entsprechend – alle

⁷⁾ Siehe Eppel – Horvath – Mahringer (2013) für weiterführende Informationen über das Imputationsverfahren.

Personen, die im betrachteten Kalenderjahr mindestens einen Tag unselbständig beschäftigt waren. Für diese Personen wird ermittelt, an wie vielen Tagen im Jahr sie in Beschäftigung waren. Auf dieser Basis wird die folgende Zuordnung durchgeführt:

- Stabile Beschäftigung wird mit einer ganzjährig durchgängigen Beschäftigung gleichgesetzt.
- Nicht ganzjährige, sondern unterjährige Beschäftigung, die aus einer Saisonbeschäftigung oder aus Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit aus anderen Gründen resultiert, wird als instabile Beschäftigung definiert.⁸⁾ Dazu zählt auch während des betrachteten Kalenderjahrs aufgenommene oder beendete Beschäftigung.

Auf Basis dieser Bestimmungen wird festgestellt, welcher Anteil der in einem Kalenderjahr von Beschäftigung betroffenen Personen instabil beschäftigt war.

Ergänzend zu dieser Betroffenheitsicht wird ein Bestandskonzept angewendet, um aufzuzeigen, welcher Anteil des Gesamtvolumens an geleisteten Beschäftigungstagen eines Kalenderjahres auf die instabil beschäftigten Personen entfiel, und wie sich, an diesem Indikator gemessen, die Größe des instabilen Beschäftigungssegments entwickelte.

Unterschiedliche Analysekonzepte

Betroffenheitskonzept

Die Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes wird primär anhand eines personenbezogenen Betroffenheitskonzeptes analysiert. Das bedeutet: Es werden alle Personen betrachtet, die in einem Kalenderjahr – eventuell auch nur kurz – als unselbständig Beschäftigte in Erscheinung traten. Um die Größe des instabilen Beschäftigungssegments zu bestimmen, wird der Anteil der instabil Beschäftigten an diesen im Kalenderjahr von Beschäftigung betroffenen Personen gebildet. Dabei hat jede Person unabhängig von ihrer Beschäftigungsdauer gleiches Gewicht. Das Betroffenheitskonzept gibt also Aufschluss darüber, wie viele der Personen, die innerhalb eines Jahres einer Beschäftigung nachgehen, instabil beschäftigt sind.

Analog dazu wird (in Kapitel 5) die Entwicklung der mittleren Bruttojahreslöhne berechnet, indem für jede in einem Kalenderjahr mindestens einen Tag unselbständig beschäftigte Person die Bezüge aus all ihren Beschäftigungsverhältnissen im jeweiligen Jahr aufsummiert werden. Jede dieser Personen hat bei der Berechnung des mittleren Jahreslohns gleiches Gewicht.

Bestandskonzept

Neben diesem (personenbezogenen) Betroffenheitskonzept kommt in der vorliegenden Studie ein Bestandskonzept zum Tragen. Dies gilt insbesondere für die Analyse der Entwicklung der mittleren Monatslöhne der Beschäftigten. Grundgesamtheit sind hierbei nicht die beschäftigten Personen, sondern alle in ein Kalenderjahr fallenden Beschäftigungsverhältnisse. Diese fließen nicht alle gleichermaßen, sondern mit unterschiedlichem Gewicht

⁸⁾ Zur Überprüfung der Sensitivität dieser Abgrenzung wurden stabil Beschäftigte alternativ auch anhand einer ganzjährigen Beschäftigung beim gleichen Dienstgeber sowie einer zwei Jahre durchgängigen Beschäftigung definiert. Für die Ergebnisse macht dies allerdings im Kern keinen Unterschied.

in die Berechnung der Medianlöhne ein. Wenn sich ein Beschäftigungsverhältnis über das ganze Jahr hindurch erstreckte, erhält es ein Gewicht von 1. Dauerte es dagegen (im jeweiligen Jahr) nur einen Tag, so hat es ein Gewicht von 1/365. Mit diesem Ansatz wird Unterschieden in der Dauer der Beschäftigungsverhältnisse und deren Veränderungen über die Zeit Rechnung getragen. Es wird der Medianlohn für den (Jahresdurchschnitts-)Bestand der Beschäftigung ermittelt. Der ermittelte Wert sagt aus, wie hoch im Mittel die Entlohnung in den an einem durchschnittlichen Tag im Jahr aufrechten Beschäftigungsverhältnissen war.

Analog dazu wird in einer Bestandssicht die Größe des instabilen Beschäftigungssegments anhand des Anteils der Beschäftigungstage der instabil beschäftigten Personen am Gesamtvolumen an geleisteten Beschäftigungstagen eines Kalenderjahres gemessen. Hierzu wird der Anteil der Beschäftigungsverhältnisse der instabil beschäftigten Personen an allen ins Auswertungsjahr fallenden Beschäftigungsverhältnissen berechnet. Dabei wird mit der Dauer der Beschäftigungsverhältnisse im jeweiligen Jahr gewichtet. Das Bestandskonzept zeigt also, wie hoch an einem durchschnittlichen Tag im Jahr der Anteil der instabil Beschäftigten ist.

4.2. Beschäftigungsstabilität

Gesamtentwicklung

Ein substantieller und seit der Finanzkrise im Steigen begriffener Anteil der Arbeitskräfte ist instabil beschäftigt

Die Auswertungen auf Basis der HV-Daten belegen eine ausgeprägte Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes hinsichtlich der Beschäftigungsstabilität. Ein großer Teil der Arbeitskräfte befindet sich, an ganzjähriger Beschäftigung und nach dem Betroffenheitskonzept gemessen, in stabiler Beschäftigung. Gleichzeitig gibt es ein nennenswertes Segment an instabil Beschäftigten: Rund ein Drittel (34,1%) der im Jahr 2015 (mindestens einen Tag) unselbständig Beschäftigten stand nicht durchgängig im gesamten Kalenderjahr in Beschäftigung.

War dieser Anteil zu Beginn der 2000er-Jahre noch relativ stabil, so ist er im Gefolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008 gewachsen: von 32,9% im Jahr 2008 auf 34,1% im Jahr 2015 (+1,2 Prozentpunkte).⁹⁾ Der stärkste Anstieg war 2011 zu verzeichnen (+0,7 Prozentpunkte) – im Jahr der Arbeitsmarktöffnung für Arbeitskräfte aus den Ländern, die 2004 der Europäischen Union beigetreten waren (Ungarn, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern).

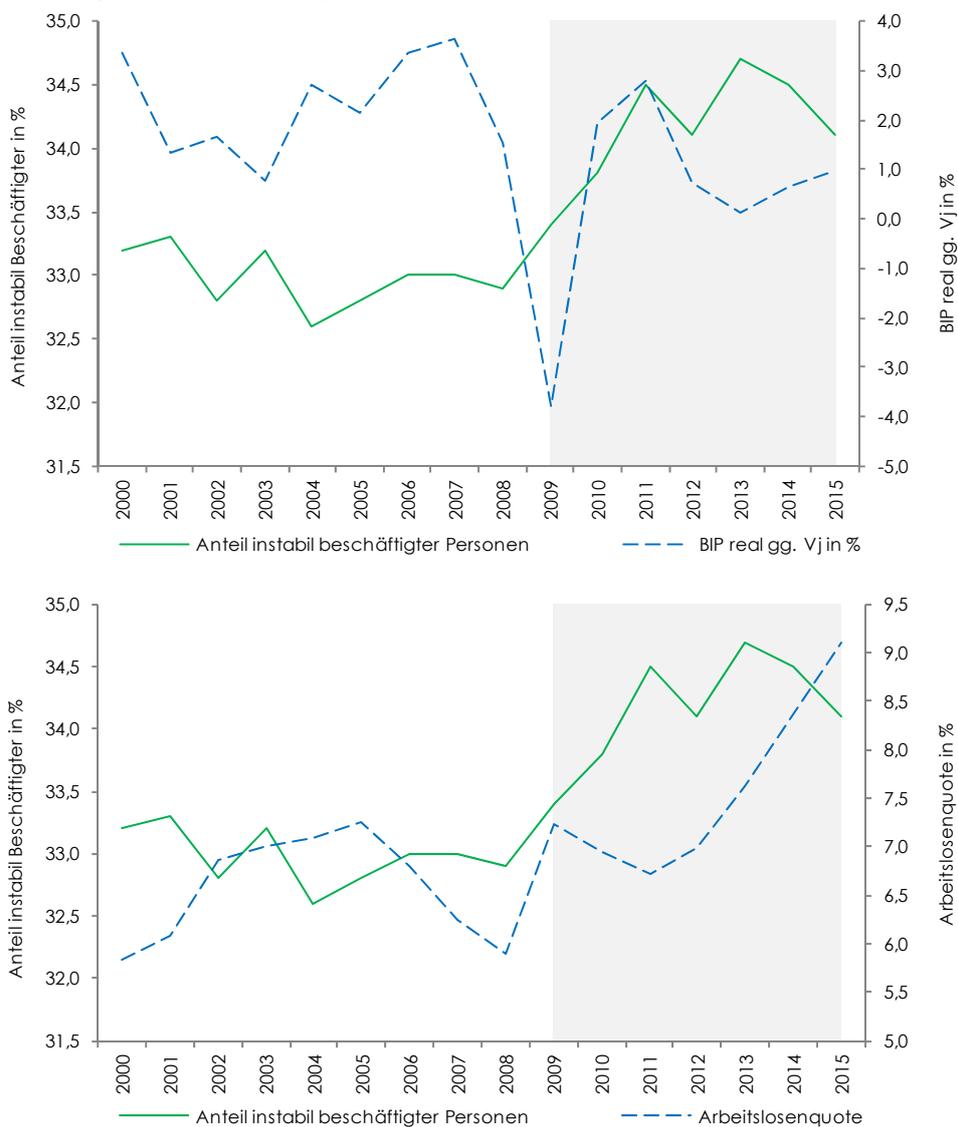
Das instabile Beschäftigungssegment unterliegt vielfältigen konjunkturellen Einflüssen: Die Zahl der Zugänge in den Arbeitsmarkt reagiert prozyklisch, das heißt, im Aufschwung sind mehr

⁹⁾ In der vorliegenden Studie wird instabile Beschäftigung anhand einer nicht ganzjährigen Beschäftigung gemessen. Die Entwicklung des instabilen Beschäftigungssegments über die Zeit weist ein ähnliches Bild auf, wenn instabile Beschäftigung nicht anhand dieses Einjahreszeitraums, sondern anhand einer zwei Jahre durchgängigen Beschäftigung festgemacht wird: Dann erhöhte sich der Anteil der instabil Beschäftigten von 41,6% im Jahr 2001 auf 42,3% im Jahr 2015 (vgl. Abbildung 47 und Übersicht 9).

Stellen zu besetzen als im Abschwung. Umgekehrt stellt sich die Situation bei den Beschäftigungsbeendigungen dar, die leicht antizyklisch reagieren (Mahringer, 2005).

Durch die höhere Zahl an Friktionen in Beschäftigungsverläufen während einer Krise ergibt sich ein leicht antizyklischer Anteil instabiler (unterjähriger) Beschäftigung an der Beschäftigung insgesamt, der jedoch – wie in Abbildung 5 ersichtlich – durch den Anstieg mit der Arbeitsmarktöffnung 2011 überlagert ist.

Abbildung 5: Entwicklung des Anteils der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten (in %) im Konjunkturverlauf



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Die graue Schattierung kennzeichnet die Zeitperiode ab Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009.

Sinkendes Beschäftigungsausmaß instabil beschäftigter Personen

Wie aus Abbildung 6 hervorgeht, ging der ab 2008 steigende Anteil an instabil Beschäftigten in Österreich nicht mit einem steigenden Anteil des instabilen Beschäftigungssegments am Gesamtvolumen der Beschäftigungstage einher: Mit 19,8%, entfiel im Jahr 2015 ein ähnlich hoher Anteil aller Beschäftigungstage auf die instabil Beschäftigten wie im Jahr 2000 (20,0%). Der Grund dafür ist in einer sinkenden Beschäftigungsdauer pro instabil beschäftigter Person zu suchen: Die mittlere Zahl der Tage im Jahr, an denen die instabil Beschäftigten beschäftigt waren, ging von 199 im Jahr 2000 auf 181 im Jahr 2015 zurück. Unterjährige Beschäftigung ist somit deutlich kürzer geworden.

Diese sinkende Beschäftigungsdauer betrifft in erster Linie Personen mit maximal Pflichtschulabschluss, die aber im instabilen Beschäftigungssegment deutlich überrepräsentiert sind. Auch unter österreichischen StaatsbürgerInnen, vor allem aber unter ausländischen Staatsangehörigen reduzierte sich die jährliche Beschäftigungsdauer der instabil Beschäftigten. Die stärksten Rückgänge sind für Arbeitskräfte aus Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Kroatien, der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien und sonstigen Staaten (weder EU noch Türkei oder ehemaliges Jugoslawien) zu konstatieren. Das sind auch weitgehend jene Gruppen unter den ausländischen Arbeitskräften in Österreich, deren Arbeitslosenquote besonders gestiegen ist¹⁰). Unter Staatsangehörigen anderer Länder hat umgekehrt das Beschäftigungsausmaß längerfristig zugenommen (z.B. Deutschland, Slowakei, Polen, Tschechien) (vgl. Abbildung 7).¹¹)

Schrumpfender Anteil der instabil Beschäftigten ist arbeitslos

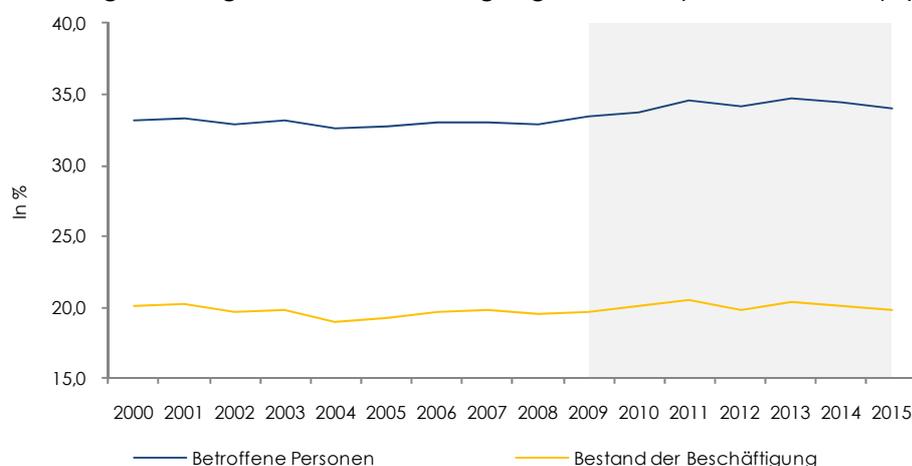
Unter den instabil Beschäftigten ist der Anteil der mindestens einen Tag im Kalenderjahr von Arbeitslosigkeit (in einem weiteren Sinn, einschließlich Schulungsteilnahmen) Betroffenen geringfügig zurückgegangen: von 48,1% im Jahr 2000 auf 47,7% im Jahr 2015. Dies könnte auf einen wachsenden Anteil an PendlerInnen unter den instabil Beschäftigten und auf

¹⁰) Während die Arbeitslosenquote zwischen 2008 und 2015 insgesamt um +3,2 Prozentpunkte (von 5,9% auf 9,1%) anstieg (InländerInnen: +2,6 Prozentpunkte auf 8,1%, AusländerInnen: +5,5 Prozentpunkte auf 13,3%), erhöhte sich die Arbeitslosenquote bulgarischer Staatsangehöriger im selben Zeitraum um +7,7 Prozentpunkte (von 7,2% auf 14,9%), jene der Rumänen um +6,4 Prozentpunkte (von 7,0% auf 13,4%), jene der Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (ohne EU) um +6,2 Prozentpunkte (von 8,0% auf 14,3%) und jene der türkischen Staatsangehörigen um +8,8 Prozentpunkte (von 10,6% auf 19,4%). Einen noch stärkeren Anstieg verzeichneten Personen aus sonstigen Drittstaaten (+14,0 Prozentpunkte auf 24,5%).

¹¹) Unter den instabil Beschäftigten ist der Anteil der mindestens einen Tag im Kalenderjahr von Arbeitslosigkeit (in einem weiteren Sinn, einschließlich Schulungsteilnahmen) Betroffenen geringfügig zurückgegangen: von 48,1% im Jahr 2000 auf 47,7% im Jahr 2015. Gleichzeitig ist in dieser Personengruppe allerdings die mittlere Zahl der Tage in Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum von 72 auf 86 Tage gestiegen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass – vor dem Hintergrund eines Arbeitslosenanstiegs und einer zunehmenden Verfestigung von Arbeitslosigkeit auf der individuellen Ebene – die von Arbeitslosigkeit Betroffenen in zunehmendem Ausmaß von Ausgrenzung betroffen sind. Das gestiegene Arbeitslosigkeitsrisiko ist aber offensichtlich nicht der einzige Grund für die Zunahme instabiler Beschäftigung

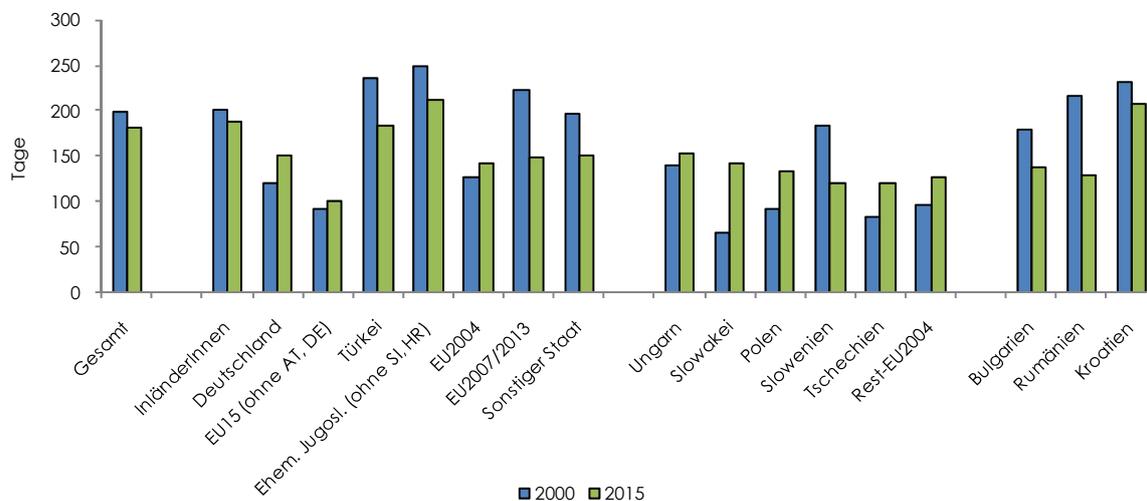
zugewanderte Personen zurückzuführen sein, die relativ rasch wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Gleichzeitig ist unter den instabil Beschäftigten allerdings die mittlere Zahl der Tage in Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum von 72 auf 86 Tage gestiegen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass – vor dem Hintergrund eines Arbeitslosigkeitsanstiegs und einer zunehmenden Verfestigung von Arbeitslosigkeit auf der individuellen Ebene – die von Arbeitslosigkeit Betroffenen in zunehmendem Ausmaß von Ausgrenzung betroffen sind. Das gestiegene Arbeitslosigkeitsrisiko ist aber offensichtlich nicht der einzige Grund für die Zunahme instabiler Beschäftigung.

Abbildung 6: Entwicklung des Anteils der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten (Betroffenheitskonzept) und des Anteils der Beschäftigungstage der instabil Beschäftigten am gesamten Beschäftigungsvolumen (Bestandskonzept) (in %)



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Betroffene Personen: Anteil der instabil beschäftigten Personen an allen im jeweiligen Kalenderjahr (mindestens 1 Tag) von unselbständiger Beschäftigung betroffenen Personen. Bestand der Beschäftigung: Anteil der Beschäftigungstage der instabil (unselbständig) Beschäftigten am Gesamtvolumen an (unselbständigen) Beschäftigungstagen im jeweiligen Jahr.

Abbildung 7: Mittlere Zahl der Tage in unselbständiger Beschäftigung im Jahr (Median) unter instabil beschäftigten Personen, 2000 vs. 2015

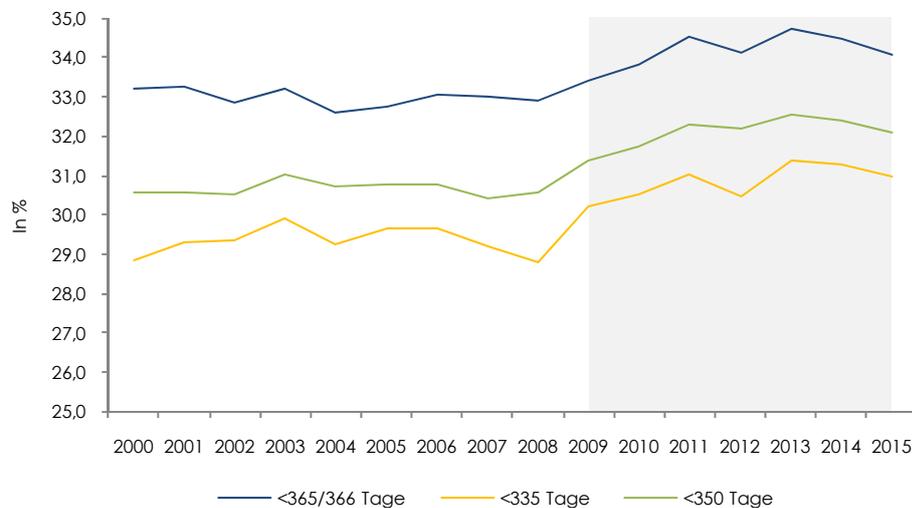


Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Wiedereinstellung beim gleichen Dienstgeber innerhalb eines Jahres.

Die Ergebnisse sind gegenüber Veränderungen hinsichtlich der exakten Abgrenzung instabil beschäftigter Personen robust

Instabile Beschäftigung wird, wie eingangs beschrieben, an einer nicht ganzjährigen Beschäftigung festgemacht. Die Definition ist eng: Jedes Beschäftigungsausmaß unter 365 Tagen (bzw. unter 366 Tagen im Fall von Schaltjahren) wird mit instabiler Beschäftigung gleichgesetzt. Dadurch zählt eine Person bereits zu den instabil Beschäftigten, wenn sie an einem einzigen Tag – etwa im Zuge eines Jobwechsels – nicht beschäftigt war. Ein Sensitivitätstest belegt allerdings, dass aus einer weniger restriktiven Abgrenzung der instabil Beschäftigten kein verändertes Bild folgen würde: Wird instabile Beschäftigung mit einem Beschäftigungsausmaß von weniger als 350 Tagen gleichgesetzt, dann ist der Anteil der instabil Beschäftigten von 30,6% im Jahr 2000 auf 32,1% gestiegen. Der Personenanteil mit einem Beschäftigungsausmaß von weniger als 335 Tagen (ca. 11 Monaten) hat sich im gleichen Zeitraum von 28,9% auf 31,0% erhöht. Die Zunahme betraf jeweils die Zeit nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 (vgl. Abbildung 8). Die restriktive Abgrenzung erzeugt deshalb keinen maßgeblichen Unterschied in den Ergebnissen, da nur wenige der instabil Beschäftigten in ihrem Beschäftigungsausmaß knapp unter der Schwelle für stabile Beschäftigung liegen. So waren etwa (im Gesamtzeitraum 2000-2015) nur 5% mehr als 354 Tage, aber zugleich nicht ganzjährig beschäftigt.

Abbildung 8: Entwicklung des Anteils der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten auf Basis unterschiedlicher Abgrenzungen (in %)



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Zahl und der Anteil der von instabiler Beschäftigung betroffenen Arbeitskräfte im Beobachtungszeitraum gestiegen ist. Dieser Anstieg hat sich aber nicht in einem steigenden Anteil des instabilen Beschäftigungssegments am Gesamtvolumen der Beschäftigungstage niedergeschlagen, da sich die Beschäftigungszeiten der instabil Beschäftigten verkürzten. Diese befanden sich 2015 im Laufe eines Jahres weniger in Beschäftigung als noch zu Beginn des Beobachtungszeitraums.

Die Analysen zu den instabil Beschäftigten in den nachfolgenden Abschnitten beruhen auf dem Betroffenenheitskonzept, d.h. im Fokus steht der Anteil der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten.

Entwicklung nach Wirtschaftsbranchen

Eine branchen- und personengruppenspezifische Sicht macht deutlich, dass sich hinter der Gesamtentwicklung der Beschäftigungsstabilität über die Zeit höchst unterschiedliche Niveaus und Trends verbergen.

Instabile Beschäftigung ist in Landwirtschaft, Tourismus, Arbeitskräfteüberlassung, Bauwirtschaft und im Bereich „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ am häufigsten

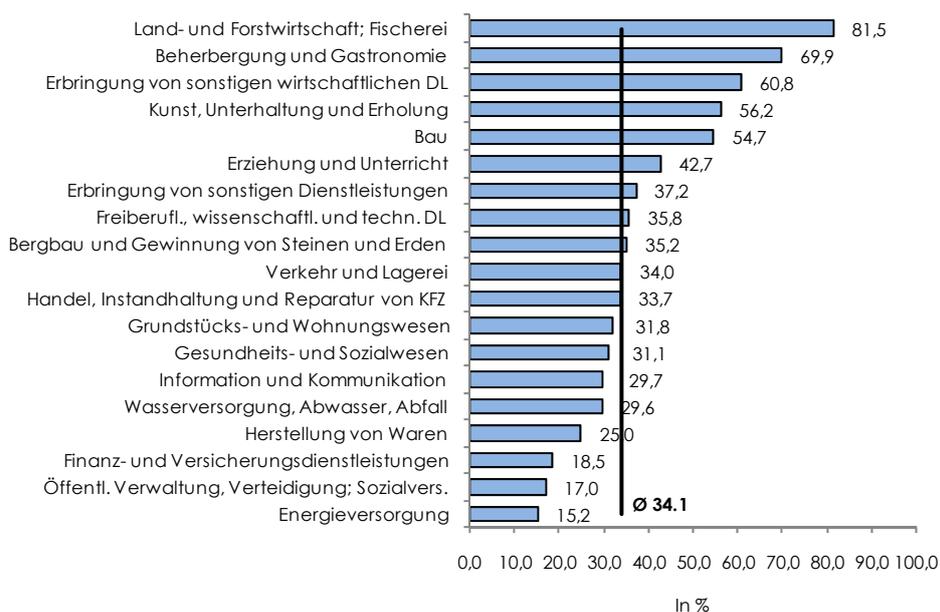
Die Beschäftigungsstabilität variiert erheblich nach Wirtschaftsbranche (vgl. Abbildung 9). Instabile Beschäftigung ist in den klassischen Saisonbranchen „Land- und Forstwirtschaft; Fischerei“, Tourismus und Bauwirtschaft, sowie in den Bereichen „sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“ (inkl. Arbeitskräfteüberlassung) und „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ am

weitesten verbreitet, mit einem Anteil von jeweils über 50% an den unselbständig Beschäftigten.

In der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei waren im Jahr 2015 81,5% der Beschäftigten nur unterjährig beschäftigt, im Tourismus mehr als zwei Drittel (69,9%). 60,8% der im Bereich sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen, 56,2% der im Abschnitt „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ und 54,7% der in der Bauwirtschaft tätigen Arbeitskräfte waren nicht durchgehend in Beschäftigung. Deutlich überdurchschnittlich verbreitet ist unterjährige Beschäftigung außerdem im Wirtschaftsabschnitt „Erziehung und Unterricht“ (42,7%).

Demgegenüber ist insbesondere in der Energieversorgung (15,2%), im Bereich der Gebietskörperschaften, Sozialversicherungsträger und Interessenvertretungen (17,0%) sowie der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (18,5%) der Großteil der Arbeitskräfte das ganze Jahr hindurch beschäftigt. Deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt (34,1%) liegt die Beschäftigungsstabilität auch im Bereich der Warenherstellung (25,0%), der Wasserversorgung, Abwasser- bzw. Abfallentsorgung (29,6%) und der Information und Kommunikation (29,7%).

Abbildung 9: Anteil der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten (in %) nach Wirtschaftsabschnitt, 2015



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Innerhalb des Wirtschaftsabschnitts „Land- und Forstwirtschaft; Fischerei“ ist instabile Beschäftigung in der Landwirtschaft (einschließlich Jagd und damit verbundenen Tätigkeiten) mit 84,4% mit Abstand am häufigsten. Aber auch in den Abteilungen „Forstwirtschaft und Holzeinschlag“ (65,2%) sowie „Fischerei und Aquakultur“ (65,6%) ist die Quote hoch.

Innerhalb des Tourismus sind Beschäftigte im Beherbergungswesen (74,8%) noch häufiger nicht ganzjährig beschäftigt als in der Gastronomie (66,6%).

Für den hohen Anteil instabiler Beschäftigung im Bereich „sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen“ ist vor allem die Arbeitskräfteüberlassung verantwortlich: Hier lag der Anteil im Jahr 2015 bei 71,9%. Aber auch in anderen Teilbereichen wie „Wach- und Sicherheitsdienste; Detektei“ (55,4%) und „Gebäudebetreuung, Garten- und Landschaftsbau“ (52,7%) sind über 50% der Beschäftigten nicht das ganze Jahr hindurch in Beschäftigung.

Die hohe Quote im Wirtschaftsabschnitt „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ geht primär auf zwei Bereiche zurück: zum einen die „Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung“ (66,4%) – hierunter fallen etwa der Betrieb von Sportanlagen, Sportvereine, Fitnesszentren, Vergnügungs- und Themenparks – und zum anderen „kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten“ (52,9%). Diese Wirtschaftsabteilung umfasst den Betrieb von Einrichtungen und die Erbringung von Dienstleistungen zur Befriedigung der kulturellen und Unterhaltungsinteressen.¹²

Im Bundesländervergleich ist instabile Beschäftigung in Tirol (45,6% im Jahr 2015), Salzburg (43,2%), Kärnten (42,4%) und im Burgenland (42,2%) stärker verbreitet als in den anderen Bundesländern. Dies dürfte mit der hohen Bedeutung des Tourismus in diesen Teilen Österreichs zusammenhängen, im Burgenland vermutlich auch mit der vergleichsweise großen Zahl an EinpendlerInnen aus dem benachbarten EU-Ausland. Am geringsten ist der Anteil instabil Beschäftigter in Oberösterreich mit 32,2%, wo der Tourismus eine vergleichsweise geringe Rolle spielt und demgegenüber die Sachgüterindustrie eine erhöhte Bedeutung hat – ein Bereich, in dem Arbeitskräfte viel häufiger stabil beschäftigt sind.

Je nach Branche unterschiedliche Entwicklungstrends

Über die Zeit zeigen sich je nach Branche unterschiedliche Trends:

- In einigen Wirtschaftsbereichen ist der Anteil der instabil Beschäftigten im Laufe der letzten fünfzehn Jahre gesunken. Hierzu zählen insbesondere die Warenherstellung (-16,4%) die Energieversorgung (-20,0%), die Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung (-11,4%), der Bereich Information und Kommunikation (-22,7%) und die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (-9,3%). Teilweise könnte der Rückgang mit der Auslagerung von Aufgabenbereichen auf Leiharbeit zusammenhängen.
- Im Kontrast dazu hat sich in anderen Branchen instabile Beschäftigung ausgeweitet. Dies gilt in besonderem Maße für die Bereiche Grundstücks- und Wohnungswesen (+18,2%), Erziehung und Unterricht (+17,6%) und „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ (+10,0%), aber

¹²⁾ Dazu zählt die Produktion und Förderung von und die Teilnahme an Liveauftritten, Veranstaltungen oder Ausstellungen sowie die Bereitstellung künstlerischer, kreativer oder technischer Fachkenntnisse für die Herstellung von Kunstwerken und die Durchführung von Liveauftritten.

auch für Land- und Forstwirtschaft (+6,4%), Gesundheits- und Sozialwesen (+4,0%) und die Erbringung sonstiger Dienstleistungen (+6,0%) (vgl. Übersicht 3).

Im Jahr 2011, dem Jahr der Arbeitsmarktöffnung für die Länder mit EU-Beitritt im Jahr 2004 („EU2004“), ist ein sprunghafter Anstieg des Anteils instabil beschäftigter Personen vor allem in der Landwirtschaft (von 78,9% auf 82,4%) und im Tourismus (von 70,4% auf 71,3%) zu beobachten.

Übersicht 3: Entwicklung des Anteils der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten (in %) nach Wirtschaftsbranche

Wirtschaftsabschnitt	2000	2008	2015	2000/2015	2008/2015
	Anteil in %			Veränderung in %	
Grundstück, Wohnungen	26,9	27,6	31,8	18,2	15,2
Erziehung, Unterricht	36,3	40,9	42,7	17,6	4,4
Kunst, Unterh., Erholung	51,1	53,7	56,2	10,0	4,7
Bergbau, Steine, Erden	32,2	36,1	35,2	9,3	-2,5
Land-, Forstwirtschaft	76,6	78,5	81,5	6,4	3,8
Sonstige DL	35,1	35,0	37,2	6,0	6,3
Gesundheit, Soziales	29,9	30,6	31,1	4,0	1,6
Freiber., wissensch.-, techn. DL	34,6	36,4	35,8	3,5	-1,6
Sonst. wirtsch. DL	59,1	62,3	60,8	2,9	-2,4
Verkehr und Lagerei	33,5	34,9	34,0	1,5	-2,6
Öffentliche Verwaltung	17,1	16,0	17,0	-0,6	6,3
Tourismus	70,6	70,4	69,9	-1,0	-0,7
Bau	55,6	53,7	54,7	-1,6	1,9
Handel, KFZ	36,7	34,5	33,7	-8,2	-2,3
Finanz-, Versicherungs-DL	20,4	19,9	18,5	-9,3	-7,0
Wasser, Abwasser, Abfall	33,4	32,2	29,6	-11,4	-8,1
Herstellung von Waren	29,9	26,9	25,0	-16,4	-7,1
Energieversorgung	19,0	16,2	15,2	-20,0	-6,2
Info, Kommunikation	38,4	31,0	29,7	-22,7	-4,2
Gesamt	33,2	32,9	34,1	2,7	3,6

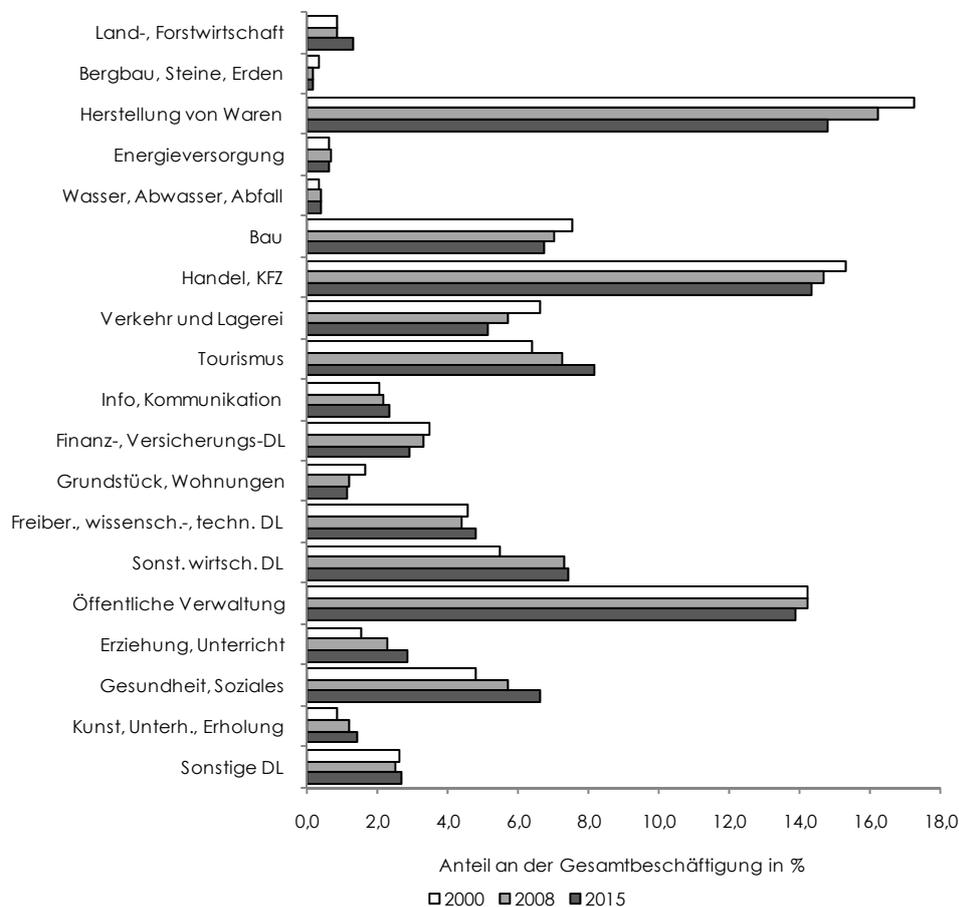
Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Ohne private Haushalte, exterritoriale Organisationen und unbekannter Branche.

Gerade Branchen mit relativ häufiger instabiler Beschäftigung haben seit 2008 an Bedeutung zugenommen

Zur Zunahme instabiler Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise hat ein Bedeutungsgewinn von Branchen mit relativ häufiger instabiler Beschäftigung beigetragen: Landwirtschaft, Tourismus, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen, „Kunst, Unterhaltung und Erholung“, sowie Erziehung und Unterricht nahmen im Jahr 2015 jeweils einen höheren Anteil an der Gesamtbeschäftigung ein als im Vorkrisenjahr 2008 bzw. im Jahr 2000. Die Bauwirtschaft bildet eine Ausnahme: Ihr Anteil ist seit 2008 relativ konstant geblieben (2008: 7,0%, 2015: 6,8%).

Umgekehrt hat anderem die Warenherstellung – ein Bereich mit relativ häufig stabiler Beschäftigung – anteilmäßig an Bedeutung verloren (vgl. Abbildung 10).

Abbildung 10: Entwicklung des Anteils der einzelnen Wirtschaftsabschnitte an der Gesamtbeschäftigung, 2000-2015



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Ohne private Haushalte, exterritoriale Organisationen und unbekannter Branche.

Entwicklung nach Personengruppen

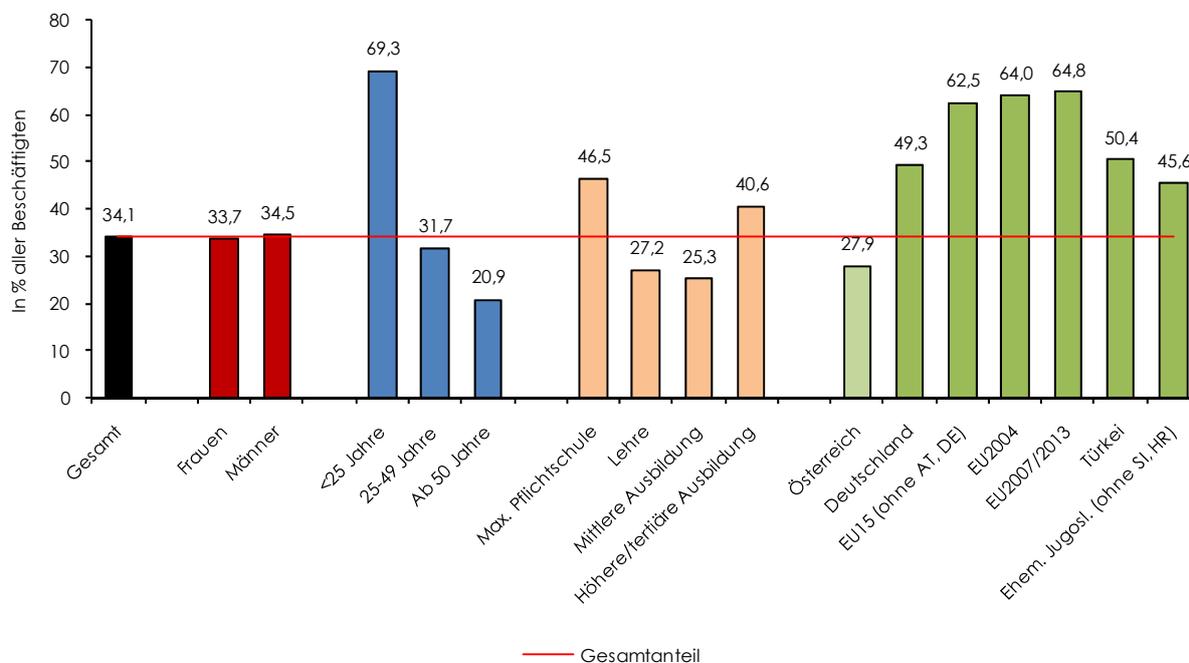
Junge Menschen und ausländische Arbeitskräfte – besonders jene aus den neuen, östlichen EU-Ländern – sind überproportional häufig instabil beschäftigt

Von instabiler Beschäftigung sind zwei Personengruppen deutlich überproportional betroffen: zum einen junge Menschen und zum anderen ausländische Arbeitskräfte, darunter insbesondere diejenigen aus den neuen, östlichen EU-Mitgliedsländern (vgl. Abbildung 11):

- 69,3% aller Beschäftigten unter 25 Jahren waren im Jahr 2015 nicht ganzjährig beschäftigt. Das ist ein mehr als doppelter so hoher Anteil wie unter 25- bis 49-Jährigen (31,7%) und ein mehr als dreimal so hoher Anteil wie unter Personen ab 50 Jahren (20,9%).

- Über alle Nationalitäten hinweg, waren im Jahr 2015 56,4% aller ausländischen Beschäftigten von instabiler Beschäftigung betroffen. Das ist ein doppelt so hoher Anteil wie unter InländerInnen (27,9%).
- Unter den Angehörigen sonstiger EU15-Mitgliedsländer (62,5%) war der Anteil instabiler Beschäftigung noch höher als unter deutschen Staatsangehörigen (49,3%) und Personen aus der Türkei (50,4%) und dem ehemaligen Jugoslawien (45,6%). Am höchsten war er mit ca. zwei Dritteln unter Angehörigen der neuen östlichen EU-Mitgliedsstaaten (EU2004: 64,0%, EU2007/2013: 64,8%¹³). Somit weisen ausländische Arbeitskräfte aus den neuen, östlichen EU-Mitgliedsländern eine besonders geringe Beschäftigungsstabilität auf.¹⁴)
- AusländerInnen sind in allen Altersgruppen im instabilen Segment deutlich überrepräsentiert (Unter-25-Jährige: 82,2%, 25- bis 49-Jährige: 54,0%, Ab-50-Jährige: 45,6%).

Abbildung 11: Anteil der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten (in %) nach Personengruppe, 2015



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

¹³) EU2004: Folgende 10 Länder traten im Jahr 2004 der EU bei: Ungarn, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern. Mit EU2007/2013 sind einerseits Rumänien und Bulgarien gemeint, die im Jahr 2007 der EU beitraten, und andererseits das 2013 beigetretene Kroatien.

¹⁴) Innerhalb der EU2004-Ländergruppe ist der Anteil instabil Beschäftigter unter Personen aus Ungarn (65,7%), Slowakei (64,6%), Polen (62,7%), Slowenien (62,0%) und Tschechien (62,6%) höher als unter Personen aus den restlichen Ländern (47,4%). In der EU2007/2013-Gruppe ist instabile Beschäftigung unter Arbeitskräften aus Bulgarien (67,7%) und Rumänien (70,2%) stärker verbreitet als unter Kroatinnen und Kroaten (51,9%).

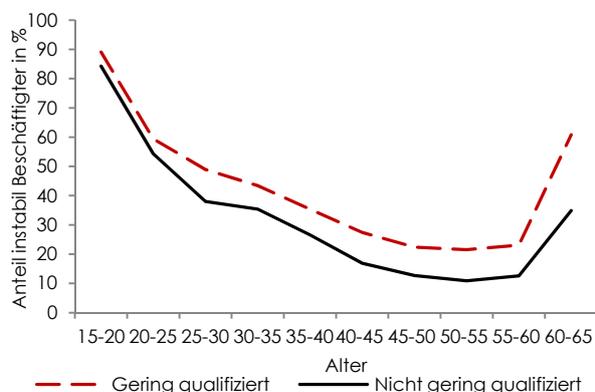
Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind gering: 33,7% der Frauen und 34,5% der Männer waren im Jahr 2015 nicht durchgehend in Beschäftigung. Ausländische Frauen (54,2%) sind ähnlich häufig betroffen wie ausländische Männer (58,0%), inländische Frauen (28,9%) ähnlich häufig wie inländische Männer (27,0%).

Während die geschlechtsspezifischen Unterschiede gering sind, macht das Ausbildungsniveau für die Betroffenheit von instabiler Beschäftigung einen großen Unterschied: Geringqualifizierte mit maximal Pflichtschulabschluss sind deutlich häufiger (zu 46,5%) instabil beschäftigt als Personen mit höherem Ausbildungsniveau (30,7%). Das gilt für InländerInnen und AusländerInnen, für Frauen gleichsam wie für Männer. Neben gering Qualifizierten, ist die Quote auch unter Menschen mit höherer oder tertiärer Ausbildung überdurchschnittlich hoch. Dies betrifft aber hauptsächlich junge Menschen, die unabhängig von ihrer Qualifikation überproportional stark betroffen sind (vgl. Abbildung 12).

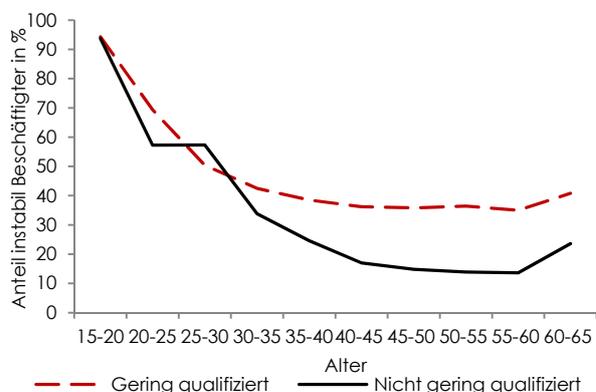
Junge Menschen sind im Zuge ihres Arbeitsmarkteinstiegs typischer Weise mit höheren Fluktuationsraten konfrontiert. Zum Teil ist das der Orientierung am Arbeitsmarkt, insbesondere unmittelbar nach Ausbildungsabschluss, und den damit verbundenen Arbeitsplatzwechseln zuzuschreiben. Auch parallel zur Ausbildung oft kurzfristig aufgenommene Beschäftigung schlägt sich hier nieder. Die hohe und in den letzten Jahrzehnten tendenziell zunehmende Instabilität der Beschäftigung Jugendlicher ist jedoch auch mit höherem Risiko von Arbeitslosigkeit verbunden (*Mahringer, 2005*). Einstiegsphasen in den Arbeitsmarkt verlaufen für Jugendliche zunehmend weniger kontinuierlich und mit mehr Risiko für Integrationsprobleme. Gerade im Zuge der Finanzkrise 2008/2009 zeigte sich auch, dass Jugendliche bedeutend stärker als andere Altersgruppen von Wirtschaftskrisen betroffen sind: Ihr Anteil an der Arbeitslosigkeit nahm markant zu (*Mahringer, 2009*).

Abbildung 12: Anteil der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten (in %) nach Staatsbürgerschaft, Geschlecht und Alter, 2015

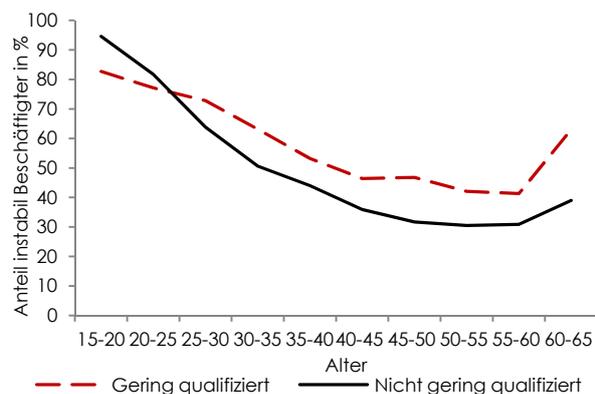
Inländische Frauen



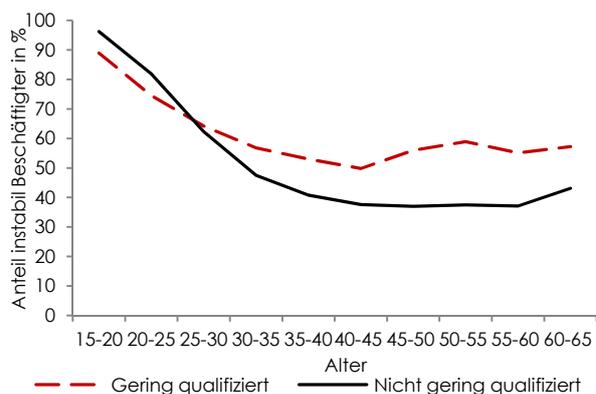
Inländische Männer



Ausländische Frauen



Ausländische Männer

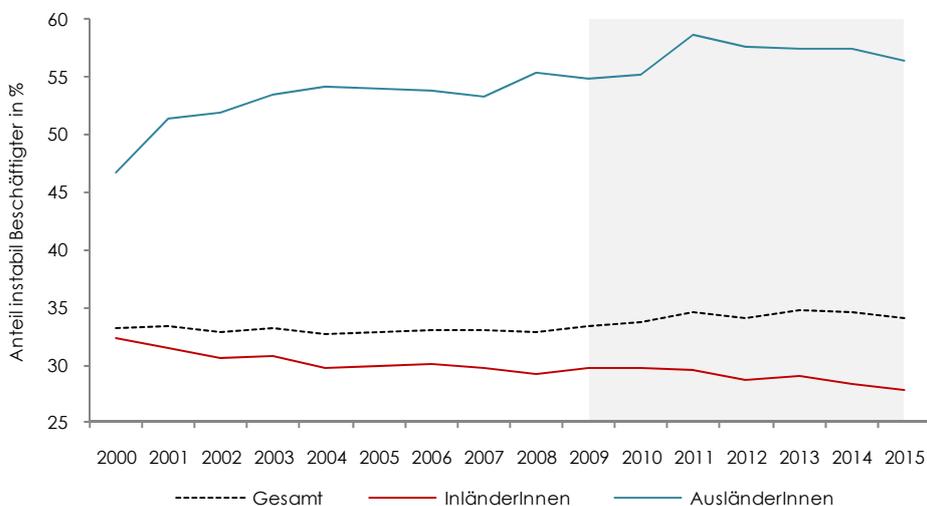


Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Die Zunahme instabiler Beschäftigung geht (per Saldo) ausschließlich auf ausländische Arbeitskräfte zurück

Im Zeitverlauf zeigt sich, dass instabile Beschäftigung in den letzten fünfzehn Jahren unter InländerInnen abgenommen und unter AusländerInnen – ausgehend von einem bereits hohen Niveau – weiter zugenommen hat (vgl. Abbildung 13). Der Anteil der instabil Beschäftigten erhöhte sich unter AusländerInnen von 46,7% im Jahr 2000 über 55,3% im Jahr 2008 auf 56,4% im Jahr 2015. Unter InländerInnen kam es zu einem Rückgang von 32,3% im Jahr 2000 auf 27,9% im Jahr 2015.

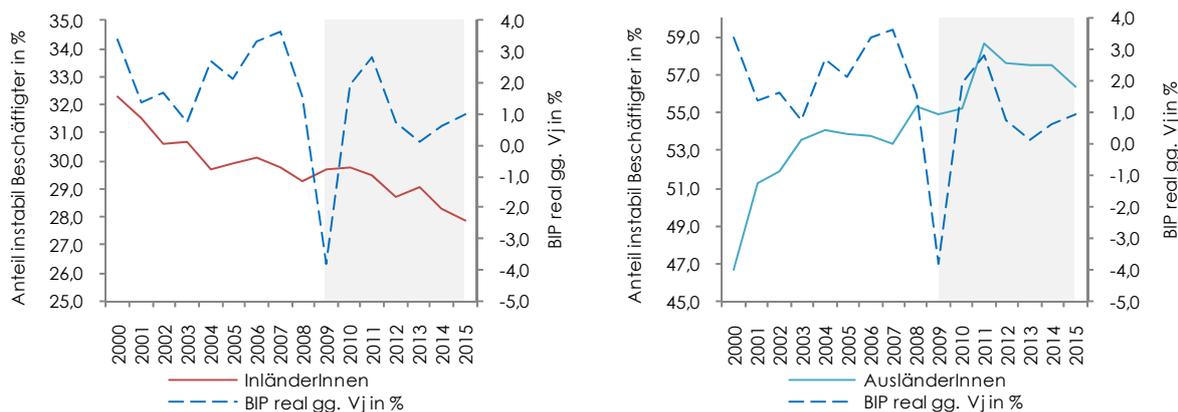
Abbildung 13: Anteil der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten, InländerInnen vs. AusländerInnen, 2000-2015



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Die Instabilitätsrate der AusländerInnen scheint noch stärker konjunkturabhängig zu sein als die der InländerInnen (vgl. Abbildung 14). Das ist ein Hinweis darauf, dass diese Gruppe am österreichischen Arbeitsmarkt häufig zu den Randbelegschaften zählt, die bei schwacher Auftragslage als erste gekündigt werden. Seltener sind ausländische Arbeitskräfte Teil der Kernbelegschaft.

Abbildung 14: Anteil der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten nach Staatsbürgerschaft im Konjunkturverlauf, 2000-2015



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Markante Ausweitung instabiler Beschäftigung zu Zeitpunkten der Ostöffnungen

Eine Aufschlüsselung nach Herkunft macht sichtbar, dass sich instabile Beschäftigung in den letzten Jahren hauptsächlich unter ausländischen Arbeitskräften aus den neuen, östlichen EU-Mitgliedstaaten ausgeweitet hat – von einem bereits hohen Ausgangsniveau ausgehend. In diesen Gruppen stieg der Anteil instabiler Beschäftigung zu den jeweiligen Zeitpunkten der Arbeitsmarktöffnung sprunghaft an:

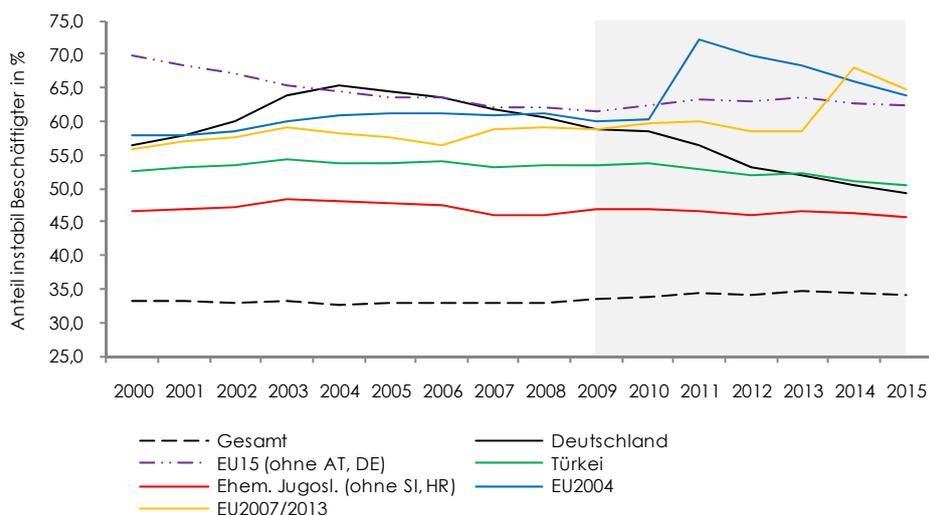
- Unter Personen aus den 10 Staaten, die im Jahr 2004 der EU beitraten (Ungarn, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern), war dies im Jahr 2011 der Fall (Anstieg von 60,3% auf 72,3%). In diesem Jahr wurde der Arbeitsmarkt für diese Personen geöffnet. Seither können sie unter den gleichen Voraussetzungen wie österreichische StaatsbürgerInnen eine Beschäftigung aufnehmen und ausüben. Ebenso können sie ihre Dienstleistungen ohne dauerhafte Niederlassung grenzüberschreitend in Österreich anbieten. Der sprunghafte Anstieg im Jahr 2011 betraf diverse Länder der EU2004.
- Unter Personen aus Rumänien und Bulgarien – den beiden Ländern, die im Jahr 2007 der EU beitraten (EU2007) – stieg der Anteil instabil Beschäftigter im Jahr 2014 sprunghaft an. Dies ist das Jahr, seit dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus ebendiesen Ländern das Recht auf uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt der EU haben (nach Ablauf einer siebenjährigen Übergangsfrist bis Ende 2013). Unter Einbezug von Kroatien, verzeichnete die Ländergruppe EU2007/2013 von 2013 auf 2014 eine Zunahme des Anteils instabil Beschäftigter von 58,6% auf 68,0%. Bereits der EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Jahr 2007 hatte eine Ausweitung instabiler Beschäftigung unter Arbeitskräften aus diesen beiden Ländern zur Folge.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass für beide soeben genannten Ländergruppen der Anteil an instabil Beschäftigten in der Zeit nach dem Jahr der Arbeitsmarktöffnung (leicht) rückläufig war. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass zumindest ein Teil der neuen Arbeitskräfte ein stabiles Beschäftigungsverhältnis eingehen konnte. Eine mögliche Erklärung ist aber auch, dass viele der nach der Gewährung der Freizügigkeit zugewanderten Arbeitskräfte nur für kurze Zeit in Österreich arbeiteten: Sie zogen sich bald wieder aus dem österreichischen Arbeitsmarkt zurück und kehrten heim oder wechselten in einen anderen erwerbsfernen Zustand (vgl. *Huber – Böhs, 2012*). Ein dritter Erklärungsansatz ist, dass nicht nur die Beschäftigung von Jugendlichen, sondern auch jene von AusländerInnen in der ersten Phase nach Arbeitsmarkteintritt typischerweise durch ein erhöhtes Maß an Instabilität geprägt ist.

Im Unterschied zur starken Zunahme instabiler Beschäftigung unter Arbeitskräften aus den neuen, östlichen EU-Mitgliedsstaaten, verblieb die Quote unter Arbeitskräften aus Deutschland, den sonstigen EU15-Mitgliedsländern, der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien seit 2008 weitgehend konstant auf einem hohen Niveau oder war sogar rückläufig:

- Unter Personen aus der EU15 (ohne Österreich, Deutschland) ist der Anteil der instabil Beschäftigten längerfristig (gegenüber dem Jahr 2000) rückläufig, seit Krisenausbruch sehr geringfügig gestiegen (von 62,2% im Jahr 2008 auf 62,5% im Jahr 2015).
- Deutsche StaatsbürgerInnen verzeichneten seit dem Jahr 2004 einen sehr deutlichen – allerdings nicht sprunghaften, sondern allmählichen – Rückgang in der Bedeutung instabiler Beschäftigung (von 65,5% auf 49,3%). Ein wichtiger Erklärungsgrund könnte die Entspannung des deutschen Arbeitsmarktes sein. Vor allem in den frühen 2000er-Jahren, als die Arbeitslosigkeit in Deutschland hoch war, strömten viele deutsche Arbeitskräfte in den österreichischen Arbeitsmarkt, und zwar vielfach in den durch saisonale und instabile Beschäftigung geprägten Tourismussektor. Als sich die Arbeitsmarktssituation entspannte, ging die Zahl der deutschen Arbeitskräfte in diesen Bereichen zurück. Möglicherweise kamen allerdings auch Verdrängungseffekte im Zuge der EU-Osterweiterung zum Tragen und bedingten einen geringeren Zustrom deutscher Arbeitskräfte im instabilen Segment.
- Eine Reduktion lässt sich auch unter Türkinnen (von 53,5% im Jahr 2008 auf 50,4% im Jahr 2015) beobachten. Möglicherweise haben Verdrängungsprozesse unter zugewanderten Arbeitskräften zu einer veränderten Struktur der (weiterhin) am österreichischen Arbeitsmarkt erwerbstätigen Personen aus der Türkei beigetragen. Im Jahr 2015 waren insgesamt etwa gleich viele Türkinnen und Türken in Österreich stabil unselbständig beschäftigt wie im Jahr 2000. In der gleichen Zeit hat sich die Zahl der instabil beschäftigten Türkinnen reduziert, die Arbeitslosigkeit unter türkischen Arbeitskräften ist dagegen überproportional gestiegen.
- Unter Arbeitskräften aus dem ehemaligen Jugoslawien ist der Anteil der instabil Beschäftigten seit 2000 weitgehend konstant geblieben (vgl. Abbildung 15).

Abbildung 15: Anteil der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten (in %) nach Staatsbürgerschaft, 2000-2015



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Übersicht 4: Entwicklung des Anteils der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten (in %), 2000-2015

	2000	2002	2004	2006	2008	2009	2011	2013	2015	2000/2015	2008/2015
	Anteil in %										Veränderung in %
Gesamt	33,2	32,8	32,6	33,0	32,9	33,4	34,5	34,7	34,1	2,7	3,6
Männer	32,4	32,7	32,7	33,2	32,7	33,8	34,8	35,0	34,5	6,5	5,5
Frauen	34,2	33,0	32,4	32,8	33,1	32,9	34,2	34,3	33,7	-1,5	1,8
<25 Jahre	66,3	67,2	66,7	67,8	67,7	67,5	69,5	69,2	69,3	4,5	2,4
25-49 Jahre	27,6	27,5	27,4	28,2	28,2	29,1	30,6	31,3	31,7	14,9	12,4
Ab 50 Jahre	23,8	22,3	21,9	21,7	21,8	23,3	22,5	22,9	20,9	-12,2	-4,1
Max. Pflichtschule	42,3	42,2	42,2	42,9	42,9	44,2	45,1	47,1	46,5	9,9	8,4
Lehre	28,3	28,3	27,7	28,1	27,5	28,7	28,8	28,7	27,2	-3,9	-1,1
Mittlere Ausbildung	24,9	23,7	24,0	24,8	25,7	25,8	27,1	25,1	25,3	1,6	-1,6
Höhere/tertiäre Ausbildung	44,1	43,3	43,2	42,8	42,6	41,0	44,0	43,3	40,6	-7,9	-4,7
InländerInnen	32,3	30,6	29,7	30,1	29,3	29,7	29,5	29,1	27,9	-13,6	-4,8
AusländerInnen	46,7	51,9	54,1	53,8	55,3	54,9	58,6	57,5	56,4	20,8	2,0
Deutschland	56,5	60,0	65,5	63,6	60,7	58,9	56,5	52,1	49,3	-12,7	-18,8
EU15 (ohne AT, DE)	69,7	67,3	64,6	63,7	62,2	61,4	63,4	63,7	62,5	-10,3	0,5
Türkei	52,6	53,6	53,8	54,0	53,5	53,5	53,0	52,2	50,4	-4,2	-5,8
Ehem. Jugosl. (ohne SI, HR)	46,5	47,2	48,0	47,4	45,9	46,8	46,7	46,7	45,6	-1,9	-0,7
EU2004	57,8	58,5	61,0	61,3	61,3	60,0	72,3	68,4	64,0	10,7	4,4
EU2007/2013	55,8	57,6	58,3	56,4	59,1	58,9	59,9	58,6	64,8	16,1	9,6
Sonstiger Staat	28,3	42,4	44,2	43,5	57,7	56,1	57,9	55,4	54,4	92,2	-5,7

Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

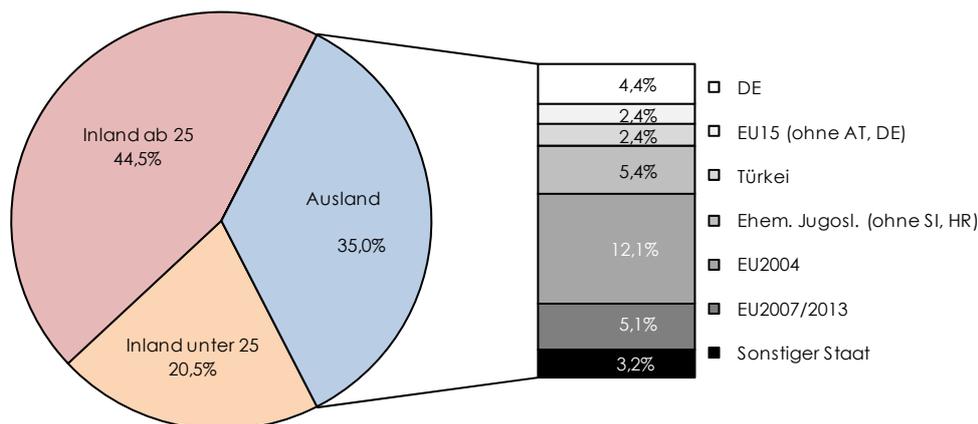
Mehr als Verdoppelung der Zahl der instabil beschäftigten AusländerInnen seit 2000.
Auf sie entfiel zuletzt ein gutes Drittel aller instabil Beschäftigten.

Die Struktur der instabil Beschäftigten sah im Jahr 2015 wie folgt aus:

- Rund 280.000 InländerInnen unter 25 Jahren waren instabil beschäftigt. Diese Gruppe stellte damit ein Fünftel (20,5%) aller instabil Beschäftigten und war damit im Vergleich zu ihrem deutlich geringeren Anteil an den stabil Beschäftigten (5,5%) deutlich überrepräsentiert.
- Ca. 600.000 InländerInnen im Alter ab 25 Jahren zählten zu den instabil Beschäftigten. Sie machten damit einen Anteil von 44,5% aus und waren gegenüber ihrem wesentlich höheren Anteil an den stabil Beschäftigten (80,5%) deutlich unterrepräsentiert.
- Die restlichen 35,0% – also ein gutes Drittel der instabil Beschäftigten – entfielen auf ausländische StaatsbürgerInnen. Das waren rund 475.000 an der Zahl. AusländerInnen waren damit unter den instabil Beschäftigten deutlich überrepräsentiert: An den stabil Beschäftigten machten sie nur einen Anteil von 14,0% aus.
- Ca. die Hälfte der instabil beschäftigten AusländerInnen entfiel im Jahr 2015 auf Arbeitskräfte aus den osteuropäischen Ländern, die der EU in den Jahren 2004, 2007 und 2013 beitraten, etwa ein Drittel auf Personen aus Ländern der EU2004 (rund 164.000). Letztere machten einen Anteil von 12,1% an allen instabil Beschäftigten aus. Rund 69.000 (5,1% aller instabil Beschäftigten) entfielen auf Länder der EU2007/2013, 73.000 (5,4%) auf das ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien und Kroatien), 60.000 (4,4%) auf Deutschland, jeweils ca. 33.000 (2,4%) auf die EU15 (ohne Österreich und Deutschland) und die Türkei und rund 43.000 (3,2%) auf sonstige Staaten (vgl. Abbildung 16).

Abbildung 16: Personenstruktur der instabil Beschäftigten, 2015

Anteil an allen instabil Beschäftigten in %

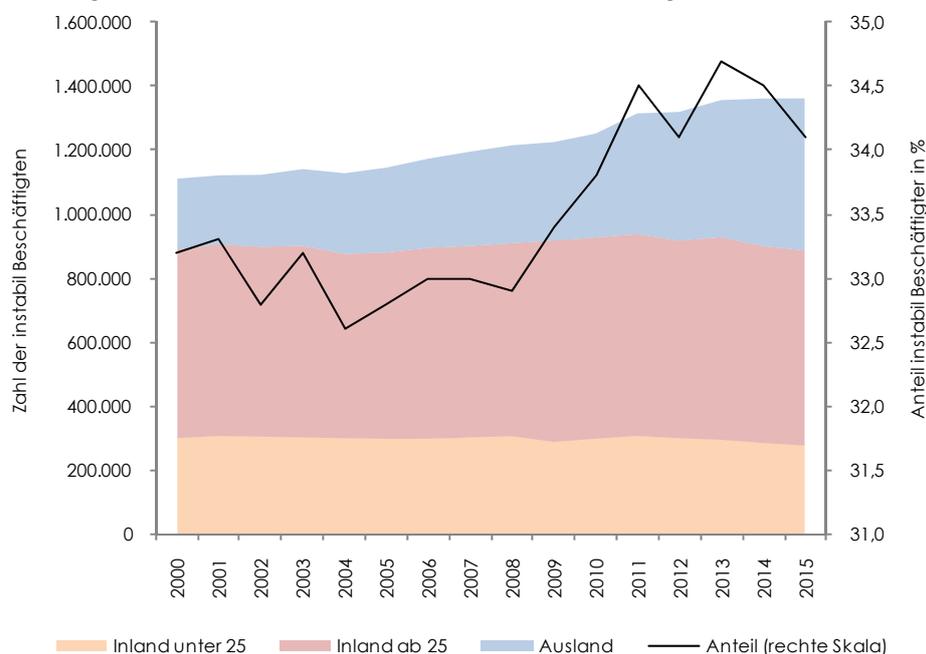


Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

In zeitlicher Perspektive ist Folgendes festzustellen (vgl. Abbildung 17):

- Die Zahl der instabil beschäftigten InländerInnen ist von 2000 bis 2015 so gut wie konstant auf einem Niveau von rund 885.000 Personen geblieben. Ein Rückgang um ca. 23.000 Personen bei den Unter-25-Jährigen wurde durch einen Anstieg um ca. 20.000 bei den Personen ab 25 Jahren ausgeglichen.
- In der gleichen Zeit hat sich die Zahl der instabil beschäftigten AusländerInnen mehr als verdoppelt: von rund 221.000 im Jahr 2000 auf etwa 475.000 im Jahr 2015. Ein großer Teil dieses Anstiegs entfiel auf die Periode nach Krisenausbruch. So lag die Zahl im Vorkrisenjahr 2008 zwischenzeitlich noch bei 306.000 Personen.

Abbildung 17: Anteil und Struktur der instabil Beschäftigten im zeitlichen Verlauf, 2000-2015

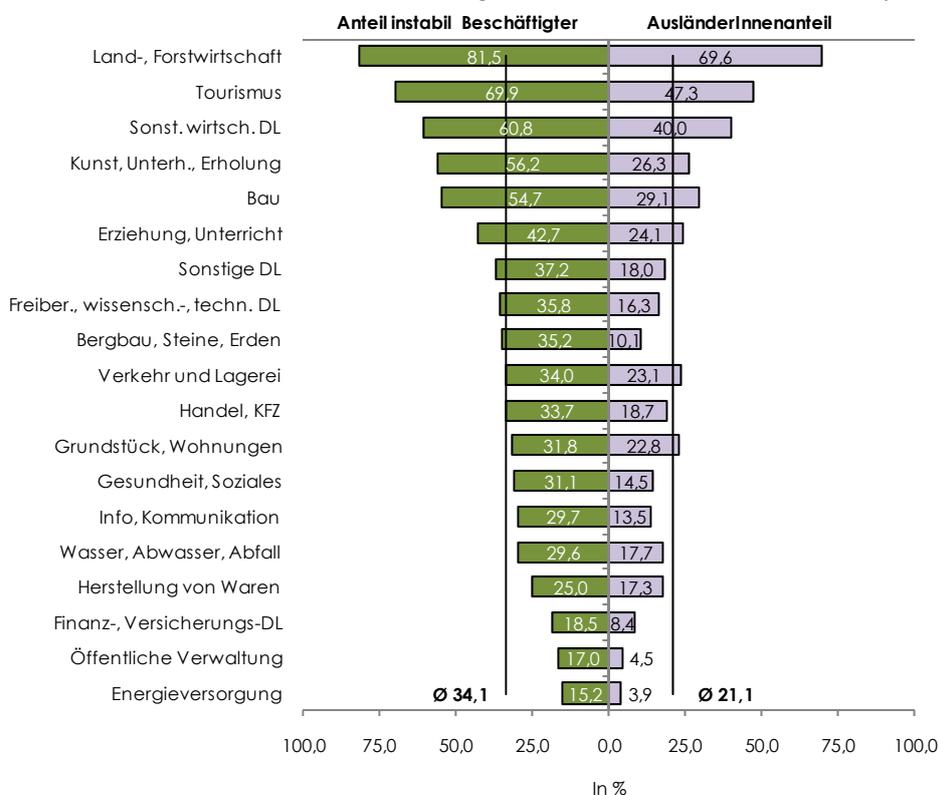


Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Hohe Konzentration ausländischer Arbeitskräfte auf Branchen mit hoher Beschäftigungsinstabilität

Die überproportional hohe Betroffenheit ausländischer Arbeitskräfte aus (insbesondere östlichen) EU-Ländern steht in engem Zusammenhang mit den Wirtschaftsbereichen, in denen sie tätig sind (vgl. Übersicht 5). Sie konzentrieren sich sehr stark auf genau jene Branchen, in denen viele der Arbeitskräfte instabil beschäftigt sind: vor allem die Landwirtschaft, den Tourismus und den Bereich sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen (insbesondere Arbeitskräfteüberlassung), sowie auch Bauwirtschaft, „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ und „Erziehung und Unterricht“ (vgl. Abbildung 18).

Abbildung 18: Anteil der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten und AusländerInnenanteil an den Beschäftigten nach Wirtschaftsbranche (jeweils in %), 2015



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

45,3% aller ausländischen Arbeitskräfte (Betroffene, nicht Bestand der Beschäftigten) arbeiteten 2015 allein in den vier – durch eine hohe Saisonalität und Arbeitskräftefluktuation geprägten – Branchen Landwirtschaft, Tourismus, Bauwirtschaft und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen. Arbeitskräfte aus den neuen, östlichen EU-Mitgliedsländern konzentrieren sich noch stärker auf diese wenigen Branchen als die AusländerInnen insgesamt. Von ihnen war mehr als die Hälfte in den genannten Wirtschaftsabschnitten tätig (EU2004: 55,4%, EU2007/2013: 54,0%). Unter InländerInnen war der entsprechende Anteil mit 17,6% viel geringer.

Anders als Arbeitskräfte aus den EU2004- und EU2007/2013-Ländern, finden sich Angehörige der EU15-Staaten (ohne Österreich und Deutschland) nur selten in Landwirtschaft und Bauwirtschaft und auch weniger häufig im Bereich sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen. Sie arbeiten aber besonders häufig im Tourismus sowie in der Branche „Erziehung und Unterricht“ und sind zudem im Bereich „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ überrepräsentiert – allesamt Bereiche mit relativ hohem Anteil an instabil Beschäftigten.

Für die gegenüber InländerInnen deutlich häufigere instabile Beschäftigung unter Personen aus den traditionellen Gastarbeiterländern Türkei und ehemaliges Jugoslawien dürfte eine

wichtige Rolle spielen, dass sie von allen Gruppen von Zugewanderten am häufigsten im Bereich der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen und darüber hinaus auch relativ häufig in Bauwirtschaft und Tourismus tätig sind.

Deutsche StaatsbürgerInnen sind im Vergleich zu InländerInnen vor allem wesentlich häufiger im Tourismus, aber auch häufiger in den Bereichen „sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“, „Erziehung und Unterricht“ und „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ beschäftigt.

Für Arbeitskräfte aus sonstigen Staaten (weder EU noch Türkei oder ehemaliges Jugoslawien) haben vor allem der Tourismus und der Bereich sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen erhöhtes Gewicht, zusätzlich auch der Wirtschaftsabschnitt „Kunst, Unterhaltung und Erholung“.

Stark wachsende Zahl der EinpendlerInnen vor allem aus Osteuropa

Neben ihrer hohen Konzentration auf Branchen mit hohem Arbeitskräfteumschlag ist die starke Betroffenheit ausländischer Arbeitskräfte von instabiler Beschäftigung der Tatsache geschuldet, dass sich ein Teil gar nicht in Österreich niedergelassen hat, sondern weiterhin im EU-Ausland wohnt und nur unterjährig einpendelt, um in Österreich erwerbstätig zu sein.

Der Anteil der EinpendlerInnen am Bestand der (aktiv) unselbständig Beschäftigten hat sich im Zeitraum von 2008 bis 2015 verdoppelt: von 1,2% auf 2,4%. Im Jahr 2015 waren in Österreich ca. 80.000 ausländische Arbeitskräfte beschäftigt, die ihren Wohnort im Ausland hatten. Davon stammte ein großer Teil aus Ländern der EU2004, allen voran Ungarn (rund 30.500), Slowakei (gut 9.000), Slowenien (knapp 9.000), Tschechien (knapp 6.000) und Polen (ca. 2.300). Bei 17.500 EinpendlerInnen handelte es sich um deutsche StaatsbürgerInnen, etwa 1.000 waren Angehörige der EU2007/2013-Ländergruppe (vgl. Abbildung 19). Mehr als die Hälfte (52,0%) der Arbeitskräfte aus Slowenien waren PendlerInnen, 48,3% der in Österreich (aktiv) unselbständig beschäftigten TschechInnen und 43,0% der Ungarinnen und Ungarn (vgl. Abbildung 20).

Diese hohe Zahl an EinpendlerInnen aus dem östlichen EU-Ausland erklärt, weshalb es nicht nur eine hohe branchenspezifische, sondern auch eine hohe regionale Konzentration der Beschäftigung insbesondere von ausländischen Arbeitskräften aus östlichen EU-Mitgliedsländern auf Ostösterreich gibt. Im Jahr 2015 entfielen etwa 53,5% der Arbeitskräfte aus den EU2004- und 45,3% aus den EU2007/2013-Ländern auf die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland. Unter InländerInnen waren es „nur“ 42,1%.

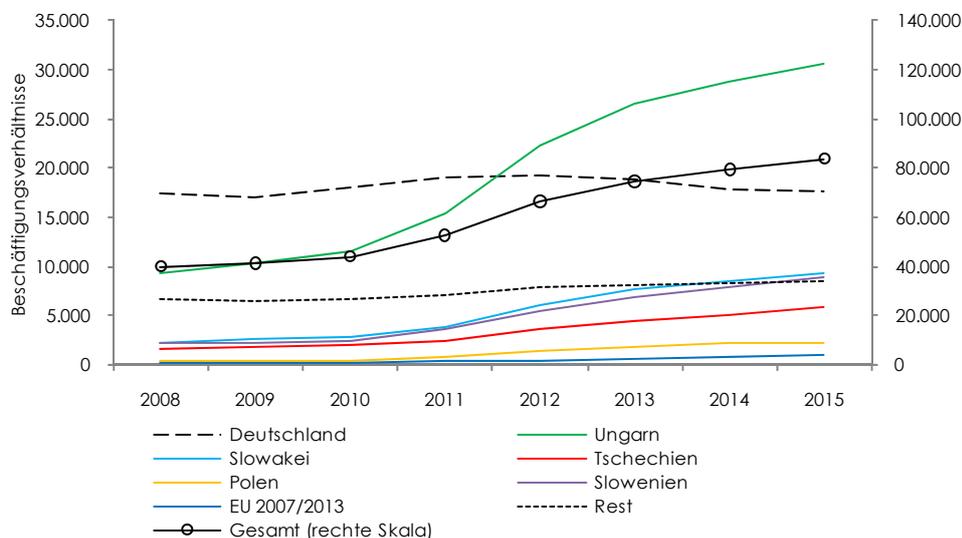
Ein dritter Grund für die hohe Beschäftigungsinstabilität unter ausländischen Arbeitskräften ist darin zu suchen, dass sie häufig zu den Randbelegschaften von Betrieben zählen und daher von Schwankungen in der Auftragslage besonders betroffen sind. Eine mögliche vierte Ursache ist, dass sie im Durchschnitt jünger sind.

Übersicht 5: Branchenverteilung der unselbständig Beschäftigten nach Staatsbürgerschaft, in %, 2015

Wirtschaftsabschnitt	Inländer- Innen	Ausländer- Innen	Deutsch- land	EU15 (ohne AT, DE)	Türkei	Ehem. Jugosl. (ohne SI, HR)	EU2004	EU2007/ 2013	Sonstiger Staat	Un- bestimmt	Gesamt
Land-, Forstwirtschaft	0,5	4,3	0,4	0,3	0,2	1,5	8,0	10,2	1,8	1,0	1,3
Bergbau, Steine, Erden	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,2
Herstellung von Waren	15,3	11,9	13,9	8,5	18,8	14,3	10,4	10,0	8,4	20,1	14,8
Energieversorgung	0,8	0,1	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,9	0,7
Wasser, Abwasser, Abfall	0,4	0,3	0,2	0,1	0,7	0,5	0,3	0,4	0,2	0,4	0,4
Bau	6,1	9,2	4,5	3,1	9,5	13,3	11,1	11,3	2,3	6,1	6,8
Handel, KFZ	14,7	12,5	13,1	10,3	15,0	14,5	10,9	11,8	12,4	16,3	14,3
Verkehr und Lagerei	5,1	5,6	5,1	4,3	8,4	6,4	5,3	4,9	4,8	4,4	5,2
Tourismus	5,4	18,0	14,6	22,4	13,5	11,0	23,1	17,1	22,8	7,2	8,2
Info, Kommunikation	2,6	1,5	3,0	3,3	0,6	0,9	0,9	1,1	2,2	2,0	2,4
Finanz-, Versicherungs-DL	3,4	1,2	2,0	1,5	0,8	1,1	0,8	1,1	1,4	3,5	2,9
Grundstück, Wohnungen	1,1	1,2	0,8	1,0	0,8	2,0	1,2	1,3	1,0	1,1	1,2
Freiber., wissensch.-, techn. DL	5,1	3,6	6,5	6,6	1,8	2,7	2,7	2,7	5,1	4,6	4,8
Sonst. wirtsch. DL	5,6	13,9	9,4	7,2	17,3	18,0	13,2	15,5	13,9	7,2	7,4
Öffentliche Verwaltung	17,3	2,9	4,9	4,2	2,0	3,4	1,7	2,1	3,9	9,8	13,9
Erziehung, Unterricht	2,9	3,2	6,9	14,9	1,0	1,0	1,3	1,3	5,2	1,3	2,9
Gesundheit, Soziales	7,2	4,5	6,3	4,4	3,1	4,6	3,6	3,5	7,0	7,2	6,6
Kunst, Unterh., Erholung	1,3	1,8	2,9	3,3	0,8	1,2	1,3	1,5	2,5	1,3	1,4
Sonstige DL	2,8	2,3	2,5	2,2	3,5	1,9	1,8	2,3	3,2	2,9	2,7
Private Haushalte	0,1	0,2	0,1	0,1	0,0	0,1	0,3	0,3	0,3	0,1	0,1
Exterritoriale Organisationen	0,0	0,1	0,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0
Sonstiges	1,8	1,8	2,3	1,9	2,0	1,6	1,8	1,5	1,2	2,6	1,9
Unbekannt	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

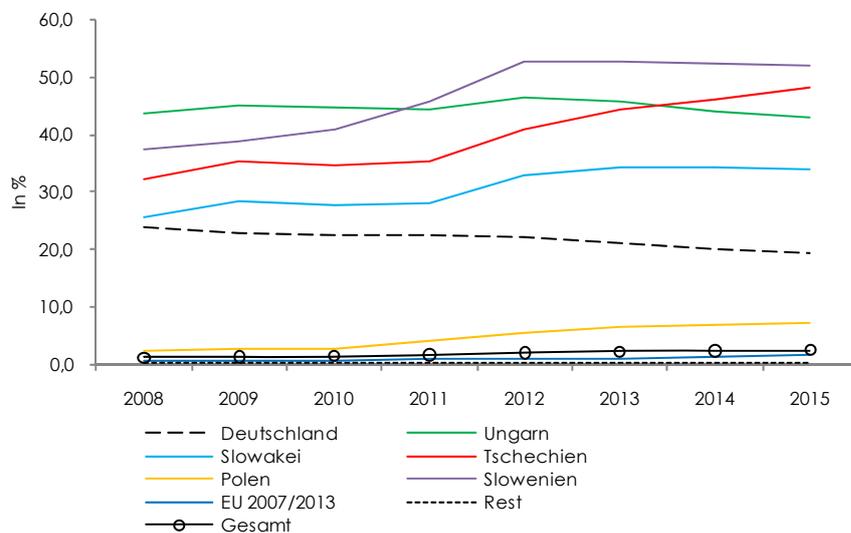
Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Abbildung 19: Entwicklung der Zahl der EinpendlerInnen aus dem Ausland nach Staatsbürgerschaft, 2008-2015



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. EinpendlerInnen: Bestand der aktiv unselbständig Beschäftigten mit Wohnort im Ausland.

Abbildung 20: Entwicklung des Anteils der EinpendlerInnen aus dem Ausland am Bestand der aktiv unselbständig Beschäftigten (in %) nach Staatsbürgerschaft, 2008-2015



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. EinpendlerInnen: Bestand der aktiv unselbständig Beschäftigten mit Wohnort im Ausland. Anteil am Bestand der aktiv unselbständig Beschäftigten mit entsprechender Staatsbürgerschaft.

4.3. Arbeitskräftefluktuation

Insgesamt moderate Zunahme der Arbeitskräftefluktuation

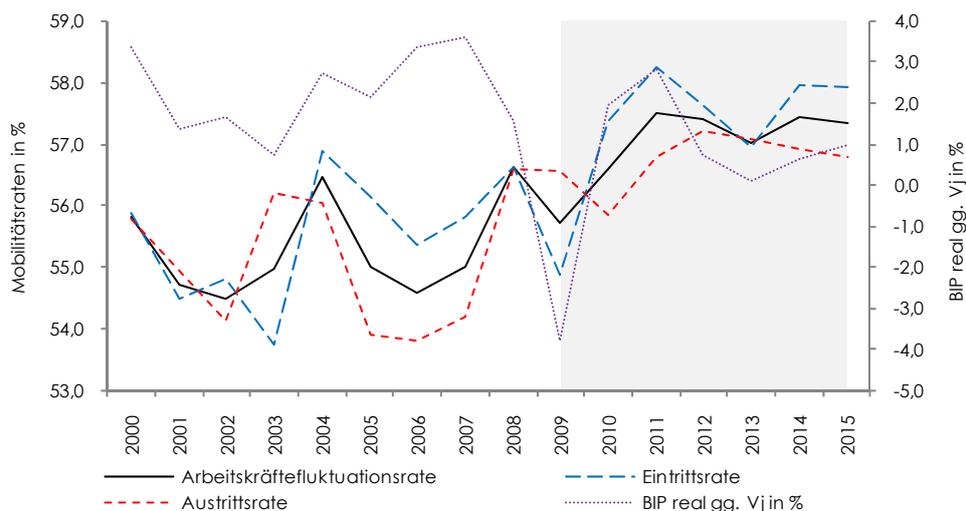
Ergänzend zum Anteil der instabil Beschäftigten zeigt Abbildung 21, wie sich das Ausmaß der Arbeitskräftefluktuation auf dem österreichischen Arbeitsmarkt entwickelt hat.

Während die Austrittsrate einen antizyklischen Verlauf aufweist, da in der Krise mehr Beschäftigungsverhältnisse aufgelöst werden, zeigt die Eintrittsrate eine leicht verzögerte positive Korrelation mit dem Wirtschaftswachstum. Das weist auf eine Zunahme der Stellenbesetzungen im Zuge eines längeren Aufschwungs hin. Liegt die Eintrittsrate über der Austrittsrate, so wächst der durchschnittliche Beschäftigungsstand.

Beide Zeitreihen und damit auch die Fluktuation am Arbeitsmarkt insgesamt nehmen im Beobachtungszeitraum seit 2000 zu. Als Maßzahl wird hierfür die jährliche Arbeitskräftefluktuationsrate herangezogen. Diese setzt das arithmetische Mittel aus den im Kalenderjahr begonnenen und beendeten Beschäftigungsverhältnissen in Bezug zum jahresdurchschnittlichen Bestand der Beschäftigung. Im Jahr 2015 lag die Arbeitskräftefluktuationsrate bei 57,4%, gegenüber 55,8% im Jahr 2000.

Dieser Wert könnte zwar so interpretiert werden, dass Arbeitsplätze im Durchschnitt nach weniger als zwei Jahren neu besetzt werden, hier täuscht der Durchschnitt jedoch über die Tatsache hinweg, dass die Beschäftigungsstabilität in modernen Arbeitsmärkten wie dem österreichischen in der Regel sehr ungleich verteilt ist (Farber, 1999). Während im instabilen Beschäftigungssegment häufig mehrmals pro Jahr Beschäftigung aufgenommen und wieder beendet wird, sind rund die Hälfte der Beschäftigten in Jobs, die bereits mehr als drei Jahre ungebrochen andauern. Die weitere Beschäftigungsstabilität nimmt also mit der bisherigen Beschäftigungsdauer am Arbeitsplatz zu.

Abbildung 21: Entwicklung der Arbeitskräftefluktuation der unselbständig Beschäftigten, 2000-2015



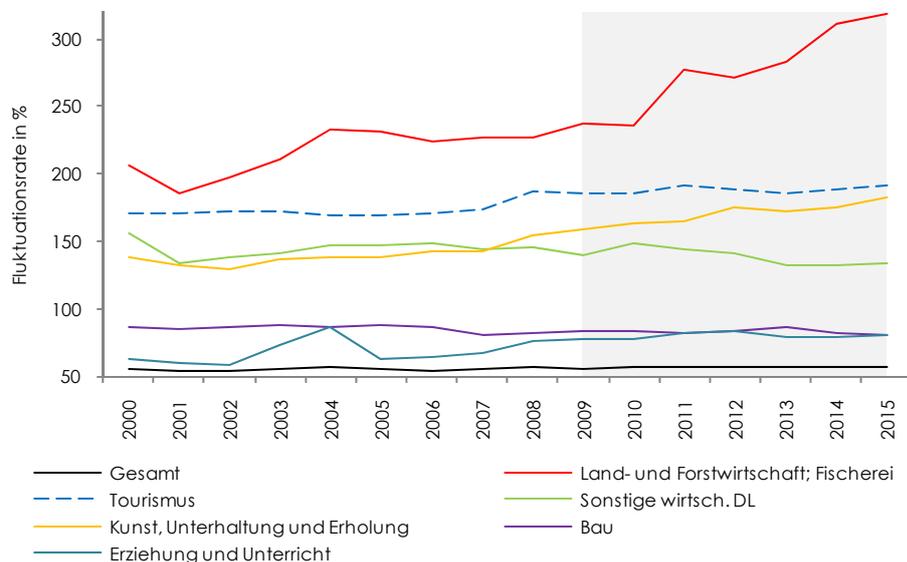
Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Jährliche Arbeitskräftefluktuationsrate: hälftige Summe der im Kalenderjahr begonnenen und beendeten Beschäftigungsverhältnisse in Relation zum Jahresdurchschnittsbestand der Beschäftigung. Eintrittsrate: Zahl der begonnenen Beschäftigungsverhältnisse in Relation zum Jahresdurchschnittsbestand der Beschäftigung. Austrittsrate: Zahl der beendeten Beschäftigungsverhältnisse in Relation zum Jahresdurchschnittsbestand der Beschäftigung.

Hohe und steigende Arbeitskräftefluktuation in Landwirtschaft, Tourismus, „Kunst, Unterhaltung und Erholung“, sowie „Erziehung und Unterricht“

Hinter der Gesamtentwicklung der Arbeitskräftefluktuation verbergen sich – ähnlich wie beim Anteil der instabil Beschäftigten – je nach Wirtschaftsbereich und Personengruppe sehr unterschiedliche Niveaus und Trends über die Zeit. Aus einem Branchenvergleich wird ersichtlich (vgl. Abbildung 22):

- Während in vielen anderen Branchen die Fluktuationsrate zuletzt (2015) unter 50% lag, belief sie sich in der Landwirtschaft auf 318,3%. In dieser Branche wird somit eine Stelle im Durchschnitt mehr als dreimal pro Jahr neu besetzt. Im Jahr 2000 lag die Fluktuationsrate noch bei 205,6%. Sie ist in den letzten fünfzehn Jahren markant gestiegen, insbesondere auch im Jahr 2011, in dem der Arbeitsmarkt für Arbeitskräfte aus den im Jahr 2004 der EU beigetretenen Ländern geöffnet wurde.
- Wesentlich höher als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ist der Arbeitskräfteumschlag auch im Tourismus (190,9% im Jahr 2015) und in den Bereichen „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ (182,5%), sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (133,5%), „Erziehung und Unterricht“ (81,3%) sowie in der Bauwirtschaft (81,2%).
- Im Tourismus hat die Fluktuationsrate seit dem Jahr 2000 (170,4%) zwar nicht so markant wie in der Landwirtschaft, aber ebenfalls zugenommen und mit der Arbeitsmarktöffnung 2011 einen leichten Schub erfahren.
- Auffallend stark hat die Mobilität im Bereich „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ zugenommen (von 139,0% im Jahr 2000 auf 182,5% im Jahr 2015). Ähnliches gilt für „Erziehung und Unterricht“ mit einer Steigerung von 63,0% auf 81,3%.
- In der Bauwirtschaft hat sich der Arbeitskräfteumschlag hingegen leicht verringert: von 86,9% im Jahr 2000 auf 81,2% im Jahr 2015. Im Bereich sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen ist ebenfalls ein abnehmender Trend festzustellen (von 156,2% auf 133,5%), der vermutlich mit der geringeren Wachstumsdynamik der Arbeitskräfteüberlassung in Zusammenhang steht. Die Fluktuation ist hier allerdings immer noch sehr hoch.

Abbildung 22: Fluktuationsrate (in %) in Wirtschaftsbereichen mit überdurchschnittlicher Fluktuation, 2000-2015



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Jährliche Arbeitskräftefluktuationsrate: hälftige Summe der im Kalenderjahr begonnen und beendeten Beschäftigungsverhältnisse in Relation zum Jahresdurchschnittsbestand der Beschäftigung.

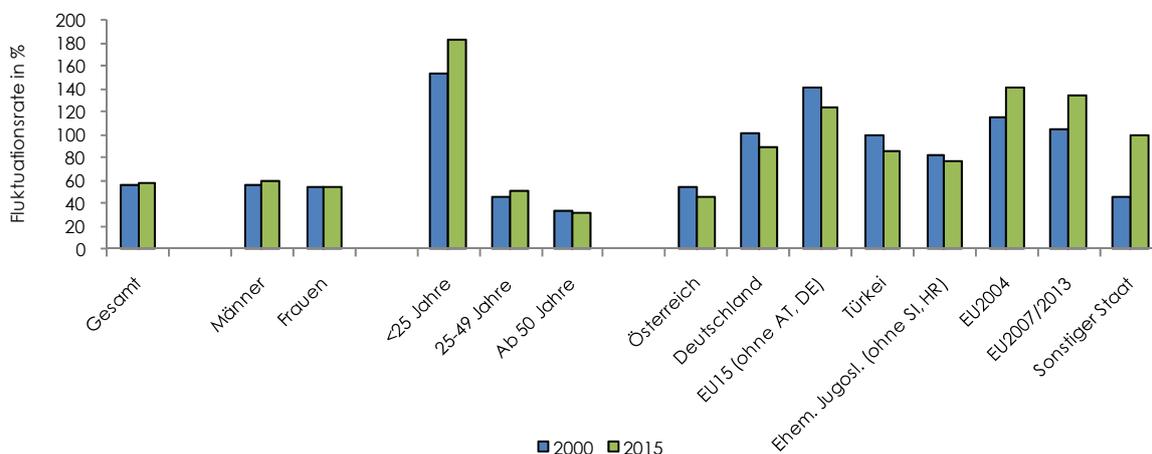
Deutliche Zunahme des Arbeitskräfteumschlags unter Arbeitskräften aus der EU2004, der EU2007/2013 und aus sonstigen Staaten

Im Vergleich zwischen Personengruppen lässt sich feststellen (vgl. Abbildung 23):

- Junge Menschen weisen mit 182,0% (im Jahr 2015) eine außerordentlich hohe Fluktuationsrate auf. Das kann zwar teilweise mit dem Orientierungsprozess im Zuge des Arbeitsmarkteinstiegs begründet werden. Andererseits zeigt sich jedoch eine Tendenz, dass die Beschäftigungsstabilität junger Menschen in der Einstiegsphase abnimmt und durch mehr Friktionen gekennzeichnet ist (Mahringer, 2005). Auffallend hoch ist die Arbeitskräftefluktuation zudem unter ausländischen Staatsangehörigen aus den EU2004-Beitrittsländern (141,5%), den 2007/2013-Beitrittsländern (134,2%), sowie aus Ländern der EU15 (ohne Österreich und Deutschland, 123,4%).
- Im zeitlichen Verlauf ist die Fluktuationsrate unter österreichischen Staatsangehörigen von 54,8% im Jahr 2000 auf 45,7% im Jahr 2015 gesunken. Hierzu könnte die demografische Alterung, d.h. ein steigender Anteil älterer Arbeitskräfte (mit geringerer Fluktuation) beigetragen haben. Für deutsche StaatsbürgerInnen hat sich die Fluktuationsrate von 101,9% auf 88,8%, für Arbeitskräfte aus einem sonstigen Mitgliedsland der EU15 von 140,6% auf 123,4%, für Türkinnen und Türken von 99,2% auf 86,1% und für Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien von 81,9% auf 76,7% reduziert. Diesen Rückgängen steht eine erhebliche Zunahme der Arbeitskräftefluktuation unter Arbeitskräften aus der EU2004 (von

114,9% auf 141,5%), der EU2007/2013 (von 104,3% auf 134,2%) und aus sonstigen Staaten (von 45,1% auf 99,9%) gegenüber.

Abbildung 23: Fluktuationsrate (in %) nach Personengruppe, 2000 bzw. 2015



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Jährliche Arbeitskräftefluktuationsrate: hälftige Summe der im Kalenderjahr begonnen und beendeten Beschäftigungsverhältnisse in Relation zum Jahresdurchschnittsbestand der Beschäftigung.

4.4. Temporäre Layoffs

Häufigere temporäre Layoffs tragen zur höheren Arbeitskräftefluktuation bei

Eine spezifische Ausprägungsform instabiler Beschäftigung, die zur hohen Fluktuation der Beschäftigung in Österreich beiträgt, sind „temporäre Layoffs“. Hierbei unterbrechen Betriebe in Zeiten geringer Auslastung Arbeitsverhältnisse, um anschließend bei verbesserter Auftragslage dieselben Arbeitskräfte wieder einzustellen. Oftmals werden während der Beschäftigungsunterbrechung Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung bezogen (siehe hierzu *Eppel et al., 2015B*).

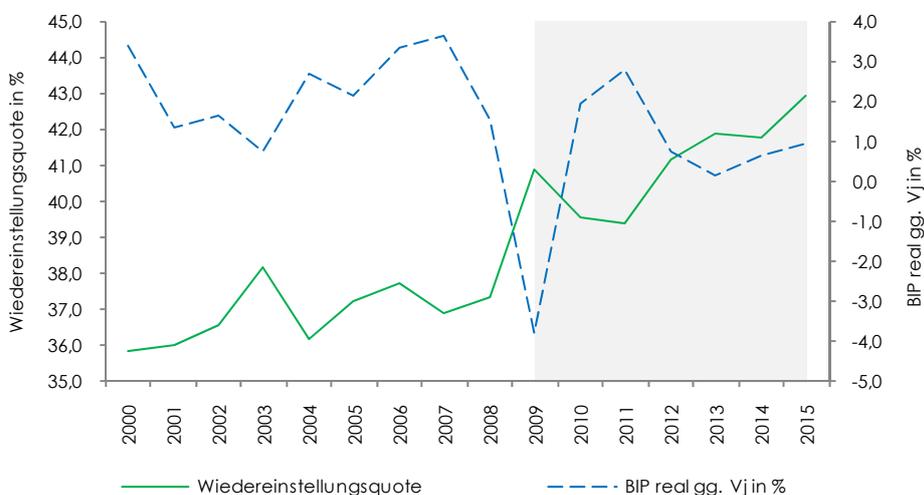
Werden Wiedereinstellungen anhand einer Beschäftigungsaufnahme beim ehemaligen Dienstgeber innerhalb eines Jahres definiert, so stieg ihr Anteil an allen begonnenen Beschäftigungsverhältnissen von 35,8% im Jahr 2000 auf 42,9% im Jahr 2015. Besonders markant fiel der Anstieg nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise aus (vgl. Abbildung 24). Er dürfte für die Ausweitung instabiler Beschäftigung und die Zunahme der Arbeitskräftefluktuation mitverantwortlich sein.

Ähnlich wie instabile Beschäftigung insgesamt, weisen temporäre Layoffs ein antizyklisches Muster auf: Diese Flexibilisierungsstrategie wird in einer schwierigen Konjunkturphase mit höherer Arbeitslosigkeit vermehrt von Betrieben genutzt – vermutlich deshalb, weil dann ein erhöhter Personalanpassungsbedarf besteht und darüber hinaus unter den Bedingungen eines größeren Überangebotes an Arbeitsuchenden das Risiko geringer ist, dass die

freigesetzten Arbeitskräfte zu einem anderen Arbeitgeber wechseln und somit nicht für eine Wiedereinstellung zur Verfügung stehen.

Wiedereinstellungen kommen bei Männern und älteren Erwerbspersonen häufiger vor als bei Frauen und jüngeren Menschen. Arbeitskräfte mit höherer oder tertiärer Ausbildung sind weniger betroffen als solche mit maximal Pflichtschulabschluss, Lehrabschluss oder sonstigem mittleren Ausbildungsabschluss. InländerInnen und AusländerInnen sind insgesamt gleich stark betroffen (jeweils 42,9%). Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil unter Personen aus Deutschland (45,4%) und einigen östlichen EU-Ländern (Slowenien 51,1%; Ungarn 45,8%; Polen 47,3%; Tschechien 45,8%; Kroatien 44,1%).

Abbildung 24: Entwicklung des Anteils der Wiedereinstellungen an den unselbständigen Beschäftigungsaufnahmen (in %) im Konjunkturverlauf



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Wiedereinstellung beim gleichen Dienstgeber innerhalb eines Jahres.

4.5. Zusammenfassung

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass der österreichische Arbeitsmarkt hinsichtlich Beschäftigungsstabilität segmentiert ist. Während die Mehrheit stabil beschäftigt ist, weist ein substantieller und seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 steigender Anteil der Arbeitskräfte – derzeit rund ein Drittel aller unselbständig Beschäftigten – keine über ein (Kalender-)Jahr hinweg durchgängige Beschäftigung auf und ist in diesem Sinne instabil beschäftigt. Zwar blieb der Anteil des instabilen Beschäftigungssegments am Gesamtvolumen der Beschäftigungstage eines Kalenderjahres konstant, da sich die Beschäftigungszeiten der Betroffenen über die Zeit verkürzten; die Zahl der von instabiler Beschäftigung betroffenen Arbeitskräfte ist jedoch gestiegen. Maßgeblich für diese Zunahme der Betroffenheit von instabiler Beschäftigung ist ein weiterer Bedeutungsgewinn instabiler Beschäftigung unter ausländischen Arbeitskräften, welcher zu den Zeitpunkten der Ostöffnungen des Arbeitsmarktes besonders markant ausfiel. Die Gewährung der Freizügigkeit

hatte einen vermehrten Zustrom von Arbeitskräften aus dem östlichen EU-Ausland zur Folge, die nur unterjährig erwerbstätig sind. Zudem dürfte ein häufigerer Einsatz „temporärer Layoffs“ zur Ausweitung instabiler Beschäftigung und einer Zunahme der Arbeitskräftefluktuation in Österreich beigetragen haben.

5. Lohnentwicklung

Angesichts der ausgeprägten Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes hinsichtlich der Beschäftigungsstabilität stellt sich die Frage nach möglichen Unterschieden in der Lohndynamik zwischen stabil und instabil Beschäftigten. Im nun folgenden Abschnitt wird untersucht, ob sich die Löhne generell schwach entwickelten oder aber die Lohnentwicklung durch größere Unterschiede zwischen Personengruppen bzw. Arbeitsmarktsegmenten getrieben war. Im Zentrum des Interesses steht die Frage, inwieweit die in Kapitel 4 beschriebenen Segmentierungsprozesse am Arbeitsmarkt einen Erklärungsbeitrag zur schwachen Lohnentwicklung in den letzten fünfzehn Jahren leisten.

Grundlage für diese Analyse der Lohnentwicklung sind weiterhin die in den Daten des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger erfassten Beitragsgrundlagen zur Sozialversicherung bis zur Höchstbeitragsgrundlage. Sonderzahlungen werden nicht berücksichtigt.

Die Lohnentwicklung wird hauptsächlich anhand der *Bruttomonatslöhne* der unselbständig Beschäftigten untersucht (Kapitel 5.1.). Diese werden nach dem Bestandskonzept ermittelt, um Unterschieden in der Dauer der Beschäftigungsverhältnisse und deren Veränderungen über die Zeit Rechnung zu tragen (siehe Erläuterung im Textkasten in Abschnitt 4.1.). Konkret wird untersucht, wie sich in der Zeit von 2000 bis 2015 – am Jahresdurchschnittsbestand der Beschäftigung gemessen – der mittlere Bruttomonatslohn entwickelte. Das Bestandskonzept erlaubt es, Aussagen darüber zu treffen, wie sich für unterschiedliche Arbeitsmarktsegmente bzw. Beschäftigtengruppen die Verdienstmöglichkeiten entwickelt haben.

Ergänzend zu den Bruttomonatslöhnen wird die Entwicklung der *Bruttojahreslöhne* beleuchtet (Kapitel 5.2.). In diesem Fall wird nicht auf der Ebene der Beschäftigungsverhältnisse, sondern auf der Personenebene ausgewertet und kein Bestands-, sondern ein Betroffenheitskonzept gewählt. Für jede Person werden die Bezüge aus all ihren Beschäftigungsverhältnissen im Jahresverlauf aufsummiert und jede Person geht mit dem gleichen Gewicht in die Mittelwertberechnung ein. Dadurch schlagen sich kürzere Beschäftigungszeiten in geringeren Jahresverdiensten nieder. Das Betroffenheitskonzept zeigt somit den Einfluss, den – über unterschiedliche Verdienstmöglichkeiten hinaus – die Unterjährigkeit der Beschäftigung hat.

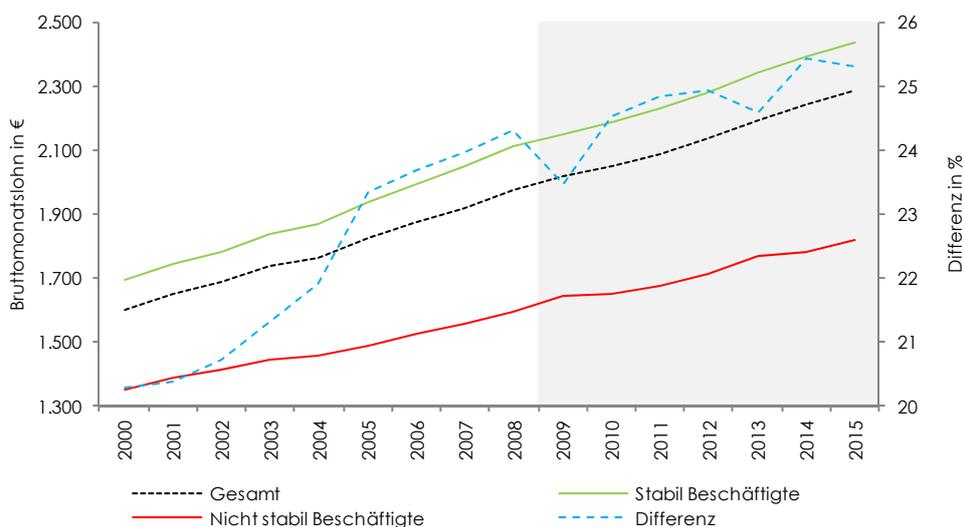
5.1. Entwicklung der Bruttomonatslöhne

Gesamtentwicklung

Instabil Beschäftigte verdienen im Mittel um ein Viertel weniger im Monat als stabil Beschäftigte

Bevor auf die Lohnentwicklung im Zeitverlauf eingegangen wird, sei ein Blick auf die Lohnniveaus im Querschnitt gerichtet. Dabei zeigt sich: Instabil Beschäftigte erzielen im Mittel ein deutlich niedrigeres monatliches Bruttoentgelt als stabil Beschäftigte. Im Jahr 2015 verdienen die ganzjährig unselbständig Beschäftigten im Mittel € 2.438 im Monat (ohne Sonderzahlungen), die unterjährig Beschäftigten € 1.821. Das entspricht einer Lohndifferenz von rund einem Viertel (25,3%) (vgl. Abbildung 25).

Abbildung 25: Entwicklung des Lohnunterschieds zwischen stabil und instabil Beschäftigten, 2000-2015



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Differenz: Unterschied in den Bruttomonatslöhnen in % des Lohns ganzjährig Beschäftigter.

Die Monatslöhne entwickelten sich für die instabil Beschäftigten deutlich schwächer als für die stabil Beschäftigten

Insgesamt sind die mittleren Bruttomonatslöhne der unselbständig (vollversicherungspflichtig) Beschäftigten (ohne Sonderzahlungen), am Jahresdurchschnittsbestand der Beschäftigung gemessen, nominal von € 1.604 im Jahr 2000 auf € 2.287 im Jahr 2015 gestiegen. Dies entspricht einem kumulierten nominalen Zuwachs um +42,6%. Pro Jahr sind die Medianlöhne in diesen fünfzehn Jahren im Durchschnitt um +2,4% gewachsen.

Inflationsbereinigt nahmen die mittleren Bruttomonatslöhne in der Zeit von 2000 bis 2015 kumuliert um +6,2% zu. Dabei markierte der Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise eine Zäsur: Während die Reallöhne bis dahin um +5,9% zugelegt hatten, stagnierten sie anschließend (+0,3% seit 2009). Ausschlaggebend dafür war eine deutliche Reduktion in unmittelbarer Folge des tiefen Einbruchs der Realwirtschaft im Jahr 2009 (die Wirtschaftsleistung ging in Österreich real, d.h. preisbereinigt, um -3,8% zurück).

Die mittlere Lohnentwicklung der instabil Beschäftigten blieb im Zeitraum von 2000 bis 2015 deutlich hinter der Lohnentwicklung der stabil Beschäftigten zurück:

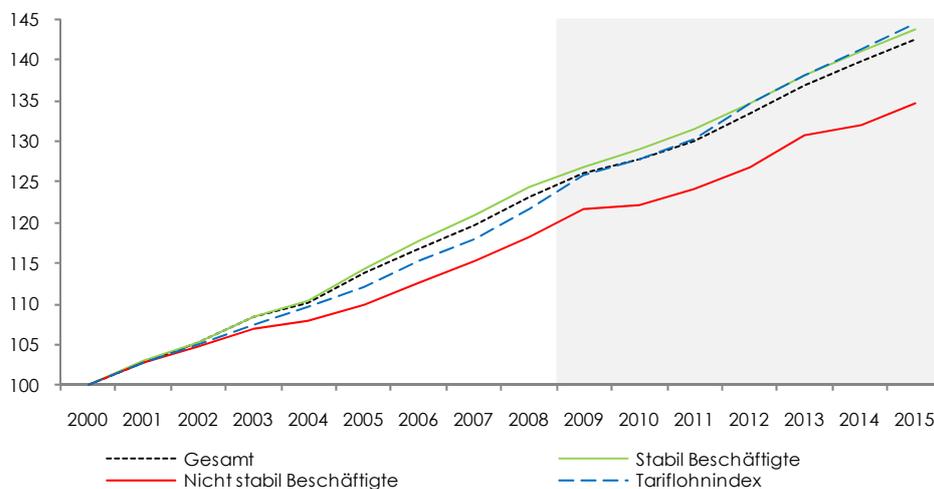
- Nominal betrachtet, erhöhte sich der Medianlohn für die ganzjährig Beschäftigten – ähnlich wie der Tariflohn – kumuliert um +43,8% von € 1.696 im Jahr 2000 auf € 2.438 im Jahr 2015. Das durchschnittliche Wachstum pro Jahr belief sich für dieses Segment auf +2,4%. Demgegenüber erzielten die instabil Beschäftigten „nur“ eine (kumulierte) Steigerung um 34,7% – von € 1.352 im Jahr 2000 auf € 1.821 im Jahr 2015. Für sie war damit der nominale Lohnzuwachs um -9,1 Prozentpunkte bzw. etwa ein Fünftel (20,7%) schwächer als für die stabil Beschäftigten. Das durchschnittliche jährliche Wachstum betrug für sie 2,0% (vgl. Abbildung 26 und Übersicht 6).
- Inflationsbereinigt nahmen die Löhne der stabil Beschäftigten um 7,1% zu, wohingegen die Reallöhne der instabil Beschäftigten stagnierten (+0,3%) (vgl. Abbildung 27).

In beiden Arbeitsmarktsegmenten entwickelten sich die monatlichen Verdienste ab 2009 deutlich weniger dynamisch als zuvor:

- Nominal wuchsen die Bruttolöhne der stabil Beschäftigten seit 2009 kumuliert um 13,3%, jene der instabil Beschäftigten um 10,6% (insgesamt 13,1%). Dies bedeutet wiederum eine Diskrepanz in einem Ausmaß von einem Fünftel (20,3%), um das die Bruttolöhne instabil Beschäftigter schwächer wuchsen.
- Die Reallöhne der stabil Beschäftigten stagnierten seit 2009 (+0,5%), während jene der instabil Beschäftigten schrumpften (-1,9%) (vgl. Abbildung 27 und Übersicht 6).

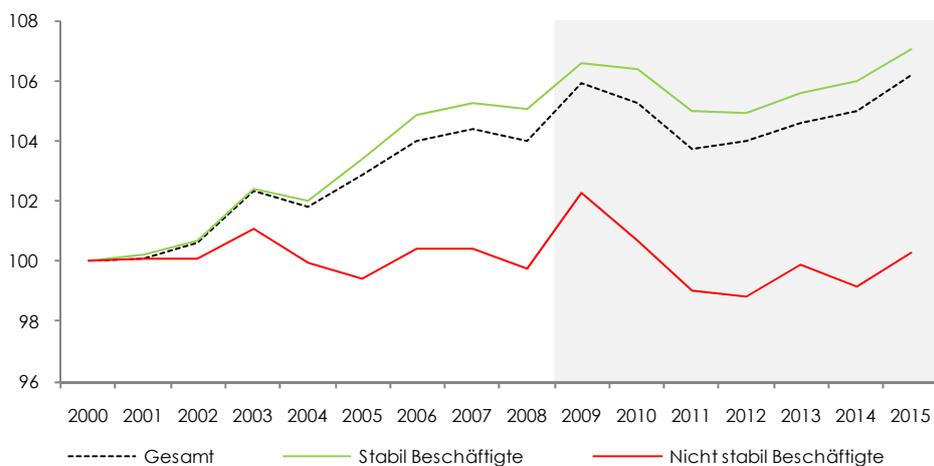
Bei beiden Geschlechtern entwickelten sich die Löhne der unterjährig Beschäftigten deutlich schwächer als die Löhne der durchgängig Beschäftigten. Frauen verzeichneten größere Lohnzuwächse als die Männer. Reallohnverluste mussten nur die instabil beschäftigten Männer – in der Zeit von 2009 bis 2015 – hinnehmen (vgl. Übersicht 6).

Abbildung 26: Nominale Entwicklung der Löhne nach Beschäftigungsstabilität, 2000-2015
Index 2000 = 100



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen.

Abbildung 27: Reale Entwicklung der Löhne nach Beschäftigungsstabilität, 2000-2015
Index 2000 = 100



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen.

Die Reallöhne wären im Zeitraum von 2000 bis 2015 insgesamt um 10% stärker gestiegen, wenn sich die Löhne für die instabil Beschäftigten gleich entwickelten hätten wie für die stabil Beschäftigten.

Die schwache Lohnentwicklung im instabilen Beschäftigungssegment hatte einen dämpfenden Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Lohndynamik, der sich wie folgt

quantifizieren lässt: Wenn der Lohnfortschritt der instabil Beschäftigten ebenso hoch gewesen wäre wie im stabilen Segment, dann wären die Reallöhne in der Zeit von 2000 bis 2015 insgesamt um rund 10% stärker gewachsen.¹⁵⁾ Die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung fällt durch die dämpfende Wirkung der stagnierenden Lohnentwicklung im instabilen Beschäftigungssegment hinter die Entwicklung des Tariflohnindex zurück: Während sich die Löhne bei stabiler Beschäftigung etwa gleich stark entwickelten wie der Tariflohnindex, blieben die Löhne der instabil Beschäftigten deutlich hinter der Tariflohnentwicklung zurück.

Die Auseinanderentwicklung der Löhne in den beiden betrachteten Arbeitsmarktsegmenten hat auch zur stärkeren Spreizung der Einkommensverteilung der unselbständig Beschäftigten beigetragen: Gemessen am Einkommen an der Grenze des obersten Dezils der Lohnverteilung (10% der unselbständig Beschäftigten verdienten mehr als diesen Monatslohn), machten die Medianlöhne im Jahr 2000 54,1% aus, im Jahr 2015 nur noch 52,2%. Das bedeutet, Bezieherinnen und Bezieher eines Medianlohnes haben im Vergleich zum obersten Einkommensdezil um 1,9 Prozentpunkte an Monatseinkommen verloren. Zwar verloren auch im stabilen Beschäftigungssegment die Medianlöhne gegenüber dem obersten Dezil 1,6 Prozentpunkte, im instabilen Beschäftigungssegment waren es aber rund 4 Prozentpunkte. Innerhalb des instabilen Segments weitete sich die Lohnspreizung nicht stärker aus als innerhalb des stabilen Segments.

In den Jahren 2009 und 2013 kurzzeitig stärkeres Lohnwachstum bei den instabil Beschäftigten

Es ist interessant, zu beobachten, dass im Krisenjahr 2009 der Medianlohn der ganzjährig Beschäftigten schwächer stieg als jener der nicht ganzjährig Beschäftigten. Dieser Effekt ist möglicherweise auf den Einsatz von Kurzarbeit und anderen Instrumenten zur Abfederung des starken Konjunkturunbruchs und des Auftragsrückgangs zurückzuführen, vor allem in den exportorientierten Unternehmen der Warenherstellung. Zugespitzt formuliert, verzichteten die Stammbesitzer der betroffenen Unternehmen in diesem Jahr auf einen Teil ihres Einkommens, sicherten dadurch aber ihren Arbeitsplatz. Ein in der Auswirkung auf die Lohnentwicklung ähnlicher Erklärungsansatz wäre, dass eine Verringerung der geleisteten Überstunden in der Krise die Löhne der stabil Beschäftigten dämpfte (vgl. Abbildung 28).

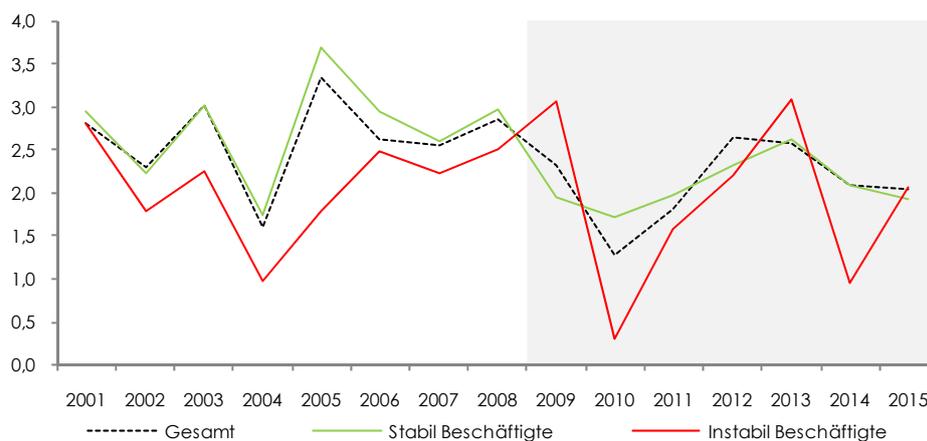
Auch im Jahr 2013 wuchsen die Medianlöhne bzw. -gehälter der nicht ganzjährig Beschäftigten stärker als jene der durchgehend Beschäftigten. Diese Entwicklung ist schwieriger zu erklären als jene des Jahres 2009. Einen wichtigen Erklärungsbeitrag liefert die divergierende Entwicklung zwischen öffentlichem und privaten Sektor in diesem Jahr: Aufgrund der für 2013 vereinbarten Null-Lohnrunde erhöhten sich die Bezüge der öffentlich Bediensteten hauptsächlich aufgrund des sogenannten „Struktureffekts“, d. h. in Folge der

¹⁵⁾ Für diese Berechnung werden aus Konsistenzgründen die arithmetischen Mittel der Monatslöhne verwendet. Diese zeigen aber – auch für die einzelnen Arbeitsmarktsegmente – einen sehr ähnlichen Verlauf wie die Entwicklung der Mediane und werden daher in diesem Beitrag nicht zusätzlich ausgewiesen.

Vorrückungen und Biennalsprünge in den Gehaltsschemata. Bei gesonderter Betrachtung des privaten Sektors (also unter Ausschluss der ÖNACE-Abschnitte „Öffentliche Verwaltung“ sowie „Erziehung und Unterricht“) verschwindet der Wachstumsvorsprung der nicht-ganzjährig Beschäftigten gegenüber den ganzjährig Beschäftigten weitgehend.

Abbildung 28: Jährliche Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Beschäftigungsstabilität, 2000-2015

Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen.

Hohe Konsistenz mit VGR-Daten und mit arbeitszeitbereinigter Sicht

Die Daten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger enthalten keine Information zur geleisteten Arbeitszeit. Veränderungen im Arbeitszeitausmaß könnten aber für die Lohnentwicklung eine Rolle spielen. In einem Sensitivitätstest wurde daher überprüft, ob sich die Medianlohnentwicklung anders darstellt, wenn für Änderungen in der (medianen) Arbeitszeit bereinigt wird. Diese Bereinigung erfolgte durch Gewichtung der Medianlohnentwicklungen laut HV-Daten mit den medianen Arbeitszeitwerten aus der Arbeitskräfteerhebung (Median der normalen Arbeitszeit).

Des weiteren wurde überprüft, inwieweit die Auswertungen auf Basis der HV-Daten mit Auswertungen auf Basis aggregierter VGR-Daten übereinstimmen.

Wie aus Abbildung 48 und Abbildung 49 im Anhang ersichtlich ist, fallen die Lohnsteigerungsraten auf Basis der HV-Daten höher als die Pro-Kopf-Löhne und etwas niedriger als die Löhne pro Stunde aus der VGR aus. Die Wachstumsraten weichen zwischen den beiden Datenquellen vor allem rund um die Krise (davor und danach) stärker voneinander ab, ansonsten gibt es aber eine starke Überlappung. Eine Bereinigung mit dem Median der normalen Arbeitszeit ergibt ein identes Bild der Lohnentwicklung wie ohne Arbeitszeitbereinigung.

Übersicht 6: Entwicklung der mittleren Bruttomonatseinkommen nach Beschäftigungsstabilität und Geschlecht, 2000-2015

	2000	2008	2009	2011	2013	2015	2000/2015		2009/2015		2000/2015	
	Medianeinkommen in €						Wachstum nominal (in %)		Wachstum real (in %)		Wachstum real (in %)	
							Kum.	Ø p.a.	Kum.	Ø p.a.	Kum.	Ø p.a.
Gesamt												
Gesamt	1.604	1.976	2.022	2.085	2.195	2.287	42,6	2,4	13,1	6,2	0,3	
Stabil Beschäftigte	1.696	2.110	2.151	2.231	2.343	2.438	43,8	2,4	13,3	7,1	0,5	
Instabil Beschäftigte	1.352	1.597	1.646	1.677	1.767	1.821	34,7	2,0	10,6	0,3	-1,9	
Frauen												
Gesamt	1.246	1.530	1.575	1.627	1.719	1.802	44,6	2,5	14,4	7,7	1,4	
Stabil Beschäftigte	1.310	1.620	1.665	1.726	1.819	1.909	45,7	2,5	14,7	8,5	1,6	
Instabil Beschäftigte	1.038	1.230	1.259	1.304	1.381	1.436	38,3	2,2	14,1	3,0	1,1	
Männer												
Gesamt	1.868	2.306	2.357	2.432	2.563	2.664	42,6	2,4	13,0	6,2	0,2	
Stabil Beschäftigte	2.003	2.490	2.536	2.641	2.777	2.884	44,0	2,5	13,7	7,2	0,8	
Instabil Beschäftigte	1.543	1.815	1.878	1.910	2.019	2.083	35,0	2,0	10,9	0,5	-1,7	

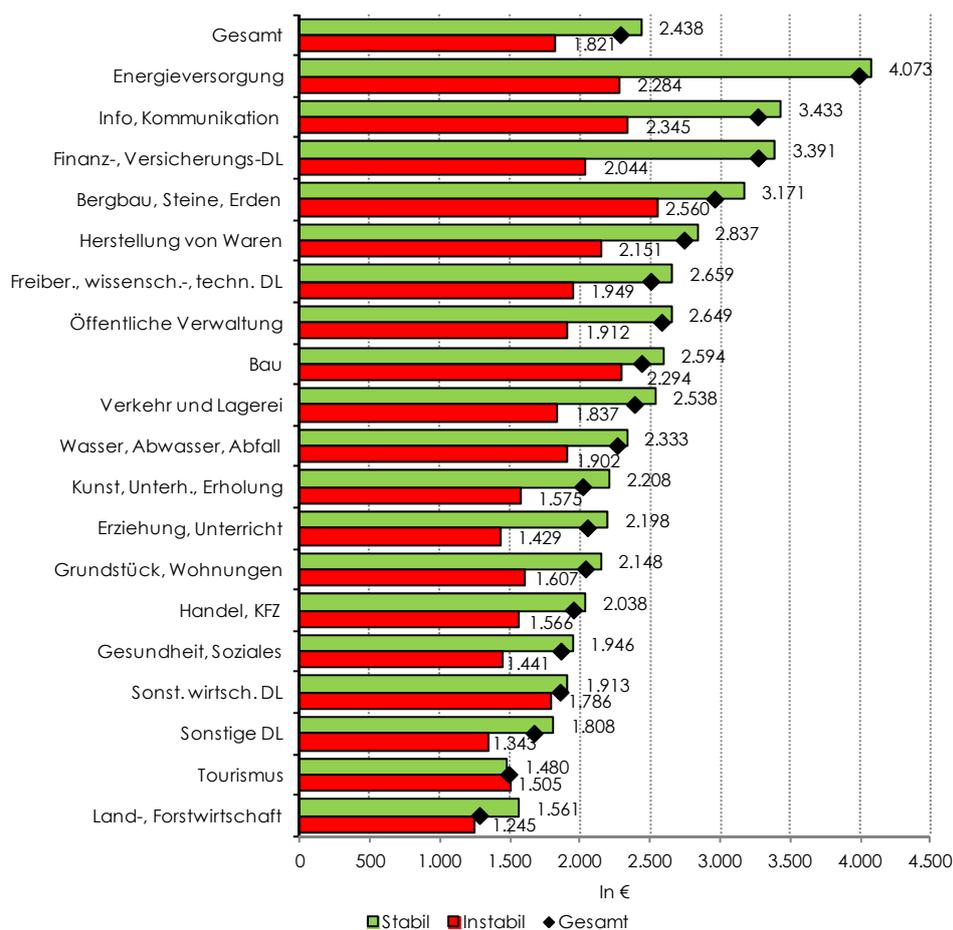
Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttomonatseinkommen (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen. Kum.: Kumuliert über die jeweils angegebenen Jahre. Ø p.a.: Durchschnittliches jährliches Wachstum. Real: inflationsbereinigt.

Entwicklung nach Wirtschaftsbranchen

Mit Ausnahme des Tourismus, erzielen instabil Beschäftigte in allen Branchen deutlich geringere Löhne als stabil Beschäftigte

Das Entlohnungsniveau hängt in erheblichem Ausmaß von der Branche und der damit verbundenen Beschäftigungsstabilität ab. In Wirtschaftsbranchen mit geringer Beschäftigungsstabilität sind die Löhne tendenziell gering. So sind in der Land- und Forstwirtschaft (€ 1.282 im Jahr 2015) und im Tourismus (€ 1.491), den Branchen mit den höchsten Anteilen an instabil Beschäftigten, die Bruttobezüge im Mittel am niedrigsten. Auch im Bereich der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen ist die Entlohnung vergleichsweise gering (€ 1.857). Die Bauwirtschaft, eine weitere Branche mit hoher Arbeitsplatzfluktuation, ist eine Ausnahme: Hier waren die Löhne im Jahr 2015 sogar überdurchschnittlich hoch (€ 2.439).

Abbildung 29: Mittlerer Bruttomonatslohn (in €) der stabil und instabil Beschäftigten im Jahr 2015 nach Wirtschaftsbranche



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen. „Private Haushalte“, „Exterritoriale Organisationen und Körperschaften“ sowie Beschäftigungen ohne Brancheninformation wurden nicht ausgewiesen, sind aber im Gesamtwert enthalten.

Am höchsten sind die Löhne in den Bereichen Energieversorgung (€ 3.989 im Jahr 2015), Information und Kommunikation (€ 3.267) und Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (€ 3.270). Diese Branchen bieten eine hohe Beschäftigungsstabilität und für die stabil Beschäftigten hohe Löhne. Eine Minderheit an instabil Beschäftigten verdient hingegen markant weniger. Die instabil Beschäftigten erzielten im Jahr 2015 in allen Branchen mit Ausnahme des Tourismus deutlich geringere Löhne als die stabil Beschäftigten. Gerade in den Hochlohnbereichen war die Lohndifferenz jedoch besonders groß.

Die Unterschiede in der Lohnentwicklung zwischen stabil und instabil Beschäftigten sind teilweise beträchtlich, besonders in einzelnen Branchen mit insgesamt hohen Lohnzuwächsen und geringen Anteilen an instabil Beschäftigten

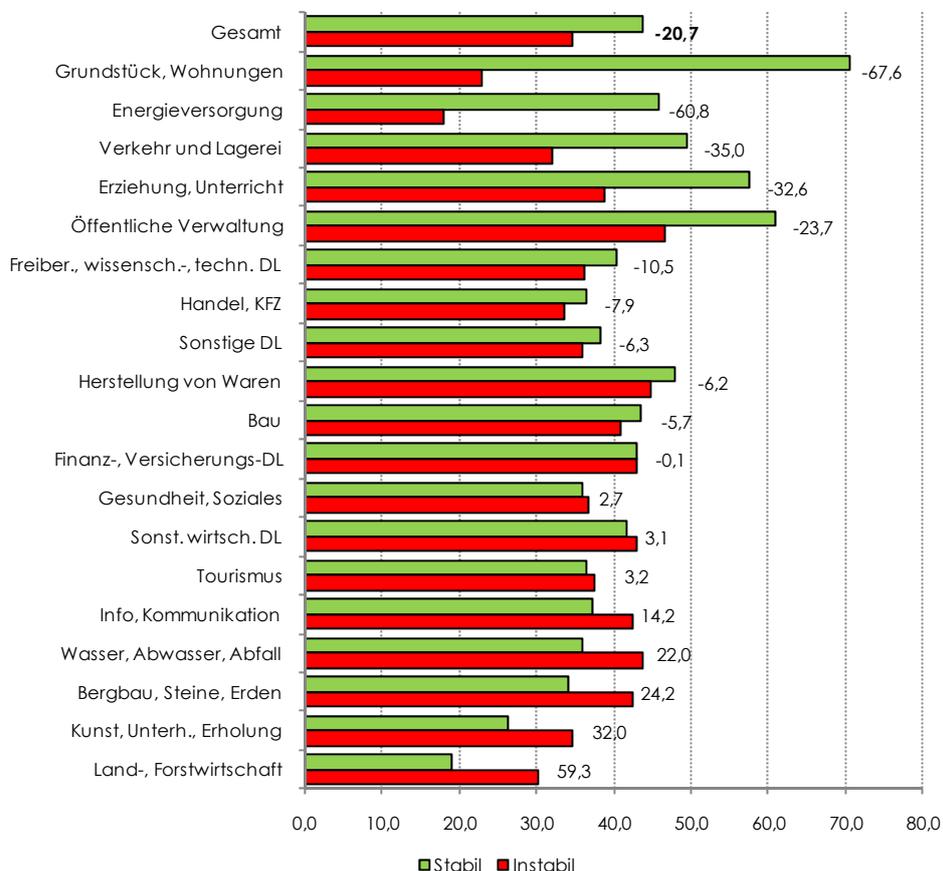
Nicht in allen, aber in vielen Branchen verzeichneten die instabil Beschäftigten in der Zeit von 2000 bis 2015 deutlich schwächere Lohnzuwächse als die stabil Beschäftigten. Der Unterschied ist zum Teil beträchtlich, allen voran im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen und in der Energieversorgung. Dabei handelt es sich um Branchen mit insgesamt hohen Lohnzuwächsen und geringen Anteilen an instabil Beschäftigten. Offensichtlich profitierte hier eine Minderheit an unterjährig Beschäftigten nur sehr eingeschränkt von den relativ hohen Lohnsteigerungen in der Branche.

Wie bereits erwähnt, blieb die Entwicklung der Bruttomonatslöhne für die instabil Beschäftigten insgesamt um ca. ein Fünftel (-20,7%) hinter der Lohnentwicklung der stabil Beschäftigten zurück (+34,7% vs. +43,8%). Im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen belief sich die Differenz auf mehr als zwei Drittel, in der Energieversorgung auf 60,8%, in Verkehr und Lagerei auf 35,0%, in Erziehung und Unterricht auf 32,6% (jeweils in % des Lohnzuwachses stabil Beschäftigter).

Moderater waren die relativen Wachstumsrückstände des instabilen Segments etwa im Bau (-5,7%), in der Warenherstellung (-6,2%) und bei den sonstigen Dienstleistungen (-6,3%). Im Finanz- und Versicherungsdienstleistungsbereich gab es keine Unterschiede (-0,1%). In einzelnen Bereichen konnten sogar die instabil Beschäftigten größere Lohnzuwächse erzielen als die stabil Beschäftigten, darunter vor allem die Landwirtschaft, der Bergbau, die Bereiche „Kunst, Unterhaltung und Erholung“, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung sowie Information und Kommunikation (vgl. Abbildung 30).

Abbildung 30: Nominale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Wirtschaftsbranche und Beschäftigungsstabilität, 2000-2015

Veränderung in %

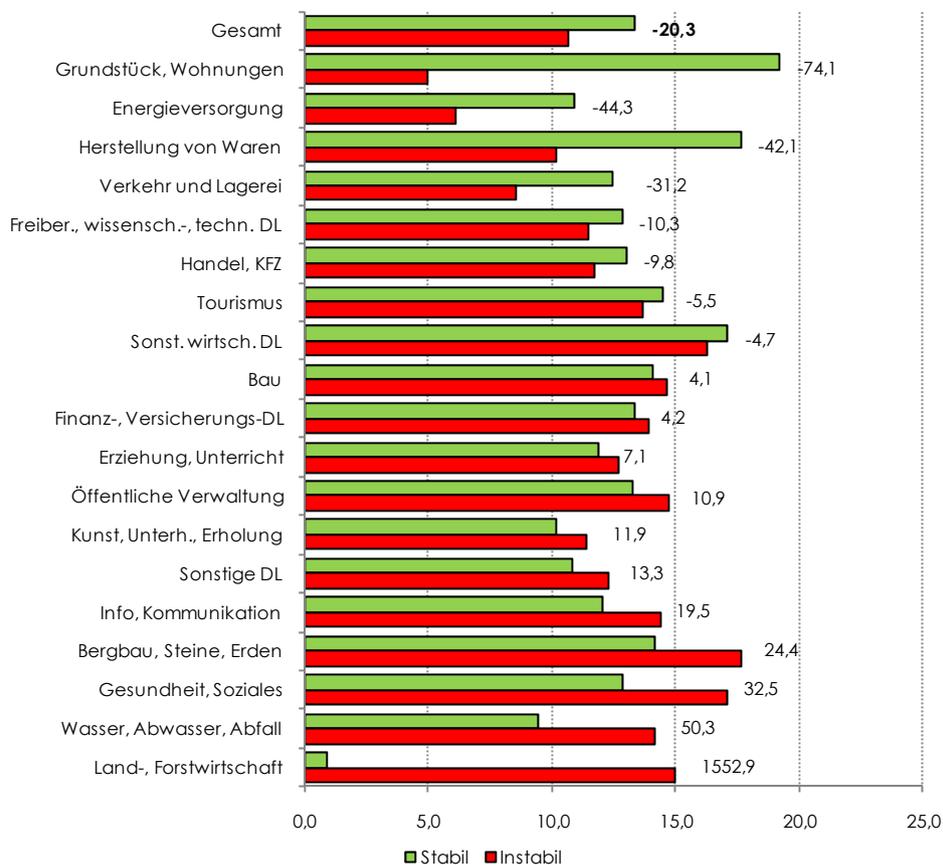


Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen. „Private Haushalte“, „Exterritoriale Organisationen und Körperschaften“ sowie Beschäftigungen ohne Brancheninformation wurden nicht ausgewiesen, sind aber im Gesamtwert enthalten. Angezeigte Werte: Differenz der Lohnentwicklung stabil und instabil Beschäftigter in % des Lohnzuwachses stabil Beschäftigter.

In der rezenten Zeitperiode von 2009 bis 2015 wuchsen die Löhne der nicht ganzjährig Beschäftigten insgesamt um 20,3% schwächer als die Löhne der ganzjährig Beschäftigten (+10,6% vs. +13,3%), wiederum mit großen branchenspezifischen Unterschieden in den Diskrepanzen zwischen stabil und instabil Beschäftigten. Am stärksten klappte die Lohnentwicklung im Grundstücks- und Wohnungswesen, in der Energieversorgung, in der Warenherstellung und im Bereich Verkehr und Lagerei auseinander (vgl. Abbildung 31).

Abbildung 31: Nominale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Wirtschaftsbranche und Beschäftigungsstabilität, 2009-2015

Veränderung in %



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen. „Private Haushalte“, „Exterritoriale Organisationen und Körperschaften“ sowie Beschäftigung ohne Brancheninformation wurden nicht ausgewiesen, sind aber im Gesamtwert enthalten. Angezeigte Werte: Differenz der Lohnentwicklung stabil und instabil Beschäftigter in % des Lohnzuwachses stabil Beschäftigter.

Entwicklung nach Personengruppen

In unterschiedlichsten Personengruppen verzeichneten instabil Beschäftigte deutlich geringere Lohnzuwächse als stabil Beschäftigte

Nach einem Branchenvergleich stellt sich die Frage, welche Personengruppen besonders von einer schwächeren Lohnentwicklung – generell und insbesondere in instabilen Beschäftigungssegmenten – betroffen waren.

Zwar ist für alle betrachteten Personengruppen feststellbar, dass die Lohnentwicklung der instabil Beschäftigten hinter jener der stabil Beschäftigten zurückblieb (vgl. Abbildung 32 und

Abbildung 33¹⁶⁾). Es lassen sich jedoch beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Personengruppen feststellen.

In der längerfristigen Perspektive von 2000 bis 2015 verzeichneten die Beschäftigten mit geringer Qualifikation (maximal Pflichtschulabschluss) deutlich schwächere Lohnzuwächse (nominal +36,4%) als die Beschäftigten mit einem höheren Ausbildungsniveau (+41,2%). Unter InländerInnen verzeichneten ältere Arbeitskräfte ab 50 Jahren mit geringer Qualifikation relativ geringe Lohnzuwächse. Außerdem verzeichneten unter InländerInnen junge Menschen mit geringer Qualifikation und Ältere – auch mit höherer Qualifikation – relativ geringe Lohnzuwächse, wenn sie instabil beschäftigt waren.

Abbildung 32: Nominale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Personengruppe, 2000-2015

Veränderung in %

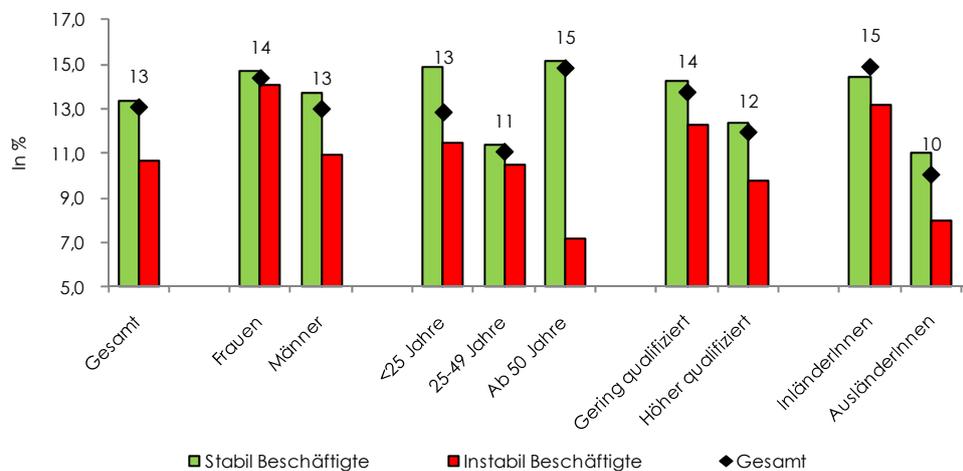


Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Entwicklung des Medians der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen. Angezeigte Werte: Lohnentwicklung insgesamt.

¹⁶⁾ Die dazugehörigen Zahlen finden sich in Übersicht 10 im Anhang.

Abbildung 33: Nominale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Personengruppe, 2009-2015

Veränderung in %



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Entwicklung des Medians der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen. Angezeigte Werte: Lohnentwicklung insgesamt.

AusländerInnen verzeichneten in allen Alters- und Ausbildungsgruppen relativ geringe Lohnsteigerungen, und dies ausgehend von einem merklich niedrigeren Niveau. Im Zeitraum von 2000 bis 2015 war der (nominale) Lohnzuwachs für InländerInnen mit +46,4% mehr als 1,5-mal so hoch (+54,8%) wie jener für AusländerInnen (+29,9%). Inflationbereinigt stiegen die Löhne der InländerInnen um +9,0%, wohingegen die Löhne der AusländerInnen um -3,2% schrumpften.

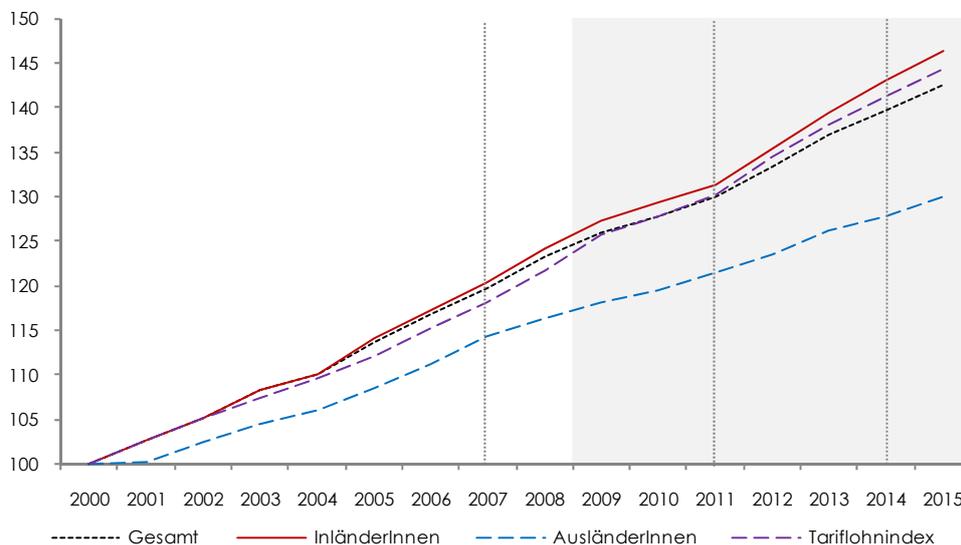
Im Zeitraum von 2009 bis 2015 war der Unterschied ähnlich groß: Die Löhne der InländerInnen stiegen nominal mit +14,9% um +48,0% stärker als die Löhne der AusländerInnen (+10,1%). Die Reallöhne der InländerInnen nahmen um +1,9% zu, während sich die Reallöhne der AusländerInnen um -2,4% reduzierten.

Besonders schwach entwickelten sich die Löhne für Arbeitskräfte aus den neuen, östlichen EU-Mitgliedsländern im Gefolge der Arbeitsmarkt-Ostöffnung

Auffallend ist, dass sich die Lohnentwicklung bei AusländerInnen gerade ab den Zeitpunkten der EU-Osterweiterungen 2004 und 2007 sowie der Arbeitsmarktöffnungen für diese osteuropäischen Länder in den Jahren 2011 und 2014 jeweils deutlich abschwächte und sich die Reallöhne dieser Gruppen auch nach 2011, dem Jahr der Arbeitsmarktöffnung für die Personen aus den EU2004-Beitrittsländern, weiter reduzierten, während sie sich in dieser Zeit für die InländerInnen (im Einklang mit steigenden Tariflöhnen) erhöhten (vgl. Abbildung 34 und Abbildung 35).

Abbildung 34: Nominale Entwicklung der Bruttomonatslöhne, InländerInnen vs. AusländerInnen, 2000-2015

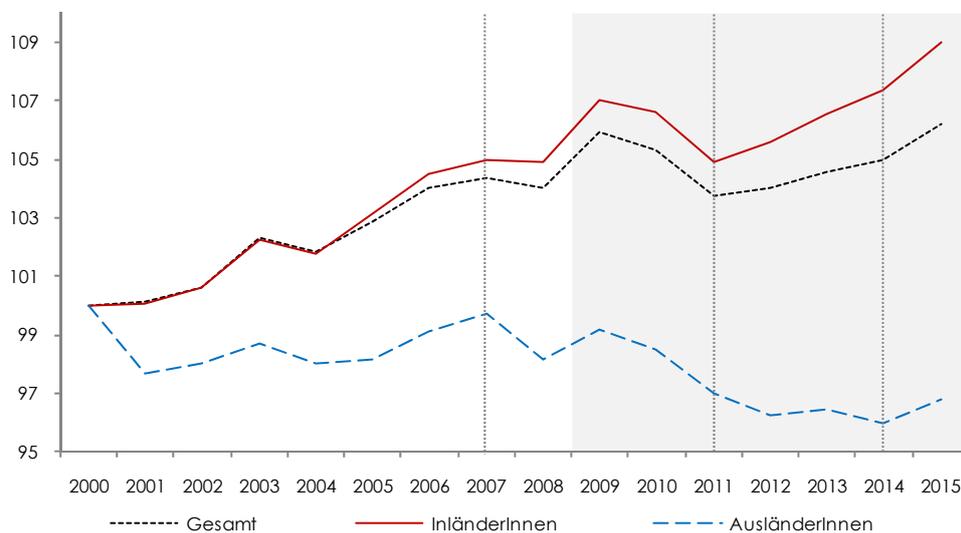
Index 2000 = 100



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen.

Abbildung 35: Reale Entwicklung der Bruttomonatslöhne, InländerInnen vs. AusländerInnen, 2000-2015

Index 2000= 100



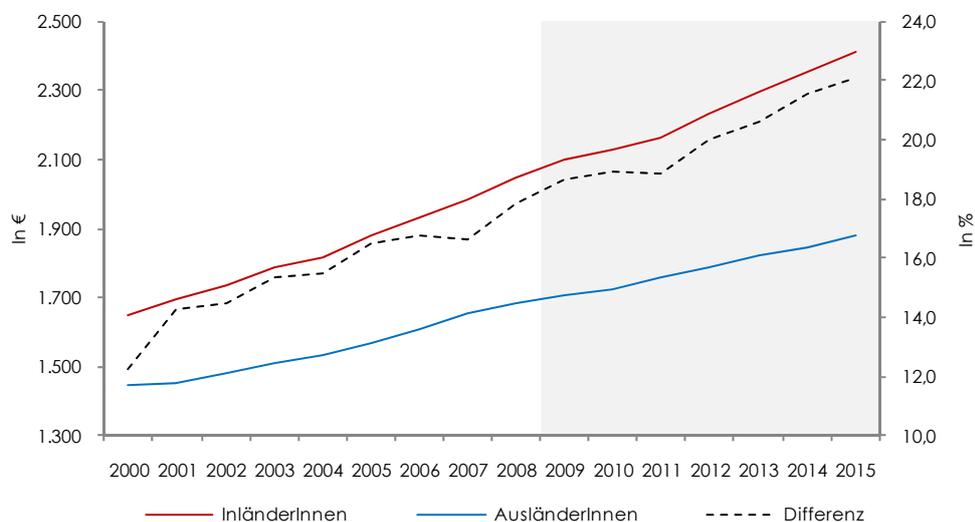
Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen.

Von diesen offensichtlichen Strukturbrüchen betroffen waren die aus den jeweiligen östlichen EU-Mitgliedsländern zugewanderten Arbeitskräfte: Im Jahr 2011 machten die mittleren Löhne der Personen aus den EU2004-Ländern einen Sprung nach unten, im Jahr 2014 die Löhne der Personen aus Rumänien und Bulgarien. In einem Vergleich nach Herkunftsland erweisen sich die Arbeitskräfte aus den neuen, östlichen EU-Mitgliedsländern als Personengruppe mit einer besonders schwachen Lohnentwicklung. Hauptauschlaggebend dafür sind die Lohneinbrüche im Gefolge der Arbeitsmarktöffnung für diese Länder (für die EU2004-Länder im Jahr 2011, für Bulgarien und Rumänien 2014) (vgl. Abbildung 37 und Abbildung 38).

Inflationsbereinigt schrumpften die Löhne ausländischer Arbeitskräfte aus den EU2004-Ländern im Zeitraum von 2000 bis 2015 um 7,6%, in der Zeit von 2009 bis 2015 um 7,1%. Die Löhne ausländischer Arbeitskräfte aus den EU2007/2013-Staaten reduzierten sich in den gleichen Zeiträumen um 12,4% bzw. 8,3%. Ausschlaggebend für diesen besonders negativen Trend sind starke Reallohnverluste von Personen aus Bulgarien und Rumänien (-22,6% bzw. -19,0% in der Zeit von 2000 bis 2015). Die Löhne kroatischer Staatsangehöriger legten demgegenüber auch inflationsbereinigt zu (+3,5%).

Wie Abbildung 36 veranschaulicht, hat sich der mittlere Einkommensrückstand ausländischer Arbeitskräfte gegenüber den InländerInnen von 12,3% im Jahr 2000 auf 22,1% im Jahr 2015 vergrößert.

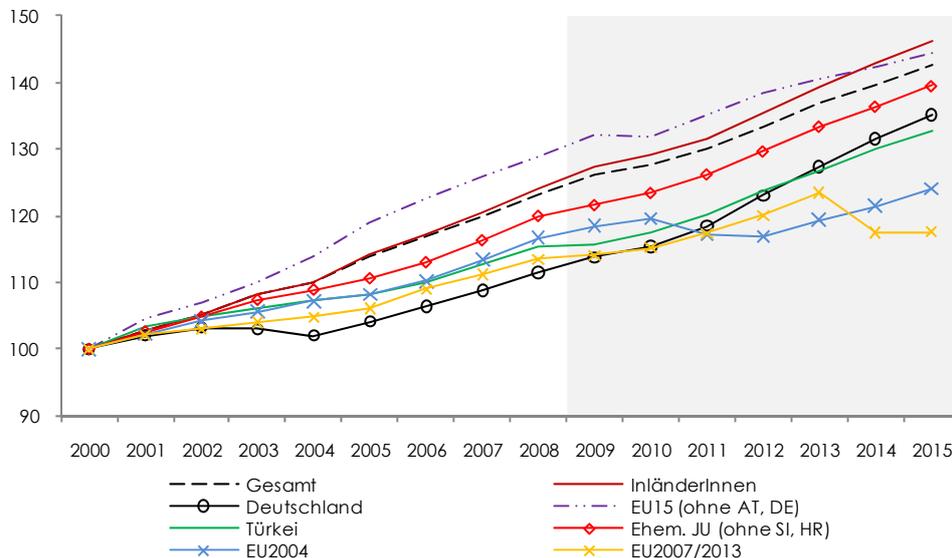
Abbildung 36: Entwicklung der mittleren Bruttomonatslöhne von InländerInnen und AusländerInnen (in €) sowie ihrer Differenz (in %), 2000-2015



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen. Differenz: Einkommensrückstand der AusländerInnen in % des InländerInneneinkommens (rechte Skala).

Abbildung 37: Nominale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Staatsbürgerschaft, 2000-2015

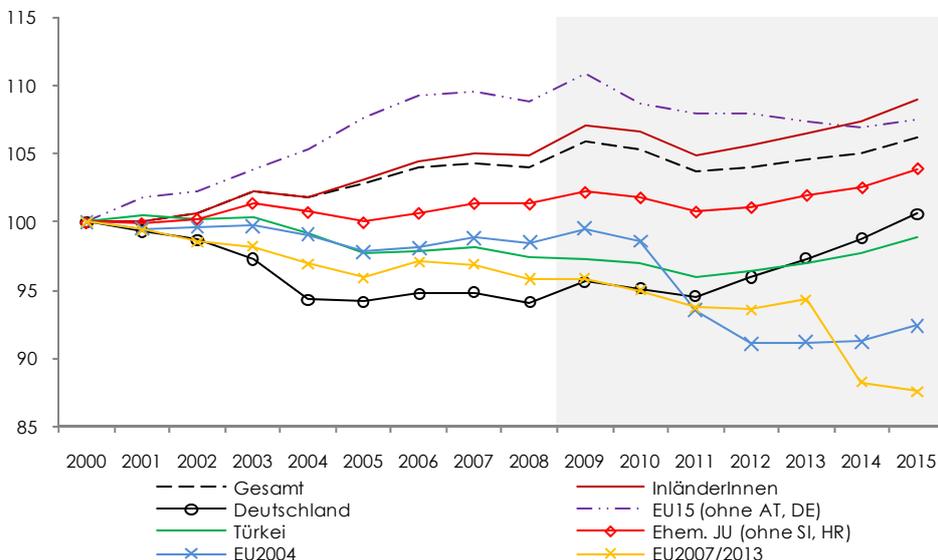
Index 2000= 100



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen.

Abbildung 38: Reale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Staatsbürgerschaft, 2000-2015

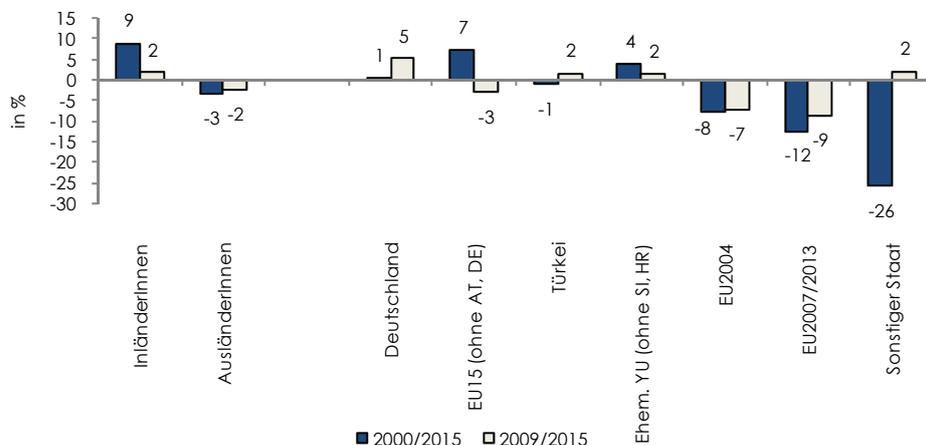
Index 2000= 100



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen.

Abbildung 39: Reale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Staatsbürgerschaft, 2000/2015 bzw. 2009/2015

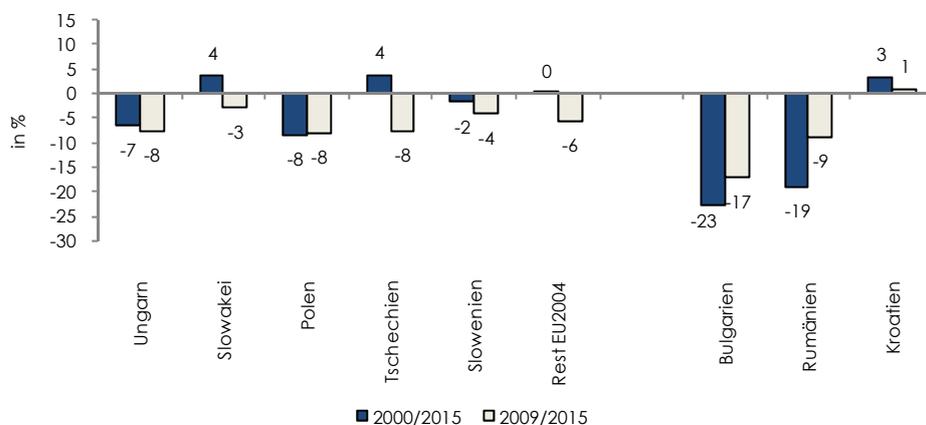
Veränderung in %



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Entwicklung des Medians der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen.

Abbildung 40: Reale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Staatsbürgerschaft im Detail, 2000/2015 bzw. 2009/2015

Veränderung in %



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Entwicklung des Medians der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen.

Beschäftigungsstabilität prägt Lohnentwicklung der InländerInnen besonders stark

Wird nach Staatsbürgerschaft und Beschäftigungsstabilität unterschieden, so zeigt sich, dass es für die Lohnentwicklung von InländerInnen einen (noch) größeren Unterschied macht, ob sie stabil oder instabil beschäftigt sind, als für AusländerInnen (vgl. Abbildung 41 und Abbildung 42):

- Unter InländerInnen erzielten die stabil Beschäftigten in der Zeit von 2000 bis 2015 Reallohnzuwächse in der Größenordnung von +8,7%, die instabil Beschäftigten „nur“ im Ausmaß von +2,4%.
- Unter AusländerInnen hatten die stabil Beschäftigten Reallohnverluste in der Größenordnung von -2,1%, die instabil Beschäftigten im Ausmaß von -3,4% zu verzeichnen.

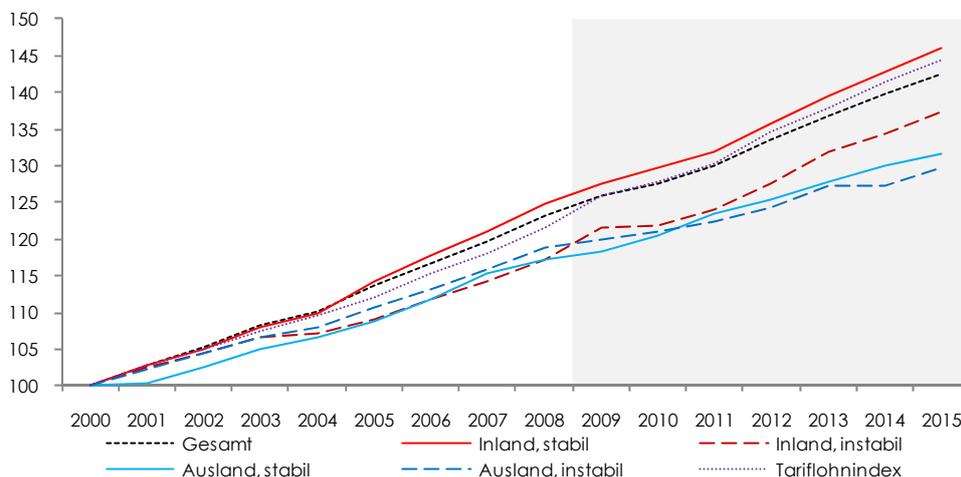
Unter ausländischen Arbeitskräften zeigen sich zwei unterschiedliche Entwicklungen:

- Unter Angehörigen Deutschlands, eines EU2004-Lands oder eines sonstigen Staates entwickelten sich die Löhne der instabil Beschäftigten dynamischer als die Löhne der stabil Beschäftigten.
- Unter StaatsbürgerInnen aus der EU15 (ohne Österreich, Deutschland), der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien oder der EU2007/2013 war es umgekehrt.

Insgesamt – über alle Nationalitäten hinweg – entwickelten sich unter AusländerInnen einige Jahre lang die Löhne der instabil Beschäftigten etwas dynamischer als die Löhne der stabil Beschäftigten. Mit der Gewährung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den östlichen EU-Staaten kehrte sich dieses Verhältnis um. Seit 2011 entwickelten sich die Löhne der instabil beschäftigten schwächer als die Löhne der stabil beschäftigten AusländerInnen. Dies ist das Resultat der Veränderungen in der Struktur der ausländischen Arbeitskräfte. Infolge der Arbeitsmarktköffnung sind vermehrt Personen aus östlichen EU-Ländern zugewandert, die besonders häufig instabil beschäftigt und vergleichsweise gering entlohnt sind.

Abbildung 41: Nominale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Beschäftigungsstabilität, InländerInnen vs. AusländerInnen, 2000-2015

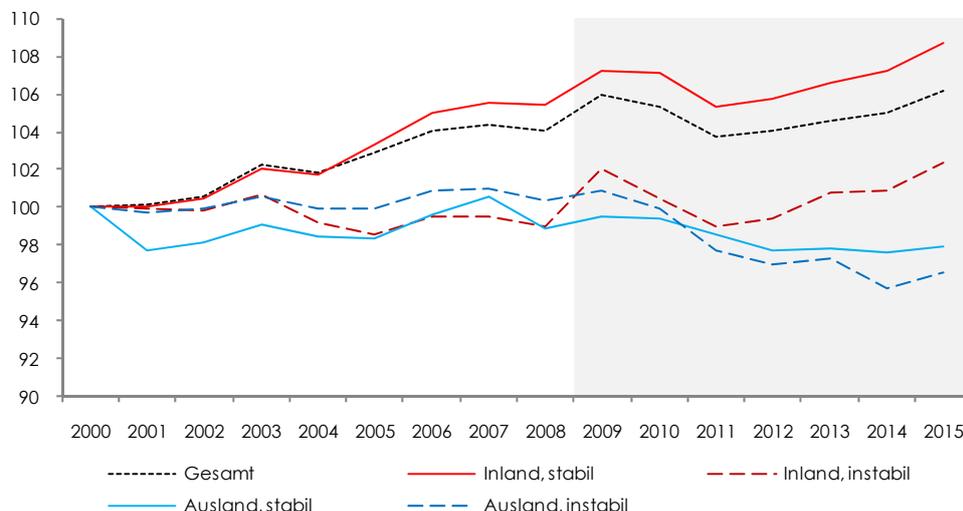
Index 2000 = 100



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen.

Abbildung 42: Reale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Beschäftigungsstabilität, InländerInnen vs. AusländerInnen, 2000-2015

Index 2000= 100

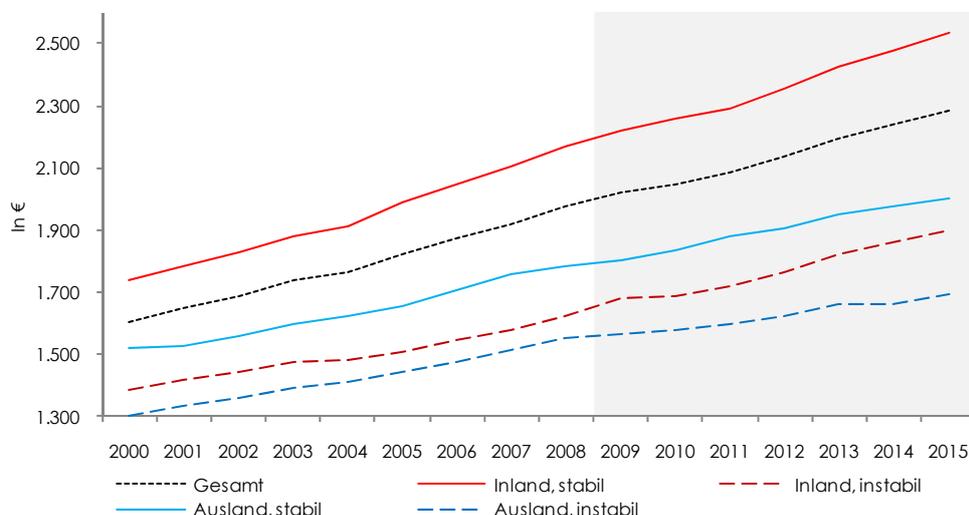


Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen.

Unter ausländischen Arbeitskräften erzielen nach wie vor die stabil Beschäftigten deutlich höhere Löhne als die instabil Beschäftigten (+18,4% im Jahr 2015).

Gleichzeitig verdienen stabil beschäftigte AusländerInnen deutlich weniger als stabil beschäftigte InländerInnen (-21,0%) und instabil beschäftigte AusländerInnen weniger als instabil beschäftigte InländerInnen (-11,0%). Daran zeigt sich, dass die häufigere instabile Beschäftigung der Zugewanderten nur einen Teil der schwächeren Lohnentwicklung der ausländischen Arbeitskräfte erklärt (vgl. Abbildung 43).

Abbildung 43: Entwicklung der mittleren Bruttomonatslöhne (in €) nach Beschäftigungsstabilität, InländerInnen vs. AusländerInnen, 2000-2015



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen.

Wichtige Erklärungsfaktoren für die geringeren Löhne von AusländerInnen sind die häufigere instabile Beschäftigung, eine hohe Konzentration auf Niedriglohnbranchen und ein höherer Anteil Geringqualifizierter

Anhand der Schätzung einer Lohnfunktion mittels einfacher Quantilsregression lässt sich die Bedeutung einiger zentraler Faktoren für den Lohnrückstand der AusländerInnen grob abschätzen. Im Jahr 2015 verdienten ausländische Arbeitskräfte im Mittel € 1.879. Das sind um 533 Euro bzw. 22,1% weniger als inländische Arbeitskräfte (€ 2.412).

Ingesamt lassen sich etwa drei Viertel dieses Unterschieds im Medianlohn zwischen InländerInnen und AusländerInnen durch Unterschiede in Alter, Ausbildungsniveau, sozialer Stellung, Branchenzugehörigkeit und Beschäftigungsstabilität erklären: Bei Berücksichtigung all dieser Unterschiede reduziert sich die mittlere Lohndifferenz von € 533 auf € 122.

Das im Durchschnitt niedrigere Alter der ausländischen Arbeitskräfte erklärt nur einen sehr kleinen Teil des geringeren Lohns von ausländischen Arbeitskräften (ca. €5 Unterschied). Die anderen genannten Faktoren haben einen weitaus größeren Einfluss:

- AusländerInnen sind häufiger gering qualifiziert in dem Sinn, dass sie höchstens einen Pflichtschulabschluss haben. Wird für diesen Unterschied im Ausbildungsniveau kontrolliert, so reduziert sich die Lohndifferenz von € 533 auf € 434.
- Ausländische Arbeitskräfte sind häufiger als ArbeiterInnen tätig und seltener als Angestellte oder Beamte. Bei Berücksichtigung dieser Unterschiede in der beruflichen Stellung verringert sich die Lohndifferenz von € 533 auf € 362.

- Einen noch größeren Erklärungsbeitrag leisten die Unterschiede in der Branchenzugehörigkeit. Damit ist vor allem die hohe Konzentration ausländischer Arbeitskräfte auf Wirtschaftsbereiche gemeint, in denen eine starke Konkurrenz zwischen Arbeitskräften vorherrscht und in welchen die Löhne insgesamt relativ niedrig sind bzw. die Lohnentwicklung insgesamt relativ schwach war (vor allem Landwirtschaft, Tourismus und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen). Bei Berücksichtigung dieses Faktors reduziert sich die Lohndifferenz von € 533 auf € 322.
- Die stärkere Betroffenheit von instabiler Beschäftigung erklärt einen gegenüber der Branchenzugehörigkeit geringeren, aber ebenfalls substanziellen Teil der Lohnunterschiede: Bei Kontrolle für diesen Faktor verringert sich die Lohndifferenz zwischen InländerInnen und AusländerInnen im Jahr 2015 von € 533 auf € 426.

Über diese beobachtbaren Faktoren hinaus sollten auch noch andere, nicht datenmäßig erfassbare Einflüsse eine Rolle spielen, wie teilweise geringe Sprachkenntnisse, die fehlende Anerkennung oder Verwertbarkeit von Ausbildungsabschlüssen aus dem Ausland. Ein unerklärter Rest wird typischerweise einer „Diskriminierung“ von AusländerInnen zugeschrieben.

Die verstärkte Konzentration der Ausländerbeschäftigung auf Niedriglohnbranchen leistet vermutlich einen wichtigen Erklärungsbeitrag für die wachsende Lohnschere zwischen InländerInnen und AusländerInnen

Hinsichtlich der möglichen Ursachen für die starke Vergrößerung der Lohndifferenz zwischen InländerInnen und AusländerInnen in der Zeit von 2000 bis 2015 ist festzustellen, dass sich die Konzentration ausländischer Arbeitskräfte auf Wirtschaftsbereiche mit niedriger Entlohnung und/oder relativ schwacher Lohnentwicklung über die Zeit, von einem bereits hohen Niveau ausgehend, weiter verstärkt hat. So ist etwa der Anteil der Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen, Gesundheits- und Sozialwesen und „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ unter ausländischen Arbeitskräften von 34,9% im Jahr 2000 auf 47,8% im Jahr 2015 gewachsen (unter InländerInnen kam es zu einem Anstieg von 19,1% auf 23,1%). Der AusländerInnenanteil hat sich entsprechend in der Land- und Forstwirtschaft von 51,7% auf 69,6%, im Tourismus von 30,1% auf 47,3%, im Bereich sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen von 24,1% auf 40,0% und im Abschnitt „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ von 17,3% auf 26,3% erhöht (im Gesundheits- und Sozialwesen reduzierte er sich von 15,6% auf 14,5%). In dieser verstärkten Branchenkonzentration der Ausländerbeschäftigung ist offensichtlich eine wichtige Ursache für die sich öffnende Lohnschere zwischen InländerInnen und AusländerInnen zu finden.

Dafür spricht auch das Ergebnis einer Schätzung obiger Lohnfunktion für das Ausgangsjahr 2000: In diesem Jahr war mit ca. 23% noch ein wesentlich geringerer Anteil der Lohndifferenz auf Unterschiede in der Branchenzugehörigkeit zurückzuführen als im Jahr 2015 (etwa 40%). Die Häufigkeit instabiler Beschäftigung hatte in den beiden Jahren eine annähernd gleiche Erklärungskraft für die Lohnunterschiede zwischen InländerInnen und AusländerInnen (rund

17% im Jahr 2000, ca. 20% im Jahr 2015). Umgekehrt wog die häufigere geringe Qualifikation unter ausländischen Arbeitskräften im Jahr 2000 noch deutlich schwerer als im Jahr 2015, mit einem Erklärungsbeitrag an der Einkommensdifferenz von 59% im Vergleich zu 19%.

5.2. Entwicklung der Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen

Die mittleren Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen stiegen für instabil Beschäftigte nicht einmal halb so stark wie für stabil Beschäftigte

Die geringeren Monatslöhne potenzieren sich für die instabil Beschäftigten über die Zeit. Sie erzielen entsprechend niedrigere Jahreseinkünfte aus Löhnen. Zum geringeren Entlohnungsniveau kommt hinzu, dass sie nicht ganzjährig beschäftigt sind und dass sich ihre Beschäftigungszeiten über die Zeit verkürzten. Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, dass die instabil Beschäftigten in der Entwicklung ihrer Jahreslöhne noch stärker als in der Entwicklung der Monatslöhne hinter den stabil Beschäftigten hinterherhinken.

Insgesamt stiegen die mittleren Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen (ohne Sonderzahlungen) der unselbständig, vollversicherungspflichtig Beschäftigten (nach Betroffenheitskonzept) von € 16.380 im Jahr 2000 auf € 24.216 im Jahr 2015. Dies entspricht einem nominalen Zuwachs um +47,8% und einem realen Zuwachs um +10,1%.

Für die stabil im Sinne von ganzjährig unselbständig Beschäftigten stiegen die mittleren Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen (Median, ohne Sonderzahlungen) von € 19.116 im Jahr 2000 auf € 28.956 im Jahr 2015. Dies entspricht einem nominalen Wachstum um +51,5% (vgl. Abbildung 44). Die jährliche Wachstumsrate betrug damit im Durchschnitt +2,8% (vgl. Abbildung 46).

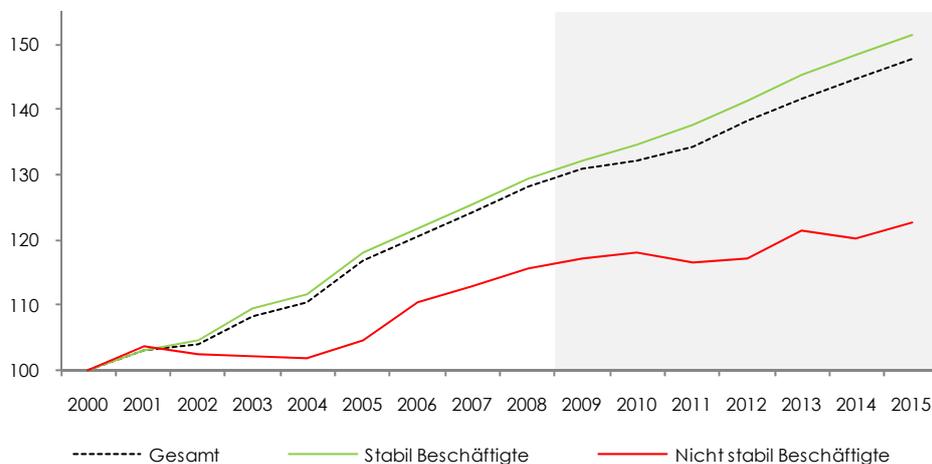
Demgegenüber erhöhten sich die mittleren Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen für die instabil Beschäftigten im gleichen Zeitraum (nominal) nur um +22,7% – von € 8.828 auf € 10.835. Das bedeutet: Die Zuwächse waren in diesem Arbeitsmarktsegment nicht einmal halb so hoch. Die durchschnittliche Wachstumsrate pro Jahr belief sich auf +1,4%.

Mit € 28.956 erzielten die ganzjährig Beschäftigten im Jahr 2015 in Summe ein rund 2,7mal so hohes Jahreseinkommen wie die nicht ganzjährig Beschäftigten (€ 10.835) (vgl. Übersicht 7).

Inflationsbereinigt stiegen die Jahreseinkünfte aus Löhnen der stabil Beschäftigten zwischen 2000 und 2015 (um +12,8%), während jene der instabil Beschäftigten schrumpften (um -8,6%) (vgl. Abbildung 45).

Abbildung 44: Nominale Entwicklung der mittleren Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen nach Beschäftigungsstabilität, 2000-2015

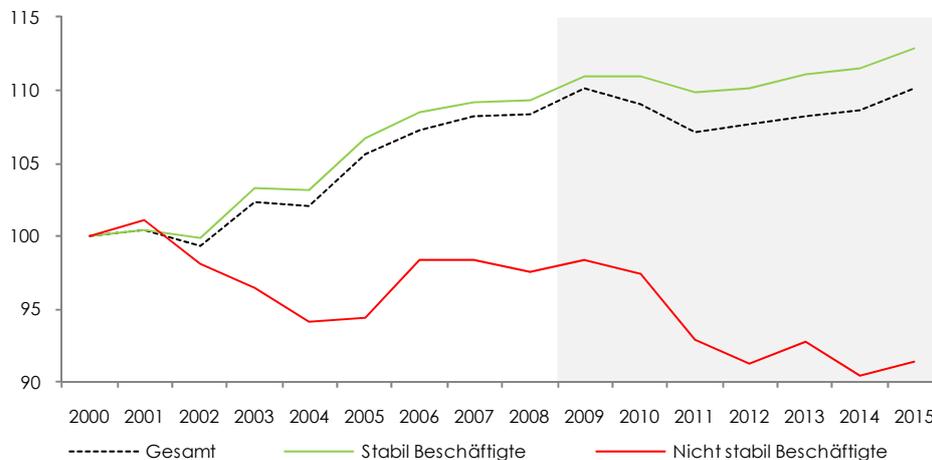
Index 2000 = 100



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen (ohne Sonderzahlungen) der im jeweiligen Jahr mindestens einen Tag unselbständig Beschäftigten.

Abbildung 45: Reale Entwicklung der mittleren Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen nach Beschäftigungsstabilität, 2000-2015

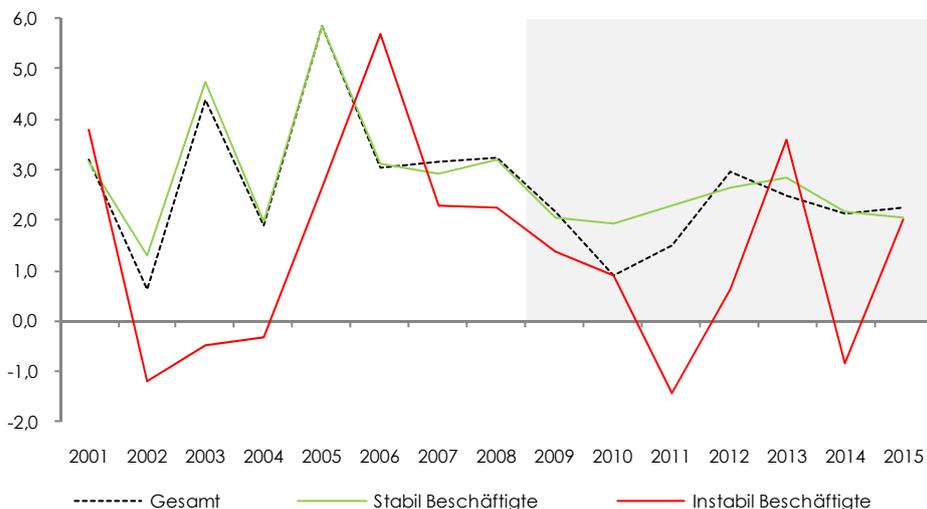
Index 2000 = 100



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der inflationsbereinigten Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen (ohne Sonderzahlungen) der im jeweiligen Jahr mindestens einen Tag unselbständig Beschäftigten. Jährliche Inflationsraten auf Basis des Verbraucherpreisindex (VPI).

Abbildung 46: Jährliche Veränderungsrate der mittleren Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen nach Beschäftigungsstabilität, 2001-2015

Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr (in %)



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen (ohne Sonderzahlungen) der im jeweiligen Jahr mindestens einen Tag unselbstständig Beschäftigten.

Der Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise markierte, wie bereits erwähnt, eine Zäsur. Seither entwickelten sich die Einkommen in beiden Arbeitsmarktsegmenten weniger dynamisch als zuvor, für die instabil Beschäftigten wiederum schwächer als für die stabil Beschäftigten:

- Nominal wuchsen in der Periode von 2009 bis 2015 die Löhne der stabil Beschäftigten um +14,7%, jene der instabil Beschäftigten um +4,8%.
- Inflationbereinigt verzeichneten die stabil Beschäftigten ein Wachstum um +1,7%, wohingegen die mittleren Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen im instabilen Segment um 7,1% schrumpften.

Besonders große Divergenz in der Einkommensentwicklung bei Männern

Bei beiden Geschlechtern klappte die Einkommensentwicklung zwischen stabil und instabil Beschäftigten deutlich auseinander, in besonderem Maße allerdings bei Männern (vgl. Abbildung 51, Abbildung 52 und Abbildung 53 im Anhang):

- Innerhalb dieser Personengruppe erzielten die stabil Beschäftigten in der Zeit von 2000 bis 2015 nominale Einkommenszuwächse in einer Größenordnung von +53,4%. Bei den instabil Beschäftigten waren es +16,9%. Real wuchs der mittlere Jahreslohn der stabil beschäftigten Männer um +14,3%, während er für die instabil beschäftigten um -13,0% schrumpfte.

- Stabil beschäftigte Frauen verzeichneten in der langen Frist (2000-2015) einen nominalen Einkommenszuwachs im Ausmaß von +48,6%, gegenüber +34,6% bei den instabil beschäftigten Frauen. Real konnten die stabil beschäftigten Frauen ein Wachstum von +10,7% verbuchen, während die Jahreslöhne der instabil beschäftigten Frauen im Mittel stagnierten (+0,3%).

Sehr geringe Jahreseinkünfte von instabil beschäftigten Frauen und AusländerInnen

Umgekehrt stechen bei einem Vergleich die mit € 7.902 (im Jahr 2015) sehr niedrigen mittleren Bruttojahreseinkünfte der instabil beschäftigten Frauen hervor (vgl. Übersicht 7). Dieses Einkommen entspricht ungefähr einem Drittel des mittleren Einkommens aller unselbständig Beschäftigten. Auffallend niedrig sind die Verdienste auch bei bestimmten Gruppen instabil beschäftigter AusländerInnen: Diejenigen aus der EU15 erzielten im Jahr 2015 im Mittel ein Jahreseinkommen von € 7.420. Unter Arbeitskräften aus den EU2004-Beitrittsländern betrug das mittlere Niveau € 9.576, unter Personen aus EU2007/2013-Ländern € 8.319 und unter Angehörigen sonstiger Länder € 8.032. Zum Vergleich: Instabil beschäftigte InländerInnen verdienten 2015 im Mittel 11.433 € pro Jahr, deutsche Staatsangehörige € 12.212 und Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien € 12.978.

Was die Entwicklung der mittleren Jahreseinkünfte aus Löhnen im Zeitverlauf betrifft, sticht im Vergleich zwischen Herkunftsgruppen als Besonderheit hervor, dass unter deutschen Staatsangehörigen – im Gegensatz zum gesamtwirtschaftlichen Trend – die instabil Beschäftigten seit 2000 wesentlich höhere Einkommenszuwächse verzeichneten als die stabil Beschäftigten. Ähnliches gilt für ausländische Arbeitskräfte aus sonstigen EU15- und EU2004-Ländern (vgl. Übersicht 8). Hierbei dürfte eine wichtige Rolle spielen, dass sich in diesen Gruppen die Beschäftigungszeiten im Mittel nicht verringert, sondern verlängert haben.

Übersicht 7: Entwicklung der mittleren Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen nach Beschäftigungsstabilität und Geschlecht

	2000	2008	2009	2011	2013	2015	2000/2015		2009/2015		2000/2015	
	Medianeinkommen in €						Wachstum nominal (in %)		Wachstum real (in %)		Wachstum real (in %)	
							Kum.	Ø p.a.	Kum.	Ø p.a.	Kum.	Ø p.a.
Gesamt												
Gesamt	16.380	21.012	21.468	21.984	23.196	24.216	47,8	2,6	12,8	10,1	0,0	
Stabil Beschäftigte	19.116	24.732	25.236	26.316	27.780	28.956	51,5	2,8	14,7	12,8	1,7	
Instabil Beschäftigte	8.828	10.194	10.336	10.277	10.710	10.835	22,7	1,4	4,8	-8,6	-7,1	
Frauen												
Gesamt	12.516	15.576	16.056	16.524	17.508	18.420	47,2	2,6	14,7	9,6	1,7	
Stabil Beschäftigte	15.204	18.912	19.500	20.316	21.516	22.596	48,6	2,7	15,9	10,7	2,7	
Instabil Beschäftigte	5.870	7.022	7.119	7.290	7.744	7.902	34,6	2,0	11,0	0,3	-1,6	
Männer												
Gesamt	19.860	25.632	26.148	26.832	28.369	29.568	48,9	2,7	13,1	10,9	0,2	
Stabil Beschäftigte	22.368	29.292	29.856	31.224	33.012	34.320	53,4	2,9	15,0	14,3	1,9	
Instabil Beschäftigte	12.698	14.508	14.535	14.256	14.835	14.840	16,9	1,1	2,1	-13,0	-9,5	

Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen (ohne Sonderzahlungen) der im jeweiligen Jahr mindestens einen Tag unselbständig Beschäftigten. Kum.: Kumulierte relative Veränderung. Ø p.a.: Durchschnittliches jährliches Wachstum. Recl: inflationsbereinigt.

Übersicht 8: Entwicklung der mittleren inflationsbereinigten Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen (in %) nach Beschäftigungsstabilität und Staatsbürgerschaft

	2000/2015			2009/2015		
	Gesamt	Stabil	Instabil	Gesamt	Stabil	Instabil
Gesamt	10,1	12,8	-8,6	0,0	1,7	-7,1
InländerInnen	14,7	13,3	-5,5	3,5	2,9	-4,1
AusländerInnen	-14,6	-2,2	-23,6	-6,4	-1,8	-11,9
Deutschland	27,2	-0,9	32,5	11,1	1,6	6,9
EU15 (ohne AT, DE)	42,5	6,6	19,0	-0,4	-3,9	10,6
Türkei	-11,9	-0,6	-33,2	-0,9	2,5	-10,8
Ehem. JU (ohne SI, HR)	-3,2	2,3	-19,7	-1,2	2,2	-13,1
EU2004	-10,1	-8,9	24,1	-10,9	-10,2	-5,9
EU2007/2013	-28,7	-8,4	-40,9	-17,6	-6,5	-19,5
Sonstiger Staat	-36,0	-20,3	-29,9	1,8	0,8	0,6

Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der inflationsbereinigten Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen (ohne Sonderzahlungen) der im jeweiligen Jahr mindestens einen Tag unselbständig Beschäftigten. Inflation auf Basis des Verbraucherpreisindex (VPI).

6. Schlussfolgerungen und weiterer Forschungsbedarf

Ausgeprägte Segmentierung des Arbeitsmarktes

Die vorliegende Studie zeigt auf, dass Segmentierungsprozesse am österreichischen Arbeitsmarkt einen Erklärungsbeitrag zur schwachen Lohnentwicklung in den vergangenen fünfzehn Jahren leisten. Die Löhne entwickelten sich nicht übergreifend mäßig. Vielmehr war die schwache Gesamtdynamik maßgeblich durch eine schwache Lohnentwicklung in bestimmten Teilsegmenten des Arbeitsmarktes getrieben.

Der österreichische Arbeitsmarkt ist hinsichtlich Beschäftigungsstabilität und Einkommen segmentiert, d.h. in verschiedene Teilsegmente gegliedert, in denen sich Beschäftigung und Einkommen unterschiedlich entwickeln. Während andere Teile der Beschäftigten deutlichere Einkommenszuwächse verzeichnen konnten, ist die Einkommenssituation bestimmter Beschäftigtengruppen besonders unter Druck geraten.

Etwa ein Drittel instabil beschäftigt

In Österreich weist ein substantieller und seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 im Steigen begriffener Anteil der Arbeitskräfte – im Jahr 2015 rund ein Drittel aller unselbständig Beschäftigten (34,1%) – keine über ein (Kalender-)Jahr hinweg andauernde, durchgängige Beschäftigung auf und ist in diesem Sinne instabil beschäftigt. Zwar blieb im Zeitverlauf der Anteil des instabilen Beschäftigungssegments am Gesamtvolumen der Beschäftigungstage eines Kalenderjahres in etwa konstant, da sich die Beschäftigungszeiten der Betroffenen über die Zeit verkürzten; die Zahl der von instabiler Beschäftigung betroffenen Arbeitskräfte ist jedoch gestiegen.

Deutlich schwächere Lohnentwicklung für instabil Beschäftigte

Für die instabil Beschäftigten – überproportional häufig sind dies junge Menschen, ausländische und gering qualifizierte Arbeitskräfte – entwickelten sich die Löhne deutlich schwächer als für die stabil Beschäftigten. Dadurch wirkt sich bereits eine geringfügige Ausweitung des instabilen Beschäftigungssegments auf die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung aus. Die Reallöhne wären im Zeitraum von 2000 bis 2015 insgesamt um 10% stärker gestiegen, wenn sich die Löhne für die instabil Beschäftigten gleich entwickelten hätten wie für die stabil Beschäftigten. Während sich die Löhne bei stabiler Beschäftigung von 2000 bis 2015 etwa gleich stark entwickelten wie die Tariflöhne, fiel die Lohndrift im instabilen Segment eindeutig negativ aus.

Hinsichtlich der Entwicklung ihrer Jahreseinkünfte hinkten die instabil Beschäftigten noch mehr hinter den stabil Beschäftigten her, als im Hinblick auf die Entwicklung ihrer monatlichen Lohnniveaus: Ihr mittleres Bruttojahreseinkommen aus Löhnen wuchs in der Zeit von 2000 bis 2015 nominal nicht einmal halb so stark wie jenes der stabil Beschäftigten. Dieser Rückstand resultiert zum einen aus der schwächeren Entwicklung der Monatslöhne und zum anderen aus einem sinkenden Beschäftigungsausmaß im Kalenderjahr. Unterjährige Beschäftigung ist zunehmend kürzer geworden.

Instabil Beschäftigte profitieren seltener von Tariflohnerhöhungen

Ein wichtiger Grund für die schwache Lohnentwicklung der instabil Beschäftigten dürfte sein, dass diese Gruppe aufgrund ihrer hohen Arbeitsplatzfluktuation weniger in den Genuss der kollektivvertraglich geregelten Lohnerhöhungen kommt. In Österreich werden die Entlohnungsbedingungen für die überwiegende Mehrzahl der Beschäftigten in den für einzelne Branchen abgeschlossenen Kollektivverträgen geregelt. Neben branchenspezifischen Mindestlöhnen werden in einigen Branchen auch Ist-Lohnerhöhungen vereinbart. Während Arbeitskräfte mit länger andauernden Beschäftigungsverhältnissen – auch bei Überzahlung des Mindestlohns – von diesen kollektiv ausgehandelten Lohnerhöhungen profitieren, treten unterjährig Beschäftigte immer wieder neu in ein Beschäftigungsverhältnis ein und schreiten daher in ihrer Lohnentwicklung nicht automatisch voran.

Die Auseinanderentwicklung der Löhne in unterschiedlichen Arbeitsmarktsegmenten und für verschiedene Gruppen von Arbeitskräften legt nahe, dass sozialpartnerschaftliche Lohnfindungsprozesse für einen beträchtlichen Teil des Arbeitsmarktes nicht voll greifen. Offensichtlich beschränken die zunehmende Heterogenität von Arbeitsbeziehungen und die Zunahme prekärer Beschäftigungsbedingungen den Einfluss bestehender Steuerungs- und Regulierungssysteme am Arbeitsmarkt.

Die Segmentierung des Arbeitsmarktes zeitigt auch Auswirkungen auf die Lohnverteilung: Die schwache Lohnentwicklung im instabilen Beschäftigungssegment beschleunigt die Tendenz zu einer ungleicheren Verteilung der Löhne: Der Abstand zwischen den Medianlöhnen und den Einkommen im obersten Dezil vergrößerte sich im Zeitraum 2000 bis 2015 um 3½%; ein

Fünftel dieses Zuwachses kommt durch die schwache Lohnentwicklung instabil Beschäftigter zustande.

AusländerInnen überproportional im sekundären Arbeitsmarktsegment vertreten

Bei Vergleichen zwischen Personengruppen sticht ein Ergebnis besonders hervor: Ausländische Arbeitskräfte sind von instabiler Beschäftigung und schwacher Lohnentwicklung überproportional betroffen. Während InländerInnen viel häufiger auch im stabilen und höher entlohnten („primären“) Arbeitsmarktsegment vertreten sind und in den vergangenen fünfzehn Jahren markant höhere Lohnzuwächse erzielten, sind AusländerInnen sowohl hinsichtlich Beschäftigungsstabilität als auch Entlohnung in sogenannten „sekundären“ Arbeitsmarktsegmenten deutlich überrepräsentiert. Beschäftigte aus den neuen, östlichen EU-Mitgliedsstaaten, die im Gefolge der Arbeitsmarkt-Ostöffnung vermehrt auf den österreichischen Arbeitsmarkt strömten, sind besonders häufig nur unterjährig erwerbstätig und relativ niedrig entlohnt.

Beobachtbare Faktoren wie die häufigere instabile Beschäftigung, die hohe Konzentration auf Niedriglohnbranchen, ein höherer Anteil Geringqualifizierter und die häufigere Tätigkeit als Arbeiterinnen und Arbeiter statt als Angestellte oder Beamte erklären etwa drei Viertel der Lohndifferenz zwischen InländerInnen und AusländerInnen. In den vergangenen fünfzehn Jahren hat sich der Unterschied im Entlohnungsniveau beinahe verdoppelt. Dafür dürfte maßgeblich eine weitere Zunahme der Konzentration ausländischer Arbeitskräfte auf Wirtschaftsbereiche mit niedriger Entlohnung und/oder relativ schwacher Lohnentwicklung verantwortlich sein.

Während unter InländerInnen der Anteil der instabil Beschäftigten im Zeitraum von 2000 bis 2015 spürbar sank, nahm er unter AusländerInnen – ausgehend von einem bereits hohen Niveau – weiter zu. Diese Zunahme bei AusländerInnen hat den Rückgang bei InländerInnen überkompensiert und insgesamt zu einer moderaten Ausweitung in der Betroffenheit von instabiler Beschäftigung geführt. Der Unterschied in der Lohndynamik zwischen stabil und instabil Beschäftigten war allerdings bei den InländerInnen noch stärker ausgeprägt als bei den AusländerInnen.

Weiterer Forschungsbedarf

Die vorliegenden Analysen zeigen die deutlichen Veränderungen im Arbeitsmarktgefüge, die in den letzten 15 Jahren stattgefunden haben. Dabei spielt offensichtlich eine Überlagerung von Segmentierungs- und Migrationsentwicklungen eine wesentliche Rolle. Die vorliegende Arbeit, mit Fokus auf den Einfluss instabiler Beschäftigung auf die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung, wirft jedenfalls Fragen für weiterführende Analysen auf.

Dazu gehört die Frage, inwiefern der Zustrom an ausländischen Arbeitskräften und die erhöhte Arbeitsmarktfluktuation im Zuge der Arbeitsmarktöffnung in einem kausalen Zusammenhang mit der Arbeitsmarktsituation und Lohnentwicklung anderer Personengruppen am Arbeitsmarkt stehen. Auch unabhängig von der Arbeitsmarktöffnung zeigt sich

bei den inländischen Arbeitskräften zwar ein Rückgang im Anteil der instabil Beschäftigten, aber auch eine besonders stark auseinanderklaffende Lohnentwicklung zwischen den Beschäftigungssegmenten, die weiter untersucht werden muss.

Darüber hinaus ist noch offen, welche längerfristigen Auswirkungen der Arbeitsmarktöffnungsprozesse sich in der Lohn- und Beschäftigungsdynamik in Österreich manifestieren werden. Auf den sprunghaften Anstieg zum Zeitpunkt der Arbeitsmarktöffnung folgte in den jüngsten Jahren ein leichter Rückgang im Anteil instabil Beschäftigter unter den Arbeitskräften aus Osteuropa. Aus heutiger Sicht ist es schwierig einzuschätzen, inwiefern dieser spezifische Angebotsschock zu kurzfristigen Anpassungsreaktionen führt, oder ob es sich um eine Veränderung bzw. Beschleunigung längerfristiger Trends handelt. Hinzu kommt die Frage nach den Auswirkungen der (Flucht-)Migration aus Drittstaaten, insbesondere seit 2015.

Grundsätzlich bestätigen die vorgelegten Befunde eine stark differenzierte und über die Zeit verstärkt divergierende Lohnentwicklung für unterschiedliche Beschäftigtengruppen am österreichischen Arbeitsmarkt. Die hohe numerische Flexibilität (die Möglichkeit, relativ kurzfristig Beschäftigungsstände anzupassen) erlaubt es Betrieben, instabile Beschäftigung zu nutzen. Das sich daraus ergebende, relativ große instabile Beschäftigungssegment trägt – wie gezeigt wurde – zur (Real-)Lohnflexibilität am österreichischen Arbeitsmarkt bei. Beides kann auch einen positiven Wachstumsimpuls bedeuten.

Ein flexibler Arbeitsmarkt kann über eine hohe Zahl an zu besetzenden Jobs auch die Reintegrationschancen von Arbeitslosen verbessern. Umgekehrt kann Instabilität aber auch Drehtüreffekte mit immer wiederkehrenden Arbeitslosigkeitsphasen hervorrufen oder zur Auslagerung betrieblicher Auslastungsrisiken auf die öffentliche Hand beitragen. Gleichzeitig senkt eine hohe Fluktuation der Arbeitskräfte die Anreize zu Humankapitalinvestitionen vonseiten der Betriebe und dämpft somit längerfristig die Produktivitätsentwicklung. Niedrige Löhne, schwache Lohndynamik und hohe Instabilität der Beschäftigung zeugen von einer prekären Arbeitsmarktintegration, die für ein beträchtliches Segment an Beschäftigten Fragen der Einkommenssicherung und der längerfristigen Perspektiven am Arbeitsmarkt aufwirft. Auch vor diesem Hintergrund ist sowohl eine vertiefte Erforschung der jüngsten Entwicklungen als auch eine laufende Beobachtung der Beschäftigungs- und Einkommensdynamik am Arbeitsmarkt erforderlich.

Prinzipiell können wirtschaftspolitische Maßnahmen einerseits das Fluktuationsverhalten am Arbeitsmarkt zu beeinflussen versuchen, etwa durch eine Verstärkung der betrieblichen Anreize für stabile Beschäftigung (z.B. im Rahmen eines Experience Ratings in der Arbeitslosenversicherung oder durch eine Erhöhung der Kosten für temporäre Beschäftigungsunterbrechungen). Andererseits können unerwünschte Folgen instabiler Beschäftigung zu mindern versucht werden, etwa durch Kompensation von Nachteilen in der Kompetenzentwicklung (z.B. durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen), durch Regelungen im Bereich der Lohnpolitik, die die Einbeziehung prekärer Arbeitsmarktsegmente verbessern, oder durch eine Verbesserung der sozialen Absicherung für Gruppen, die besonders hohe Flexibilitätlasten tragen.

Literaturhinweise

- Acemoglu, D., "Technical Change, Inequality, and the Labor Market", *Journal of Economic Literature*, XL(1), pp. 7-72, 2002.
- Altzinger, W., Berka, C., Humer, S., Moser, M., „Die langfristige Entwicklung der Einkommenskonzentration in Österreich, 1957-2009. Teil I: Literaturüberblick und Beschreibung der Daten“, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2011, 37(4), S. 513-529.
- Altzinger, W., Berka, C., Humer, S., Moser, M., „Die langfristige Entwicklung der Einkommenskonzentration in Österreich, 1957-2009. Teil II: Methodik und Ergebnisse“, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2012, 38(1), S. 77-102.
- Antonczyk, D., Fitzenberger, B., Sommerfeld, K., „Rising wage inequality, the decline of collective bargaining, and the gender wage gap“. *Labour Economics*, 2010, 17(5), pp. 835–847.
- Atkinson, A. B., "The distribution of earnings in OECD countries", *International Labour Review*, 2007, 146(1-2), pp. 41-60.
- Atkinson, A. B., *The Changing Distribution of Earnings in OECD Countries*, Oxford University Press, Oxford, 2009.
- Atkinson, A. B., Piketty, T., Saez, E., "Top Incomes in the Long Run of History", *Journal of Economic Literature*, 2011, 49(1), pp. 3–71.
- Breuss, F., *Globalization, EU-Enlargement and Income Distribution*, WIFO, Wien, 2007.
- Davidsson, J., Naczyk, M., „The Ins and Outs of Dualisation. A Literature Review“. *Barnett Papers in Social Research*, Department of Social Policy and Work, University of Oxford, 2009.
- Dustmann, C., Ludsteck, J., Schönberg, U., "Revisiting the German Wage Structure", *Quarterly Journal of Economics*, 2009, 124(2), pp. 843-881.
- ECB (European Central Bank), *Wage Dynamics in Europe, Final Report of the Wage Dynamics Network (WDN)*, ECB, Frankfurt, 2009.
- Elsby, M. W., Hobijn, B., Şahin, A., "The decline of the US labor share", *Brookings Papers on Economic Activity*, 2013, 2, pp. 1-63.
- Eppel, R., Hager, I., Hausegger, T., Horvath, Th., Mahringer, H., Reidl, C., (Eppel et al. 2015A) *Arbeitsmarktferne Personen – Charakteristika, Problemlagen und Unterstützungsbedarfe*, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Wien, 2015.
- Eppel, R., Horvath, Th., Mahringer, H., *Die Struktur und Dynamik von Arbeitslosigkeit, atypischer Beschäftigung und Niedriglohnbeschäftigung in der Längsschnittanalyse 2000/2010*, WIFO, Wien, 2013, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46669>.
- Eppel, R., Horvath, Th., Mahringer, H., *Eine Typologie Arbeitsloser nach Dauer und Häufigkeit ihrer Arbeitslosigkeit 2010-2013*, Studie im Auftrag des Arbeitsmarktservice Österreich, Wien, 2014.
- Eppel, R., Horvath, Th., Mahringer, H., Zulehner, C. (Eppel et al. 2015B), „Temporäre Layoffs – Das kurzfristige Aussetzen von Arbeitsverhältnissen und seine Bedeutung für die Arbeitslosigkeit“, *WIFO-Monatsberichte*, 2015, 88(12), Wien, S.885-897.
- Farber, H. S., "Mobility and Stability: The Dynamics of Job Change in Labor Markets", *Handbook of Labor Economics*, 1999, Vol. 3b.
- Goos, M., Manning, A., "Lousy and Lovely Jobs: the Rising Polarization of Work in Britain", *The Review of Economics and Statistics*, 2007, 89 (1), pp. 118-133.
- Guger, A., Leoni, T., *Die Entwicklung der Einkommen und der Einkommensverteilung in Oberösterreich*, WIFO Monographie, Wien, 2008.
- Häusermann, S., Schwander H., "Varieties of dualization? Labor market segmentation and insider-outsider divides across regimes", in: Emmenegger, P. et al. (Hrsg), *The age of dualization: The changing face of inequality in deindustrializing societies*, Oxford University Press, 2012, S. 27-51.
- Horvath, Th., Mahringer, H., Preisig, F., *Strukturanalyse des Salzburger Arbeitsmarktes*, Studie des WIFO im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg, Wien, 2014.
- Huber, P., Böhs, G., „Die Arbeitskräftewanderung aus acht neuen EU-Ländern seit der Arbeitsmarktöffnung“, *WIFO-Monatsberichte*, 2012, 11, S. 849-862.

- Internationaler Währungsfonds (IWF), World Economic Outlook. Spillovers and Cycles in the Global Economy, Washington, D.C., 2007.
- Katz, L., Autor, F., David, H., "Changes in the wage structure and earnings inequality", in Ashenfelter, O., Card, D. (Eds.), Handbook of Labor Economics, Amsterdam, Elsevier, 3A., pp. 1463–1555, 1999.
- Knell, M., Stiglbauer, A., "Lohnstaffelung und Lohnführerschaft in Österreich - Bestandsaufnahme und Implikationen", Geldpolitik & Wirtschaft: Quartalsheft zur Geld- und Wirtschaftspolitik, 2009, 4, S. 85-104.
- Lemieux, T., W.B. Macleod, Parent, D., Performance Pay and Wage Inequality, The Quarterly Journal of Economics, 2009, 124(1), pp. 1-49.
- Machin, S., van Reenen, J., Technology and Changes in Skill Structure: Evidence from Seven OECD Countries, The Quarterly Journal of Economics, 1998, 113(4), pp. 1215-1244.
- Mahringer, H., Essays on Child Care Costs and Mothers' Employment Rates and on Trends in Job Stability, Dissertation, Universität Linz, 2005.
- Mahringer, H., „Der Arbeitsmarkt in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise“, WIFO-Monatsberichte, 2009, 12, S. 867-878.
- Mayrhuber, Ch., Glocker, Ch., Horvath, T., Rocha-Akis, S., Entwicklung und Verteilung der Einkommen in Österreich. WIFO-Beitrag zum Sozialbericht 2014-2015, WIFO, 2015.
- OECD, Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries, Paris: Organization for Economic Cooperation and Development, 2009.
- OECD, In It Together: Why Less Inequality Benefits All, OECD Publishing, Paris, 2015.
- Piketty, T., Saez, E., „Income Inequality In The United States, 1913-1998“, The Quarterly Journal of Economics, 2003, 118(1), pp. 1–39.
- Pointner, W., Stiglbauer, A., 2010A, "Changes in the Wage Distribution in Austria: An Analysis Based on European Union Structure of Earnings Survey Data." Monetary Policy & the Economy, 2010, 3.
- Pointner, W., Stiglbauer, A., 2010B, "Changes in the Austrian structure of wages, 1996–2002: evidence from linked employer-employee data." Empirica, 2010, 37.2, pp. 105-125.
- Roine, J., Waldenström, D., "Long-run Trends in the Distribution of Income and Wealth", in: Atkinson, A. B., Bourguignon, F. (Hrsg.), 2014, Handbook of Income Distribution SET vols. 2A-2B. Elsevier, pp. 469-590.
- Stockhammer, E., "Why have wage shares fallen", ILO Conditions of Work and Employment Series 35, Genf: ILO, 2012.
- Traxler, F., Brandl, B., "Collective Bargaining, Inter-Sectoral Heterogeneity and Competitiveness: A Cross-National Comparison of Macroeconomic Performance", British Journal of Industrial Relations, 2012, 50(1), pp. 73-98.

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1:	Entwicklung der (bereinigten) Lohnquote in Österreich	5
Abbildung 2:	Entwicklung der Bruttolöhne und des BIPs je Erwerbstätigen bzw. je Stunde	9
Abbildung 3:	Entwicklung der Bruttostundenlöhne und des BIPs je Stunde	9
Abbildung 4:	Entwicklung der Bruttostundenlöhne und des Tariflohnindex in Österreich	11
Abbildung 5:	Entwicklung des Anteils der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten (in %) im Konjunkturverlauf	21
Abbildung 6:	Entwicklung des Anteils der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten (Betroffenheitskonzept) und des Anteils der Beschäftigungstage der instabil Beschäftigten am gesamten Beschäftigungsvolumen (Bestandskonzept) (in %)	23
Abbildung 7:	Mittlere Zahl der Tage in unselbständiger Beschäftigung im Jahr (Median) unter instabil beschäftigten Personen, 2000 vs. 2015	24
Abbildung 8:	Entwicklung des Anteils der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten auf Basis unterschiedlicher Abgrenzungen (in %)	25
Abbildung 9:	Anteil der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten (in %) nach Wirtschaftsabschnitt, 2015	26
Abbildung 10:	Entwicklung des Anteils der einzelnen Wirtschaftsabschnitte an der Gesamtbeschäftigung, 2000-2015	29
Abbildung 11:	Anteil der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten (in %) nach Personengruppe, 2015	30
Abbildung 12:	Anteil der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten (in %) nach Staatsbürgerschaft, Geschlecht und Alter, 2015	32
Abbildung 13:	Anteil der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten, InländerInnen vs. AusländerInnen, 2000-2015	33
Abbildung 14:	Anteil der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten nach Staatsbürgerschaft im Konjunkturverlauf, 2000-2015	33
Abbildung 15:	Anteil der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten (in %) nach Staatsbürgerschaft, 2000-2015	35
Abbildung 16:	Personenstruktur der instabil Beschäftigten, 2015	37
Abbildung 17:	Anteil und Struktur der instabil Beschäftigten im zeitlichen Verlauf, 2000-2015	38
Abbildung 18:	Anteil der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten und AusländerInnenanteil an den Beschäftigten nach Wirtschaftsbranche (jeweils in %), 2015	39
Abbildung 19:	Entwicklung der Zahl der EinpendlerInnen aus dem Ausland nach Staatsbürgerschaft, 2008-2015	42

Abbildung 20:	Entwicklung des Anteils der EinpendlerInnen aus dem Ausland am Bestand der aktiv unselbständig Beschäftigten (in %) nach Staatsbürgerschaft, 2008-2015	42
Abbildung 21:	Entwicklung der Arbeitskräftefluktuation der unselbständig Beschäftigten, 2000-2015	43
Abbildung 22:	Fluktuationsrate (in %) in Wirtschaftsbereichen mit überdurchschnittlicher Fluktuation, 2000-2015	45
Abbildung 23:	Fluktuationsrate (in %) nach Personengruppe, 2000 bzw. 2015	46
Abbildung 24:	Entwicklung des Anteils der Wiedereinstellungen an den unselbständigen Beschäftigungsaufnahmen (in %) im Konjunkturverlauf	47
Abbildung 25:	Entwicklung des Lohnunterschieds zwischen stabil und instabil Beschäftigten, 2000-2015	49
Abbildung 26:	Nominale Entwicklung der Löhne nach Beschäftigungsstabilität, 2000-2015	51
Abbildung 27:	Reale Entwicklung der Löhne nach Beschäftigungsstabilität, 2000-2015	51
Abbildung 28:	Jährliche Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Beschäftigungsstabilität, 2000-2015	53
Abbildung 29:	Mittlerer Bruttomonatslohn (in €) der stabil und instabil Beschäftigten im Jahr 2015 nach Wirtschaftsbranche	55
Abbildung 30:	Nominale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Wirtschaftsbranche und Beschäftigungsstabilität, 2000-2015	57
Abbildung 31:	Nominale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Wirtschaftsbranche und Beschäftigungsstabilität, 2009-2015	58
Abbildung 32:	Nominale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Personengruppe, 2000-2015	59
Abbildung 33:	Nominale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Personengruppe, 2009-2015	60
Abbildung 34:	Nominale Entwicklung der Bruttomonatslöhne, InländerInnen vs. AusländerInnen, 2000-2015	61
Abbildung 35:	Reale Entwicklung der Bruttomonatslöhne, InländerInnen vs. AusländerInnen, 2000-2015	61
Abbildung 36:	Entwicklung der mittleren Bruttomonatslöhne von InländerInnen und AusländerInnen (in €) sowie ihrer Differenz (in %), 2000-2015	62
Abbildung 37:	Nominale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Staatsbürgerschaft, 2000-2015	63
Abbildung 38:	Reale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Staatsbürgerschaft, 2000-2015	63
Abbildung 39:	Reale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Staatsbürgerschaft, 2000/2015 bzw. 2009/2015	64
Abbildung 40:	Reale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Staatsbürgerschaft im Detail, 2000/2015 bzw. 2009/2015	64

Abbildung 41:	Nominale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Beschäftigungsstabilität, InländerInnen vs. AusländerInnen, 2000-2015	65
Abbildung 42:	Reale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Beschäftigungsstabilität, InländerInnen vs. AusländerInnen, 2000-2015	66
Abbildung 43:	Entwicklung der mittleren Bruttomonatslöhne (in €) nach Beschäftigungsstabilität, InländerInnen vs. AusländerInnen, 2000-2015	67
Abbildung 44:	Nominale Entwicklung der mittleren Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen nach Beschäftigungsstabilität, 2000-2015	70
Abbildung 45:	Reale Entwicklung der mittleren Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen nach Beschäftigungsstabilität, 2000-2015	70
Abbildung 46:	Jährliche Veränderungsrate der mittleren Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen nach Beschäftigungsstabilität, 2001-2015	71
Abbildung 47:	Entwicklung des Anteils der instabil Beschäftigten (in %) nach Indikator	84
Abbildung 48:	Entwicklung der Bruttomonatslöhne, Vergleich zwischen Durchschnittslohnentwicklung nach VGR und Medianlohnentwicklung nach INDI-DV	85
Abbildung 49:	Entwicklung der Stundenlöhne, Vergleich zwischen Durchschnittslohnentwicklung nach VGR und Medianlohnentwicklung nach INDI-DV	85
Abbildung 50:	Entwicklung der Bruttomonatslöhne insgesamt (in %) nach Branche, 2000/2015 bzw. 2009/2015	86
Abbildung 51:	Reale Entwicklung der mittleren Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen nach Beschäftigungsstabilität, Frauen, 2000-2015	87
Abbildung 52:	Reale Entwicklung der mittleren Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen nach Beschäftigungsstabilität, Männer, 2000-2015	88
Abbildung 53:	Entwicklung der mittleren inflationsbereinigten Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen nach Beschäftigungsstabilität und Geschlecht	88

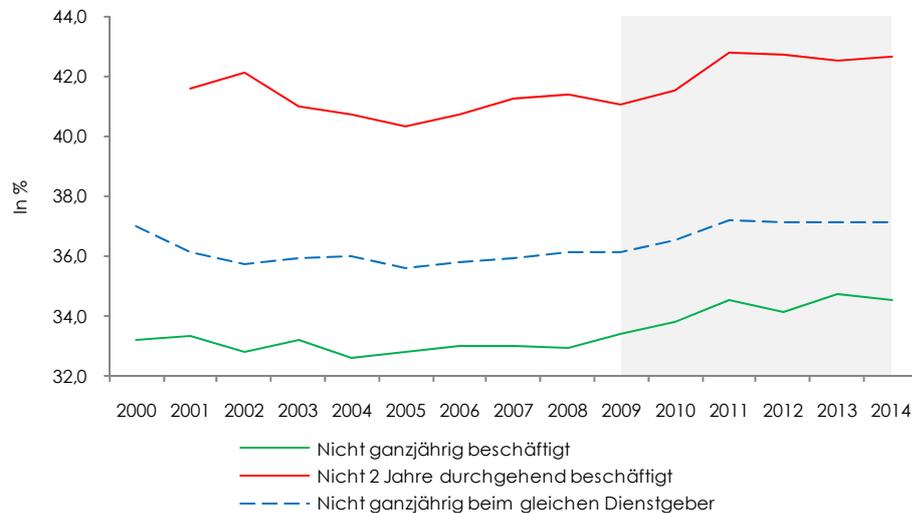
Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1:	Entwicklung makroökonomischer Indikatoren	7
Übersicht 2:	Verteilungsmaß Gini-Koeffizient zwischen 1995 und 2012	14
Übersicht 3:	Entwicklung des Anteils der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten (in %) nach Wirtschaftsbranche	28
Übersicht 4:	Entwicklung des Anteils der instabil Beschäftigten an allen unselbständig Beschäftigten (in %), 2000-2015	36
Übersicht 5:	Branchenverteilung der unselbständig Beschäftigten nach Staatsbürgerschaft, in %, 2015	41

Übersicht 6:	Entwicklung der mittleren Bruttomonatseinkommen nach Beschäftigungsstabilität und Geschlecht, 2000-2015	54
Übersicht 7:	Entwicklung der mittleren Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen nach Beschäftigungsstabilität und Geschlecht	73
Übersicht 8:	Entwicklung der mittleren inflationsbereinigten Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen (in %) nach Beschäftigungsstabilität und Staatsbürgerschaft	74
Übersicht 9:	Segmentierung der Beschäftigten in stabile und instabile Beschäftigung	84
Übersicht 10:	Nominale Lohnentwicklung nach Personengruppen (in %)	87

Anhang

Abbildung 47: Entwicklung des Anteils der instabil Beschäftigten (in %) nach Indikator



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

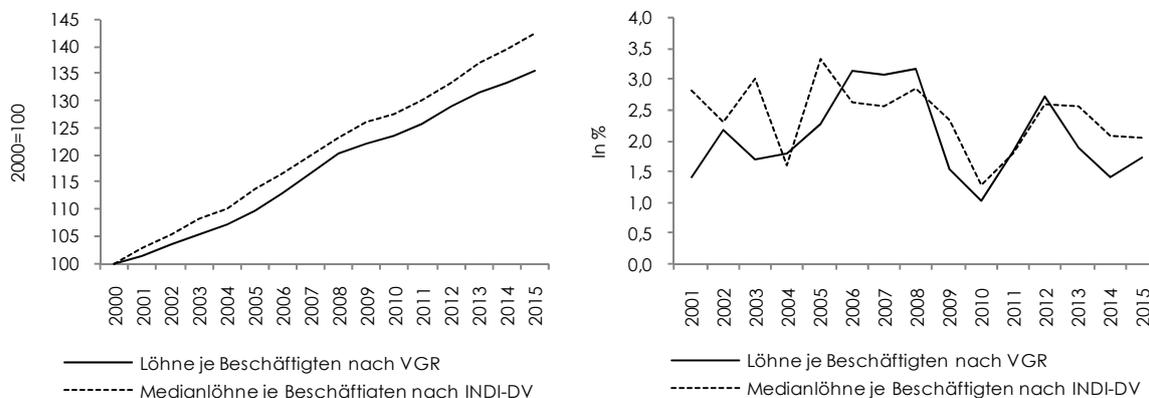
Übersicht 9: Segmentierung der Beschäftigten in stabile und instabile Beschäftigung

Jahr	Gesamt	Nicht ganzjährig beschäftigt	Nicht ganzjährig beim gleichen Dienstgeber	Nicht 2 Jahre durchgehend beschäftigt
	N	%	%	%
2000	3.341.331	33,2	37,0	41,6
2001	3.362.876	33,3	36,1	42,1
2002	3.412.746	32,8	35,7	41,0
2003	3.426.823	33,2	35,9	40,7
2004	3.453.990	32,6	35,6	40,4
2005	3.490.608	33,0	35,8	40,8
2006	3.616.057	33,0	35,9	41,3
2007	3.686.352	32,9	36,1	41,4
2008	3.659.204	33,4	36,1	41,1
2009	3.695.834	33,8	36,5	41,6
2010	3.799.812	34,5	37,2	42,8
2011	3.861.061	34,1	37,1	42,7
2012	3.900.575	34,7	37,1	42,5
2013	3.944.354	34,5	37,1	42,7
2014	3.988.687	34,1	36,8	42,3
2015				

Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Abbildung 48: Entwicklung der Bruttomonatslöhne, Vergleich zwischen Durchschnittslohnentwicklung nach VGR und Medianlohnentwicklung nach INDI-DV

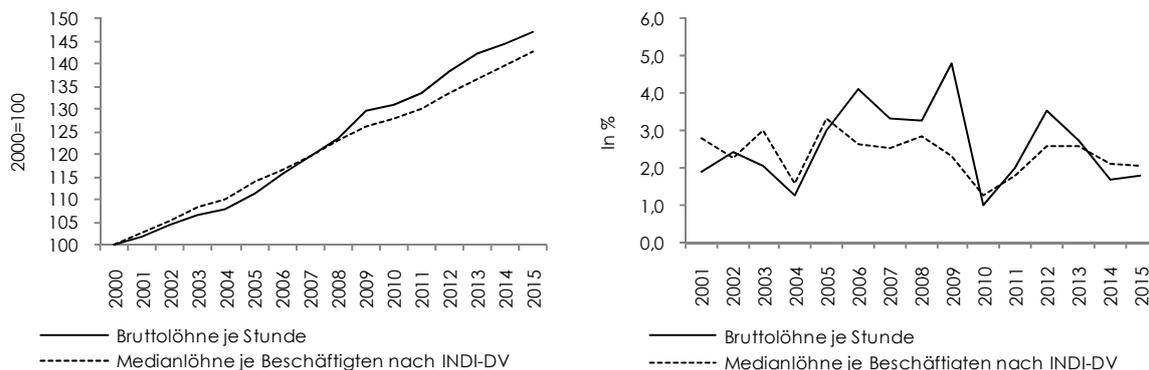
Links: Index = 100 (Jahr 2000); Rechts: jährliche Veränderungsrate



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger; Statistik Austria; WIFO Berechnungen.

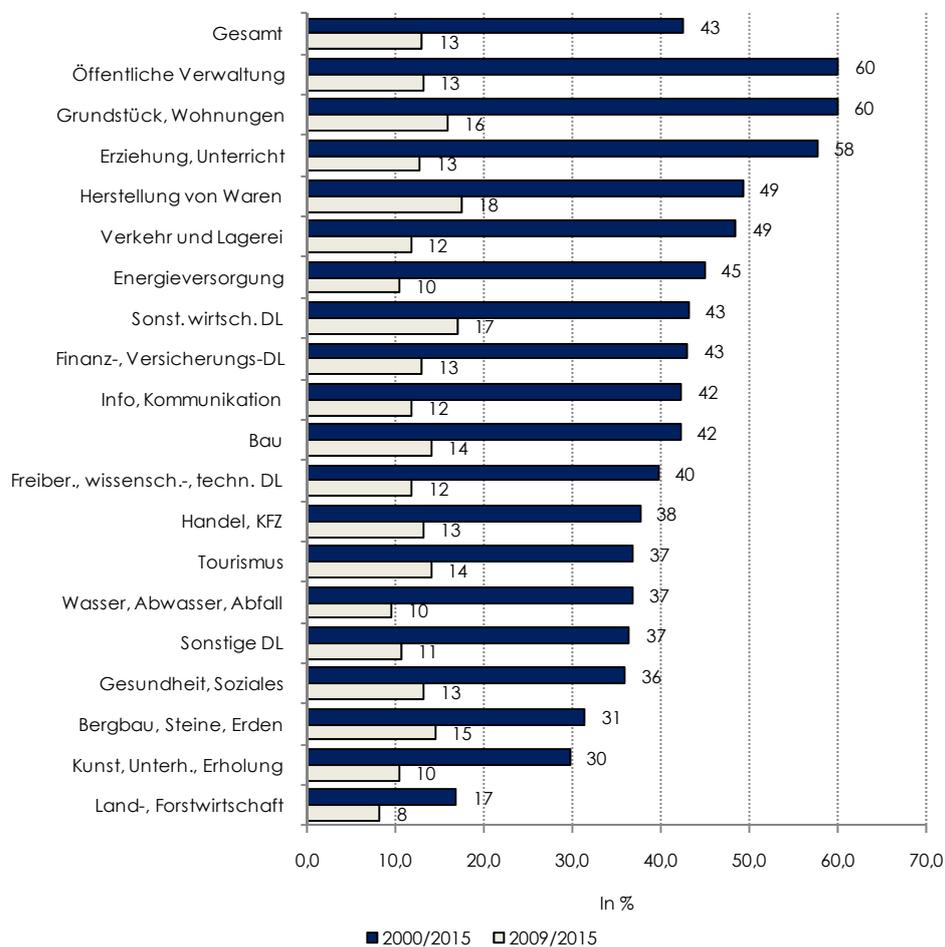
Abbildung 49: Entwicklung der Stundenlöhne, Vergleich zwischen Durchschnittslohnentwicklung nach VGR und Medianlohnentwicklung nach INDI-DV

Links: Index = 100 (Jahr 2000); Rechts: jährliche Veränderungsrate



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger; Statistik Austria; WIFO Berechnungen.

Abbildung 50: Entwicklung der Bruttomonatslöhne insgesamt (in %) nach Branche, 2000/2015 bzw. 2009/2015



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen. „Private Haushalte“, „Exterritoriale Organisationen und Körperschaften“ sowie Beschäftigung ohne Brancheninformation wurden nicht ausgewiesen, sind aber im Gesamtwert enthalten.

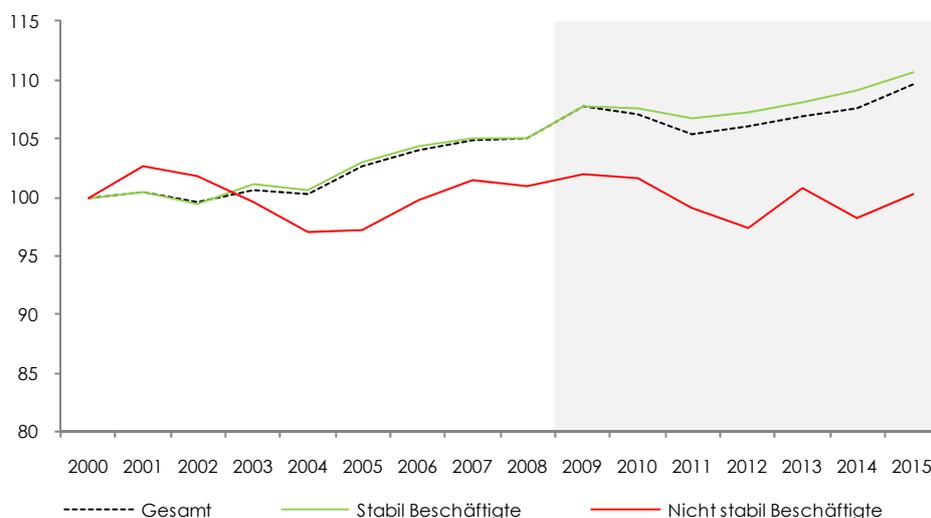
Übersicht 10: Nominale Lohnentwicklung nach Personengruppen (in %)

	2000/2015			2009/2015		
	Gesamt	Stabil Beschäftigte	Instabil Beschäftigte	Gesamt	Stabil Beschäftigte	Instabil Beschäftigte
Gesamt	42,6	43,8	34,7	13,1	13,3	10,6
Frauen	44,6	45,7	38,3	14,4	14,7	14,1
Männer	42,6	44,0	35,0	13,0	13,7	10,9
<25 Jahre	38,0	42,6	31,0	12,9	14,8	11,5
25-49 Jahre	40,0	41,5	34,2	11,1	11,4	10,4
Ab 50 Jahre	40,3	41,7	27,7	14,9	15,1	7,2
Gering qualifiziert	36,4	37,0	33,7	13,8	14,3	12,2
Höher qualifiziert	41,2	42,5	33,4	12,0	12,4	9,8
InländerInnen	46,4	46,0	37,4	14,9	14,4	13,1
AusländerInnen	29,9	31,5	29,7	10,1	11,0	8,0

Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Entwicklung des Medians der Bruttomonatslöhne (ohne Sonderzahlungen) des Jahresdurchschnittsbestands an Beschäftigungsverhältnissen.

Abbildung 51: Reale Entwicklung der mittleren Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen nach Beschäftigungsstabilität, Frauen, 2000-2015

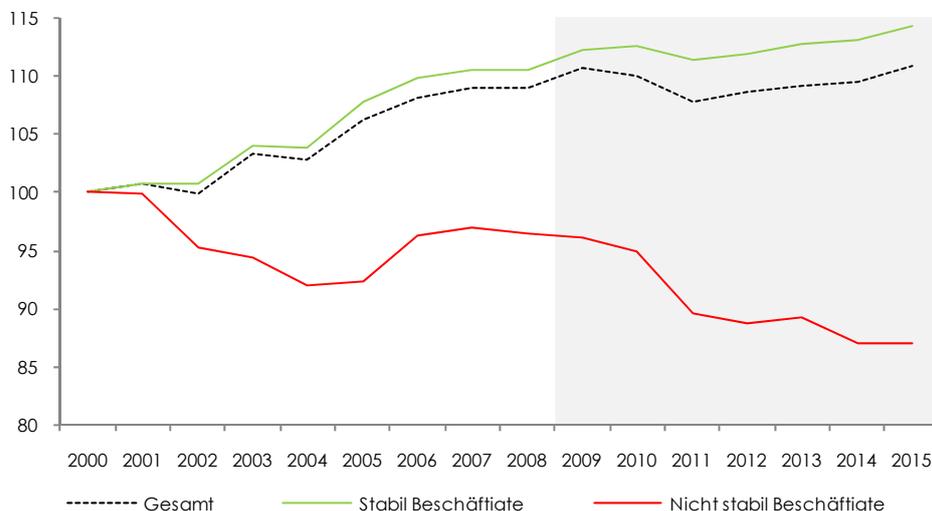
Index 2000 = 100



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der inflationsbereinigten Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen (ohne Sonderzahlungen) der im jeweiligen Jahr mindestens einen Tag unselbständig Beschäftigten. Jährliche Inflationsraten auf Basis des Verbraucherpreisindex (VPI).

Abbildung 52: Reale Entwicklung der mittleren Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen nach Beschäftigungsstabilität, Männer, 2000-2015

Index 2000 = 100

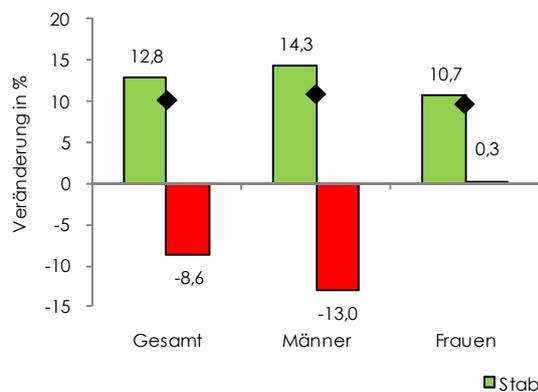


Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der inflationsbereinigten Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen (ohne Sonderzahlungen) der im jeweiligen Jahr mindestens einen Tag unselbständig Beschäftigten. Jährliche Inflationsraten auf Basis des Verbraucherpreisindex (VPI).

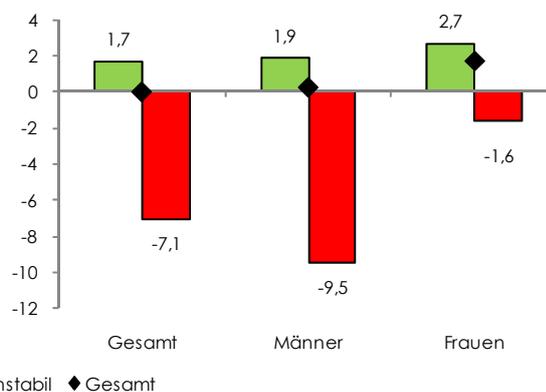
Abbildung 53: Entwicklung der mittleren inflationsbereinigten Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen nach Beschäftigungsstabilität und Geschlecht

Veränderung in %

2000/2015



2009/2015



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Median der inflationsbereinigten Bruttojahreseinkünfte aus Löhnen (ohne Sonderzahlungen) der im jeweiligen Jahr mindestens einen Tag unselbständig Beschäftigten. Inflation auf Basis des Verbraucherpreisindex (VPI).